Nr. 278 — 13. Jahrgang | Einzelnummer 0.30 Złoty | Katowice, den 8. Oktober 1931

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Marjacka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z ogr. odp., Konto 801 989.

Erste oberschlesische Morgenzeitung
Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche), Bezugspreis: 5 Złoty.

Brüning bildet sein neues Kabinett

Entgegen Hindenburgs ausdrücklichem Wunsch Parteieinflüsse am Werk

Gerüchte um Beibehaltung Dr. Wirths

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 7. Oktober. Den allgemeinen Erwartungen entsprechend hat der Reichskanzler, als er dem Reichspräsidenten die Demission des Gesamtkabinetts überbrachte, den Auftrag zur Neubildung erhalten mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen. Die Erwartung indessen, daß die Neubildung schon heute vollendet sein werde, hat sich nicht erfüllt, und man bezweifelt, ob der Kanzler schon Donnerstag abend am Ziel angelangt sein wird.

Inzwischen geht in allen politischen Lagern das große Rätselraten weiter. Ohne Anspruch auf Zuverlässigkeit kann zur Stunde als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß Finanzminister Dr. Dietrich, Arbeitsminister Stegerwald, Postminister Schätzel und Ernährungsminister Schiele bleiben werden. Was das Verkehrsministerium anbetrifft, so wird der Generaldirektor Schmitz in erster Linie als neuer Minister genannt, doch ist noch immer nicht zu erfahren, ob er zur Uebernahme des Postens bereit ist. Ebenso steht es um Professor Warmbold, der als Anwärter auf das Wirtschaftsministerium gilt. Professor Warmbold, der gleichfalls den J. G. Farben nahesteht, ist vor etwa zehn Jahren einmal Preußischer Landwirtschaftsminister gewesen, ohne dem Parlament je angehört zu haben. Es heißt, daß er volksparteilich gesinnt sei. Das Justizministerium dürfte dem Staatssekretär Joel zufallen, der schon lange, auch schon zu den Zeiten, als es noch einen Reichsjustizminister gab, als die eigentliche treibende Kraft galt. Das Außenministerium wird der Kanzler wohl selbst übernehmen, und es heißt, daß sogar Minister Treviranus im neuen Kabinett wieder eine Unterkunft finden wird.

Einen sehr ungünstigen Eindruck hat es in politischen Kreisen gemacht, daß, ohne Widerspruch, das Gerücht aufgekommen ist und sich behaupten konnte, daß es nicht unwahrscheinlich sei, daß auch Reichsinnenminister Dr. Wirth seinen Stuhl im Kabinett wieder einnehmen werde; der Kanzler könne sich, so heißt es, dem

Drängen des linken Flügels

seiner eigenen Partei nicht entziehen. Freilich wird auch Dr. Geßler genannt, der frühere Reichswehrminister, der, obzwar Demokrat, auch in den rechtsgerichteten Mittelparteien großes Ansehen genießt; seit kurzem ist er an Stelle des Grafen Roedern Präsident des Luther-Bundes zur Erneuerung des Reichs geworden und hat auch das Präsidium des Vereins für das Deutschtum im Auslande übernommen.

Immerhin hat schon das Wiederauftauchen des Namens Wirth genügt, das Vertrauen zum Kanzler aufs neue zu erschüttern.

Die Deutsche Volkspartei wird am Sonnabend eine Fraktionssitzung abhalten, in der die Stellungnahme beschlossen werden soll. Ihre Parteikorrespondenz, die Nationalliberale Correspondenz, veröffentlicht eine Aeußerung, in der es u. a. heißt, **die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei sind als gescheitert zu betrachten.** Es hat nach unserem Dafürhalten **keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen.** Wir möchten deshalb der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß **eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung dieser Regierung nicht in Frage kommen wird.** Wir müssen die Forderung stellen, daß eine neue Regierung, die unbelastet ist, das Schicksal des Reiches in die Hand nimmt. Daraus ergibt sich die Stellung der Partei zur bevorstehenden Harzburger Tagung der Nationalen Opposition. Wir sind der Ueberzeugung, daß **die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik** eingehalten werden müssen. **Der Kampf um die Neuregelung der außenpolitischen Belastungen, der das innerpolitische Leben Deutschlands erschüttert, wird am besten dadurch entgiftet werden, daß auch die Kreise der Nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit zu übernehmen haben.**

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt, die Bayerische Volkspartei habe bisher stets die Arbeit des Reichskanzlers Dr. Brüning unterstützt und hege den Wunsch, daß es der Tatkraft des Reichskanzlers gelingen möge, wiederum eine tragbare Grundlage für eine neue Regierung zu schaffen. Sie befürchte jedoch, daß Wege gegangen werden, die die Bayerische Staatsregierung, die Bayerische Volkspartei im Reichstag und den der Bayerischen Volkspartei nahestehenden Minister im Reichskabinett in eine **unhaltbare Lage gegenüber der Reichspolitik bringen müßten.** Der Bayerischen Volkspartei sei es unmöglich, Maßnahmen zu decken, die mit den politischen und wirtschaftlichen Interessen Bayerns für unvereinbar angesehen werden müßten.

Am zufriedensten scheint noch die Sozialdemokratie zu sein.

Zwar grollt Herr Breitscheid heute im „Vorwärts“ und droht dem Kanzler mit seiner Ungnade. Aber zwischen den Zeilen spürt man doch eine Befriedigung, daß es nicht schlimmer geworden ist Es ist wohl kein Zweifel mehr, daß der Kanzler von dieser Seite nichts zu befürchten hat. **Auf die Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, die Regierung weiter zu tolerieren, dürften auch die Sorgen um Preußen nicht ohne Einfluß sein.**

Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits einen Antrag auf Aufhebung der neuen Notverordnung eingebracht. Die Nationale Opposition wird voraussichtlich gleichfalls die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragen. Sie wird auf ihrer Tagung in Bad Harzburg am Sonntag darüber Beschluß fassen.

Vor dem Kabinettsrücktritt hatte noch eine gemeinsame Beratung stattgefunden, in der erst der endgültige Rücktrittsbeschluß gefaßt wurde.

Wahlkampf-Eröffnung in England

(Telegraphische Meldung)

London, 7. Oktober. Der König hat die Kabinettsordre über die Vertagung des Parlaments unterzeichnet.

Die Regierung hat eine Wahlbekanntmachung, unterzeichnet von MacDonald, als „Aufruf an die Nation“ veröffentlicht, worin es u. a. heißt:

„Die gegenwärtige nationale Regierung **stellte das Borgen ein, stellte Sparmaßnahmen auf und balancierte das Budget.** Die Weltlage und ihre finanzielle Schwäche machten es der Regierung unmöglich, ihr unmittelbares Ziel zu erreichen. **Das Pfund wich vom Goldstandard ab.** Das Land muß durch eine Periode der Erholung und Neuordnung gehen, in der Fragen von großer Wichtigkeit national und international gelöst werden müssen. Eine Währungspolitik, die den Sterling in seinem Vertrauen und Ansehen wiederherstellt, internationale Uebereinkommen, die einige Ursachen des wirtschaftlichen Unheils entfernen, wie **Kriegsschulden und Reparationen,** werden ohne Aufschub in die Wege geleitet werden müssen. **Im Mittelpunkt dieser Aufgabe steht die Frage der Arbeitslosigkeit. Die Regierung muß frei sein, jeden Vorschlag, der helfen kann, zu erwägen.**

Das Manifest verweist weiter auf die Notwendigkeit **der nationalen Einheit. Das Parlament müsse mit frischem Leben erfüllt werden. Daher seien neue Wahlen unvermeidlich,** und es sei notwendig, durch sie der ganzen Welt die Entschlossenheit des britischen Volkes vor Augen zu führen, **in Zeiten nationaler Schwierigkeiten zusammenzuhalten und jede Maßnahme zu unterstützen, die erforderlich ist, um das Land und seinen Kredit unangreifbar zu machen.**

„Im August haben wir durch die sofortige Unterordnung der Parteipolitik unter die nationalen Interessen die Bewunderung der Welt gewonnen. Laßt uns beweisen, daß wir entschlossen sind, die Sache zu Ende zu führen, bis wir unser Land aus diesen bewölkten Tagen in klarere und ruhigere Zeiten geführt haben.“

Ministerialdirektor Kaestner nimmt den Abschied

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 7. Oktober. Ministerialdirektor Kaestner, der langjährige Leiter der Volksschulabteilung im Preußischen Kultusministerium, hat auf ärztliches Anraten einen längeren Urlaub antreten müssen. Da er bereits seit längerer Zeit leidend ist, hat er sich entschließen müssen, gleichzeitig sein Abschiedsgesuch einzureichen. Das Scheiden des hochverdienten und in weiten Kreisen geschätzten Freundes und Führers der Volksschule wird allgemein bedauert werden.

Die **„Tägliche Rundschau“** hat in diesen Tagen ihr 50jähriges Jubiläum gefeiert.

Curtius und der deutsche Osten

Von

Hans Schadewaldt

Als Dr. Curtius vor zwei Jahren die Leitung der Außenpolitik des Deutschen Reiches übernahm, erfüllte er damit einen dringenden Wunsch Stresemanns, der diesen fleißigen, zuverlässigen und in internationalen Verhandlungen bewanderten Parteifreund als überzeugten, treuesten Garanten seines außenpolitischen Verständigungskurses empfahl: Dr. Curtius, gebürtiger Duisburger, später Rechtswissenschaftler in Heidelberg, schließlich Anwalt am Kammergericht in Berlin, seit 1920 volksparteilicher Reichstagsabgeordneter für den badischen Wahlkreis, heute 54 Jahre alt, hatte sich unstreitig in das schwierige Gebiet der deutschen Außenpolitik rasch eingearbeitet und durch umfassende Kenntnis aller entscheidenden außenpolitischen Fragen auch im Detail bei seinen Ministerkollegen und seinen diplomatischen Gegenspielern eine Achtung erworben, die ihm der deutsche Parteiphilister niemals entgegenbrachte, weil Curtius den meisten Mitbürgern wegen seiner kühlen Sachlichkeit und seines bewußten Verzichtes auf persönliche Anerkennung fremd blieb: er war nie volkstümlich, weil er keinen Wert darauf legte, sich volkstümlich zu machen! Das Urteil über Dr. Curtius als Außenminister ist beschattet von der Tatsache, daß er der Erbe eines Stresemann war, daß ihn der Druck der nationalen Opposition mit der Forderung nach größerer außenpolitischer Aktivität in schwerste Konflikte zwischen den realen Machtgegebenheiten des Feindbundes und den inneren nationalpolitischen Erfordernissen zwang und daß sich schließlich die Persönlichkeit Brünings in die außenpolitischen Reichsgeschäfte so einschaltete, daß die Gesamtverantwortung des Reichskabinetts für die Außenpolitik der letzten Monate (einschl. des Zollunionsaktes) Curtius' Plus und Minus kaum mehr klar scheiden läßt — seine taktische Haltung bei der Liquidierung der Zollunion haben auch wir schärfster Kritik unterzogen.

Wer den Außenminister die deutsche Sache auf dem internationalen Forum gegen eine Front von Feinden hat vertreten sehen, der wird ihm seinen Kampfeswillen, seine durchaus überlegene juridische Diktion und imponierende Beherrschung aller Streitfragen so leicht nicht vergessen. Er war in Temperament und Geschmeidigkeit das Gegenteil von Stresemann; an politischer Charakterfestigkeit und Treue der Typ eines Gentleman, für den die englischen Politiker viel Sympathie aufbrachten, während das kokettierende politische Phrasentum der Paneuropäer um Briand von der klaren, haarscharfen Logik und dem unbestechlichen sachlichen Ernst Dr. Curtius' eine Welt trennte. Wer Curtius gerecht beurteilen will, muß ihn an seinem Hineinwachsen in die Probleme des Minderheitenschutzes und der Abrüstung studieren und das parteipolitische Ferment völlig beiseite lassen, das sonst im neuen Deutschland Ausgangs- und Schlußpunkt jeder politischen Wertung zu sein pflegt! Curtius kam ohne Instinkt für unsere Ostsorgen — und stieg alsbald zu einem beachtenswerten Kenner und klugen Verfechter der deut-

---

1 £: 16,45 RM.
Vortag: 16,10.

schen Ostinteressen im großen wie in den kleinsten Points auf. Seine Stellung zum deutsch-polnischen Handelsvertrag hat **uns** nicht befriedigt, war aber in hohem Maße von Rauscherschen Gedankengängen beeinflußt. Bei der Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit in Genf ist er mit der Schwere der Aufgabe ständig kämpferisch gewachsen, so daß ihm heute die Minderheit Ostoberschlesiens wie Posens-Pommerellens und das deutsche Danzig den Dank für seine Arbeit aussprechen! Trotzdem bleibt im Reiche in allen Lagern ein mehr oder weniger parteipolitisch gefärbtes Unbefriedigtsein über Curtius als Außenminister zurück, das weniger in dem Fiasko des Zollunionsplanes oder der **praktisch unzulänglichen** Erledigung der großen Oberschlesien-Beschwerde im Völkerbundsrat seine Erklärung findet als in der seelischen Distanz, die die öffentliche Meinung zu diesem Minister mehr als zu irgendeinem anderen der Brüningschen Kabinettsmitglieder hatte, eine Distanz, die in der persönlichen Reserviertheit Curtius' und in seinem profanum volgus (et) arceo begründet ist. Nie Kleber am Amte, nie hörig der Partei, die sich wiederholt Gewalt über ihn zu sichern suchte, nie anders als von reiner Sachlichkeit und selbständiger Ueberzeugung in seinen außenpolitischen Zielen geleitet, so steht der sehr mißverstandene, vom Glück nicht begönnerte Curtius als Außenminister vor uns: Objekt eines zwiespältigen Urteils selbst derer, die in Schicksalsverbundenheit und Gemeinsamkeit des politischen Endziels hüben und drüben in der deutschen Ostfront stehen. Wir lesen z. B. in der „**Kattowitzer Zeitung**":

„In Fragen der Minderheiten, besonders in den Angelegenheiten der Deutschen in Polen, hatte Curtius stets eine **glückliche Hand**. Von seinem Vorgänger hatte er ein tiefes Verständnis für die Wichtigkeit dieses Problems übernommen, und unvergessen muß es ihm bleiben, wie **geschickt** er die oberschlesischen Angelegenheiten um alle Klippen der Verschleppung und Bagatellisierung herumgesteuert hat. Alle Minderheiten in Europa bleiben ihm zu **Dank** verpflichtet."

und in den „**Breslauer Neuesten Nachrichten**" wird Curtius bescheinigt, daß er

„in manchen Dingen — so vor allem in der Behandlung der **deutschen Ostfragen** — zu oft keine glückliche Hand gehabt hat. Die deutsch-polnischen Beziehungen zum Beispiel erfuhren unter Dr. Curtius' Außenministerschaft keinerlei Entspannung. Dabei schritt trotz aller Genfer Proteste die **Polonisierung der deutschen Minderheiten** in den abgetretenen Gebieten fort und wurden die noch bestehenden wirtschaftlichen Verbindungen eher geschmälert denn vermehrt."

Das Urteil dieser beiden ostdeutschen Zeitungen zeigt, wie schwierig es ist, den wahren Curtius und die Bedeutung seiner Außenministertätigkeit richtig zu beurteilen — warten wir ab, was uns sein Nachfolger an aktivem Interesse und praktischen Erfolgen für den deutschen Osten bringen wird: Die Weltkonstellation der Großmächte wird leider auch er zu Deutschlands Gunsten sobald nicht umgestalten können!

Gefahren der Deflation

Hat Brüning ein Rettungsmittel? — Und die Reichsbank?

In der Erklärung, die der Oberbürgermeister von Essen, Dr. **Bracht**, abgegeben hat, um sich dagegen zu wehren, daß sein Name immer wieder mit Ministerkandidaturen in Verbindung gebracht wird, steht ein Satz, der außerordentliches Aufsehen und ein Rätselraten über seine wahre Bedeutung ausgelöst hat. Dr. Bracht hat nämlich darauf hingewiesen, daß die Erfahrungen, die man mit Oberbürgermeistern in der Politik gemacht habe, doch eigentlich nicht dazu ermutigen, das Experiment solcher Herüberziehung in Ministerposten zu erneuern. Angesichts der Tatsache, daß gerade der örtliche Amtsvorgänger von Dr. Bracht in die Politik hinübergewechselt ist und dort eine große Rolle gespielt hat und zur Zeit auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik noch spielt, ist an vielen Stellen der Gedanke aufgetaucht, daß Bracht sich hier tatsächlich gegen eben diesen Amtsvorgänger, den ehemaligen Reichskanzler und derzeitigen Reichsbankpräsidenten Dr. **Luther** gewandt habe, dessen Auffassungen in der letzten Zeit wiederholt Gegenstand allerschärfster Kritik gewesen sind. Dr. Luther hat in den vergangenen Wochen wiederholt das Wort ergriffen und hat dabei immer nur das eine gesagt, daß er **auf keinen Fall die**

Wiederholung einer Inflation

dulden werde und daß er entschieden gegen eine Reform der Währung auf dem Wege der Binnenmarktpläne sei. Dagegen hat man leider von ihm nicht gehört, was er mit den ihm unterstellten Wirtschaftsinstrument der **Reichsbank** positiv tun will, um den Gefahren und Schwierigkeiten der Deflation entgegenzuwirken. Es wäre eine interessante Aufgabe für ein volkswirtschaftliches Seminar, einmal nachzurechnen, wieweit bisher schon die **Schäden dieser Deflation** denen der Hochinflation die Waage halten, wobei allerdings außer dem Wirtschaftler auch ein Psychologe mitarbeiten müßte, um das Maß der **seelischen Verelendung** der Arbeitslosen gebührend mit in Rechnung setzen zu können. Es soll mit diesen Worten in keiner Weise dem in Deutschland undurchführbaren Versuch einer „regulierten Inflation" nach englischem Vorbild das Wort geredet werden; es ist aber notwendig darauf hinzuweisen, daß der bestehende Zustand der Deflation es notwendig macht, alle Mittel zu ihrer Bekämpfung mit allem Ernst zu prüfen und durchzuarbeiten. Die Vorschläge, auf dem Wege eines

innerstaatlichen Zahlungsmittels

dem Zahlungsmittelumlauf neues Blut und damit der ganzen Wirtschaft neue Anregungen zuzuführen, kurzerhand und immer wieder als „Inflationsgedanken" abzulehnen, scheint der Bedeutung und der Dringlichkeit dieser Sache nicht gerecht zu werden.

Die Tatsache ist schon heute erwiesen, daß Reichskanzler Dr. **Brüning** mit der zur Zeit noch nicht beendeten Umbildung seines Kabinetts den praktischen Erfolg der

Eingliederung der Nationalen Opposition

in die Regierungsverantwortung nicht erreicht hat und auch gar nicht erreichen konnte, da die Besetzung der in Frage stehenden Ministerposten keinesfalls eine grundsätzliche Umstellung der inneren und äußeren Politik gewährleistet. Vielleicht hätte sich ein Weg zu der so dringend notwendigen Verbreiterung der Vertrauensgrundlage der Reichsregierung nach **rechts** finden lassen, wenn Personalveränderungen und feste Zusagen auf dem Gebiet der Währungs- und Wirtschaftspolitik den Kreisen dieser Opposition einen Ausblick darauf ergeben hätten, daß von jetzt ab eine Politik betrieben wird, die, unter grundsätzlichem Festhalten an dem Bestreben, durch internationale Vereinbarungen zu internationalen Erleichterungen zu kommen, den Weg sucht, der inneren wirtschaftlichen und politischen Not auch mit großzügigen inneren Maßnahmen abzuhelfen. Die Forderung nach solchen Reformen ist freilich in keiner Weise eine Parteiforderung der Rechten. Sie wird ebenso dringend von Anhängern der Mittelparteien und der gemäßigten Linken vertreten. Ihre Erfüllung oder wenigstens eine solche Zusage hätte aber der Rechtsopposition gezeigt, daß Brüning sich ein klares wirtschaftspolitisches **Ziel** gesetzt hat, das über die täglichen notverordneten Aushilfsmaßnahmen hinaus geht.

Daß hier bisher immer nur Flickarbeit geleistet worden ist und jeder feste Kurs zu fehlen scheint, ist der schwerste Vorwurf nicht nur der nationalen Opposition. Auch das unmögliche Konglomerat von Bestimmungen, das in der neuesten Notverordnung zusammengefaßt ist, muß diesen betrüblichen Eindruck verstärken. Diese Verordnung ist letzten Endes nur im Hinblick darauf zu beurteilen, daß das Anwachsen der **Steuermindereingänge** die Reichsfinanzen und die Finanzen der Länder und Gemeinden erneut gefährdet. Selbst die Ersparnis aus der Aussetzung der Reparationen ist bereits zum größten Teil hinfällig geworden, weil die Steuern in einem solch starken Ausmaße zurückgegangen sind. Das einzige Mittel, mit dem all diesen Schwierigkeiten bisher zu begegnen versucht wurde, war die Durchführung schärfster Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der öffentlichen und der privaten Wirtschaft. Solches Sparen heißt heute zum größten Teil

Abbau von Arbeitskräften,

also Einschränkung der Produktion und neue Verminderung der Einnahmen. Tatsächlich kann den Arbeitslosen ja in keiner Weise dadurch geholfen werden, daß neue Arbeitslosenmassen geschaffen werden. Hilfe ist nur möglich **durch den gegenteiligen Weg der Einschaltung des werktätigen und arbeitsbereiten Menschen in den Produktionsprozeß** an Stelle der bisher immer stärker fortschreitenden Ausschaltung, die zwangsläufig eine immer stärker werdende Verringerung der Gütererzeugung zur Folge haben muß. Daß unter dem Druck der Deflation, unter dem Druck der **an das Gold** gebundenen Währung eine solche Ausdehnung des Wirtschaftsprozesses nicht möglich ist, darüber braucht kein Wort mehr verloren zu werden.

Das aber ist auf das dringlichste zu fordern, daß diese Politik nicht mit vollständiger Abschließung von allen anderen Ratschlägen solange fortgesetzt wird, bis sie an ihren eigenen tatsächlichen Unmöglichkeiten schließlich doch zusammenbricht, eine Gefahr, die nach den letzten Zahlen der Reichsbank, der Reichseinnahmen und des Wirtschaftsrückganges kaum von der Hand zu weisen ist.

Dr. Joachim Strauß.

Brotpreiserhöhung in Berlin

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 7. Oktober. Die im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Gemeinschaft mit dem Preußischen Handelsministerium in letzter Zeit geführten Verhandlungen mit dem Zweckverband der Berliner Bäckermeister über den Berliner Brotpreis sind nunmehr abgeschlossen. Den Vertretern der Bäcker wurde nachdrücklich vorgestellt, daß eine Brotpreiserhöhung in keiner Weise als gerechtfertigt anerkannt werden könne. Trotzdem hat der Zweckverband der Bäckermeister Berlin beschlossen, von Donnerstag, den 8. Oktober 1931 ab den Richtpreis für das 1250-Gramm-Brot von 48 auf 50 Pfennig zu erhöhen, obwohl die Berliner Mühlen, wie den Bäckern bei den Verhandlungen mitgeteilt wurde, sich bereit erklärt hatten, in der nächsten Zeit von einer Heraufsetzung des Roggenmehlpreises selbst für den Fall abzusehen, daß der Roggenpreis nicht wesentlich über 200 Mark die Tonne frei Mühle steigen sollte. Bei Zugrundelegung des gegenwärtigen mittleren Börsenpreises für Roggenmehl (Rund 28 Mark) würde bei Beibehaltung des gegenwärtigen Brotpreises von 48 Pfennig für das 1250-Gramm-Brot den Bäckern eine Bruttoverdienstspanne von 16 Pfennig je Kilogramm bleiben, welche Spanne bei Erhöhung auf 50 Pfennig für das Brot auf 17½ Pfennig stiege. In Leipzig beträgt die Spanne etwa 12 Pfennig je Kilogramm, obwohl die Unkosten dort nicht wesentlich niedriger liegen dürften als in Berlin.

Geringes Ergebnis der Hoover-Konferenz

Nur inneramerikanische Kreditmaßnahmen

Internationale Schuldenfragen sollen erst mit Laval besprochen werden

(Telegraphische Meldung)

Washington, 7. Oktober. Auf der außerordentlichen Konferenz im Weißen Haus, die mit großer Spannung erwartet wurde, befürwortete Hoover dringende Maßregeln zur Erleichterung finanzieller Kredite. An der Sitzung nahmen 16 Senatoren und 16 Mitglieder des Repräsentantenhauses teil. Anwesend waren u. a. Schatzsekretär Mellon, Ogden Mills, Eugen Myer, der Vorsitzende der Federal Reserve Boards. Von einer Verlängerung des Schuldenmoratoriums ist anscheinend nur rein theoretisch geredet worden; Beschlüsse in dieser Angelegenheit wurden jedenfalls nicht gefaßt.

Der Büroflügel des Weißen Hauses war die ganze Nacht hell erleuchtet, und Parlamentarier beider Parteien eilten in die Kanzlei, wo Präsident **Hoover** ihnen einen Plan vorlegen wollte, der die nationale Einheit zur Vorbereitung auf die harten Wintermonate sicherstellen sollte. Hoover hatte alle Beteiligten um **strikteste Geheimhaltung** gebeten, und wenn auch die Kurse an der New-Yorker Börse in Erwartung konstruktiver Schritte zur Behebung der Depression erfreulich anzogen, so bestand doch allgemeine **Unsicherheit** über Inhalt und Ergebnis der heutigen Konferenz. Das **Pressezimmer** der Reichs-Kanzlei war voll von wartenden Reportern, und alle Ausgänge des Weißen Hauses waren mit Zeitungsleuten besetzt, die ungeduldig bis nach Mitternacht ausharrten, in der Hoffnung, daß einer der vielen Geladenen eine **Indiskretion** begehen und die Pläne **ausplaudern** würde, bevor der Präsident sie selbst morgen bekannt gibt. Die Konferenz endete nach Mitternacht. Der deutsch-amerikanische Senator **Wagner** erklärte nach dem Verlassen des Hauses, es sei **weder eine Steuererhöhung, noch ein Verbot von Leerverkäufen an Fondsbörsen, noch die Frage der deutschen Kurzkredite** erörtert worden. Man habe sich **geeinigt über die**

Gründung eines privaten Bankkonsortiums mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar, womit den Banken geholfen werden soll, deren Anleihen an ihre Schuldner sich nach dem Bankgesetz nicht zur Diskontierung durch Bundesbanken eignen.

Man war sich darüber einig, daß Präsident **Hoover** diese Frage mit **Laval** aufnehmen und feststellen solle, wann und unter welchen Bedingungen ein weiteres Moratorium erforderlich sei.

Präsident **Hoover** gab eine Erklärung ab, die u. a. besagt:

„Die lange Dauer der Depression, die auf die Ereignisse in **Europa** zurückzuführen ist, und die Waren- wie die Wertpapierpreise in Mitleidenschaft zieht, hat mannigfach in den Vereinigten Staaten Befürchtungen hervorgerufen, die angesichts der tausendfältigen Hilfsquellen unseres Landes gänzlich **ungerechtfertigt** sind. Um der anormalen Lage zu begegnen und das **Vertrauen** möglichst bald wiederherzustellen, ist ein einheitliches Vorgehen unserer Bankiers und eine Aktion der Regierung notwendig. Hoover ersucht zunächst die Bankiers der Vereinigten Staaten **einen Fonds von mindestens 500 Millionen Dollar zu gründen**, und Bankakzepte zu diskontieren, die jetzt zum Diskont bei den Bundesreservebanken für nicht geeignet gehalten werden: „Ich bin von den Bankiers von New York darüber verständigt worden, daß sie auf mein Verlangen die Führung einer solchen Organisation übernehmen werden. Auch von anderen großen Zentren habe ich Zusicherungen erhalten. Ich werde dem Kongreß vorschlagen, daß die Bestimmungen der Bundesreserveakte erweitert werden, damit den Aktiven der Banken eine größere **Liquidität** gegeben wird. Ferner will ich **die Bildung einer Finanzgesellschaft zur Stützung des Kredits empfehlen.**

Ich werde mit Laval bei seinem Besuch die Frage weiterer Abmachungen, wie sie in Bezug auf die internationalen Regierungsschulden notwendig werden, besprechen.

Die Politik der amerikanischen Regierung in dieser Frage ist von mir in einer Erklärung am 20. Juni bekanntgegeben worden, in der der amerikanische Vorschlag für ein einjähriges Moratorium mitgeteilt wurde. In dieser Hinsicht wird unsere Aufgabe in einer solchen Anpassung bestehen, die in der Zeit der Depression gleichzeitig uns selbst und der Welt Hilfe gewährt. Dies ist zunächst ein Gegenstand der Verhandlungen mit ausländischen Regierungen und hat daher in der Abendkonferenz nicht zur Beschlußfassung gestanden. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, die wir selbst nicht veranlaßt haben. Das amerikanische Volk kann durch sein Beispiel Hoffnung und Vertrauen dem eigenen Lande und der übrigen Welt geben."

Aus aller Welt

Kokain-, Zigaretten- und Kaffeeschmuggel

Nürnberg. Die Ermittelungen in der Kokainaffäre des praktischen Arztes Dr. **Sichert** in **Gera** sind nunmehr soweit abgeschlossen, daß der Nachweis seines Vergehens gegen das Opiumgesetz erbracht ist. Auch der Kreis der Beteiligten liegt fest. Die Ermittelungen gegen **Kolb** und **März** haben das überraschende Ergebnis gehabt, daß sie mit **einer belgisch-holländischen Schmuggler-Organisation**, die in **Köln** und **Aachen** ihren Sitz hat, in Verbindung standen. Eine Haussuchung bei dem Reisenden **März** in **Nürnberg** förderte Korrespondenzen zutage, nach denen **40 000 ausländische Zigaretten zwischen Nürnberg und Eichstedt abgesetzt** wurden. Eine Frau, die weitere 15 000 Stück in Empfang genommen hatte, wurde verhaftet. Als März nach seiner Vernehmung zeitweilig freigelassen worden war, setzte er sich in **Roßthal** mit einem von Köln kommenden Schmugglerkraftwagen in Verbindung, der 51 000 Zigaretten mit sich führte. Ein weiterer Kraftwagen mit 150 000 Stück konnte von Köln kommend in Nürnberg Ware absetzen. **Die Affäre wird in Nürnberg gegen zwanzig Personen Strafprozesse bringen.** Die Schmugglerbanden des westlichen Grenzgebietes haben mit allen Großstädten Fühlung und vertreiben die Waren, Zigaretten und Kaffee, dorthin. In **Köln** wurden im Zusammenhang mit dem Vorgehen in Nürnberg **zahlreiche Verhaftungen** vorgenommen. In Düsseldorf sind allein in diesem Jahre zweihundert Strafprozesse angefallen. Der geschmuggelte Kaffee wurde in Fürth zu 60 Pfg. das Pfund angeboten. Allein im letzten halben Jahr sind Bestände, die in die Hunderttausende gehen, beschlagnahmt worden. Neuerdings wurden die deutschen Zollwachen aus dem Reiche an der belgisch-holländischen Grenze verstärkt.

Schreckenstat einer Nervenkranken

Lauenburg. In **Müssen** bei Schwarzenbek hat die 43jährige Kriegerwitwe **Bischof**, die bereits längere Zeit in einer Nervenheilanstalt war, ihren **17jährigen Sohn im Keller des Hauses ermordet und sich dann erhängt.** In einem hinterlassenen Schreiben erklärte die Täterin, der Sohn habe ihr im Tode vorangehen müssen, da sie ihn nicht im Leben allein zurücklassen könne.

Unterhaltungsbeilage

Der Hellseher / Michael Geyer

Das ist gewiß kein leichter Beruf, den sich dieser Herr Moecke ausgesucht hat. Alle Wochen einmal auf irgend ein Podium steigen und mit dem ernstesten Gesicht vor einigen hundert mehr oder minder kritischen Zuschauern den Schleier der Zukunft lüften zu müssen — wer wollte mit ihm tauschen?

Ich kann mir nicht helfen, aber es ist mir eine furchterregende Vorstellung, daß irgendein Mensch die geheimnisvolle Begabung besitzt, das „Morgen" vorhersagen zu können, die künftigen Schicksale jedes beliebigen Menschen zu wissen, die Tage seiner Freuden und Leiden und schließ- die bittere Stunde des Todes. Ein alter Traum der Menschheit ginge in Erfüllung, die Enträtselung des Ungewissen, aber um welchen Preis! Ist nicht gerade das eine Gnade der Vorsehung, daß sie die Geheimnisse der Zukunft hinter einem dichten Vorhang verbirgt, müßte nicht jeder unter der seelischen Last zusammenbrechen, dem bis zum Ende seiner Tage alles Geschehen — in grausamer Weise unabwendbar — bekannt wäre. Nun erst der Mann, dessen seherischer Blick diese Schleier der Zukunft durchdringt, müßte er nicht wahnsinnig werden unter der qualvollen Bürde dieses Wissens? Kassandras Gabe mußte ihr Verderben werden.

Herrn Moecke ist aber von all dieser Bedrängnis, von all dieser Qual nicht viel anzumerken. Er lächelt, er macht seine Scherze, er steht auf dem Podium eines Berliner Vortragssaales und blättert in den kommenden Dingen wie in einem offen vor ihm liegenden Buche. Es ist ein bißchen unheimlich, aber es ist zugleich auch ein wenig komisch. Und wenn man ihn so nüchtern und sachlich politische Prognosen stellen hört, wenn man sieht, wie er ohne jede innere Bewegung das künftige Schicksal eines Volkes prophezeit — da ist nichts von dem Fluch der Sehergabe, nichts von den Qualen des Wissenden zu spüren. Dieser Mann da oben — es ist kaum anders möglich — macht sich über die Narren lustig, die ehrfürchtig seinen Offenbarungen lauschen.

Herr Moecke läßt sich Fragen stellen, und er hat den Mut, sie präzis zu beantworten. Vor ein paar Tagen sprach er im Bach-Saal, jemand wollte brennend gerne wissen, wann die Börse wieder eröffnet würde: „Am kommenden Mittwoch", sagte Moecke schlicht. Nun ist der Mittwoch verstrichen, die Börse ist noch immer geschlossen. Herr Moecke hat nicht gerade sehr hell gesehen, die erste Ueberprüfung seiner Voraussagen ergibt eine Niete.

Warum — muß man sich fragen — tut Herr Moecke das? Er macht einen durchaus intelligenten Eindruck — er muß sich doch sagen können, daß man ihn auf eine Fehlprophezeiung festnageln wird. Bereits an dem Tage, an dem er seinen Vortrag hielt, war die Frage der Börsenöffnung für jeden, der etwas von den Dingen versteht, eindeutig entschieden. Man konnte kurz vor dem gefürchteten Ultimo-Termin keinesfalls ein solches gefährliches Wagnis unternehmen. Diese sachliche Ueberlegung hat Herrn Moecke nicht hindern können. Er prophezeit ganz heiter: Mittwoch!

Nun ist er von den Geschehnissen widerlegt. Gewiß wird er jetzt erklären, Irrtümer seien trotz exaktester wissenschaftlicher Arbeitsweise nicht zu vermeiden. Aber was hilft das? Wird man ihm jetzt nicht mit der größten Skepsis begegnen? Hat er sich damit nicht seine Karriere ruiniert?

Leider — nein! Herr Moecke weiß nur zu gut, daß es gar nicht auf die Tatsache ankommt, ob die Prophezeiungen eintreffen, sondern nur darauf, daß er überhaupt prophezeit. Herr Moecke weiß: wer einmal an ihn glaubt, ist durch so geringfügige Irrtümer nicht wankend zu machen. Er kann es sich ruhig leisten, die absurdesten Dinge aus den Sternen zu lesen, die Hauptsache bleibt, daß er überhaupt aus den Sternen liest.

Es gibt eine alte Anekdote: zwei Leute unterhalten sich über einen solchen Wundermann: „Denk mal," sagt der eine, „gestern hat er hier in Berlin gesehen, wie der X in Breslau gestorben ist!" „Aber, das ist doch Unsinn", meint der andere, „ich komme doch eben aus Breslau, der X ist fidel und munter, er hat mich heute früh noch zur Bahn gebracht!" „So", sagt der erste nachdenklich, „aber ist es nicht ein Wunder, daß er überhaupt bis Breslau sehen kann?!!!"

Der Glaube kann Berge versetzen, der Glaube wird es auch Herrn Moecke gestatten, in der nächsten Woche wieder vor ausverkauftem Hause neue Prophezeiungen zu machen.

Der Rekordreisende

Märchenbaum & Co., Hühneraugenringe en gros, suchen einen neuen Reisenden. Auf ein Inserat hin haben sich einige Dutzend Anwärter im Vorzimmer versammelt.

Der erste wird hereingerufen. „Wie lange benötigen Sie," fragt Herr Märchenbaum, „für die Tour Berlin—Prag—Wien—Budapest—Triest—Salzburg—München—Frankfurt—Köln — Hannover—Berlin?"

Der Reisende rechnet krampfhaft: „In fünf Wochen kann ich es schaffen, Herr Chef," sagt er.

„Nichts für uns!" sagt Herr Märchenbaum. „Viel zu lang! — Der nächste bitte."

„Wie lange benötigen Sie," fragt Herr Märchenbaum wieder und zählt die ganze Tour auf. Der Reisende glaubt es in vier Wochen schaffen zu können!

„Viel zu lang!" sagt Herr Märchenbaum. „Der nächste Herr, bitte!" Inzwischen hat der erste Reisende draußen seine Erfahrungen berichtet und der jetzt hereinkommende Kandidat erklärt unerschrocken, er könne die Tour in neun Tagen absolvieren.

„Sie sind unser Mann," sagt Herr Märchenbaum, „Sie sind engagiert. Morgen fahren Sie ab . . ."

Pünktlich am neunten Tag steht der Reisende vor seinem Chef. „Respekt, Respekt!" schmunzelt Herr Märchenbaum, „Sie sind der tüchtigste Reisende, den wir bisher in der Firma gehabt haben. Von nächsten Monat ab verdoppeln wir Ihr Gehalt. Und jetzt zeigen Sie mal Ihre Abschlüsse her!"

„Was heißt hier Abschlüsse?", fragt der Reisende: „Ich bin froh, daß ich alle Anschlüsse erreicht habe."

So fängt man Diebe!

In Halle bekam ein Sportklub auf originelle Weise den Urheber mehrerer Diebstähle im Klubgebäude heraus. Nachdem man längere Zeit hindurch vergeblich Untersuchungen angestellt hatte, wer wohl das unangebrachte Interesse an fremden Sportgeräten und Wertgegenständen unter den Klubmitgliedern zeige, kamen einige besonders Schlaue auf den Gedanken, die Chemie zu Hilfe zu rufen. In die Handtasche einer Dame, die besonders viel bestohlen worden war, wurde ein farbloses Pülverchen eingestreut, das erst, mit Feuchtigkeit in Verbindung gebracht, eine starke Farbwirkung zeigt. Als man schwitzend von den Sportplätzen in das Klubgebäude kam, stellte man fest, daß eine der Damen das Gesicht, die Oberarme, kurz alles „markiert" hatte, was man gerade so in der Unterhaltung zu berühren pflegt. Die Entlarvung war einwandfrei gelungen!

Die Fremdenindustrie in Sowjetrußland

Vor zwei Jahren ist in Sowjetrußland eine Organisation in Gestalt der Gesellschaft „Intourist" gegründet worden, die sich die Pflege des sowjetrussischen Fremdenverkehrs zur Aufgabe gemacht hat. Wie nun aus den Veröffentlichungen der Gesellschaft hervorgeht, ist die Organisation bisher von guten Erfolgen begleitet gewesen. Trotzdem der Fremdenverkehr im Auslande allgemein zurückgegangen ist, hatte die Sowjetunion im Jahre 1931 doppelt soviel Ausländer in ihren Grenzen zu verzeichnen als 1929.

In verschiedenen Städten Rußlands, so in erster Linie in Moskau und Leningrad, sind auf Betreiben der Gesellschaft „Intourist" 22 neue Hotels in Bau genommen worden. In den Badeorten der Union hat man mit dem Bau von Sanatorien und Erholungsheimen begonnen. Diese Erholungsheime sind durchwegs für — Ausländer bestimmt! Die Preise, die von der Gesellschaft für diese Fremdenstätten allerdings festgesetzt worden sind, muten den europäischen Reisenden in mancher Beziehung recht „kapitalistisch" an!

Ein weiterer Zweig der Organisation befaßt sich mit dem Bau vorzüglicher Garagen mit großen Kraftwagenparks. Diese Garagen, die ebenfalls fast ausschließlich dem Fremdenverkehr zugute kommen sollen, sind für alle größeren Städte der Sowjetunion geplant.

Jeder ist verdächtig

Roman von Reinhold Eichacker 12

Als er auf die Straße trat, sprang ihn, wie ein Tier, von neuem der Mond an, daß er jäh zurückwich. Salus ging an den Wänden der Häuser entlang. Immer schneller, gehetzt, fliehend; dann scheu und zögernd.

Allmählich wurden die Straßen belebter. Auf der Leipziger Straße jagten die Autos. Er bog ab, dem Tiergarten zu, wählte aber sofort wieder Nebenstraßen.

An zwei nebeneinanderliegenden Torwegen machte er halt. Seine Blicke suchten vergebens im Dunkel der Gänge. Nichts . . . Er war enttäuscht. Vier, fünf Menschen kamen laut sprechend vorüber. Die Stimmen verklangen. Zwei Autos durchschnitten fast lautlos das Mondlicht der mittleren Straße, wie fliehender Schatten — verfolgte Verfolger . . .

Salus wartete bange Minuten. Oben starrten die Sterne kalt zwischen den Dächern. Zweimal schlug die Turmuhr.

Aus einem kleineren Hause trat jetzt eine Gestalt. Ein Mann. Dahinter ein Mädchen. Sie sprachen einige Worte. Dann ging die Frau mit müdem, schlürfendem Schritt um die Ecke; der Mann wandte sich nach dem hinteren Torweg. Das Licht der Laterne fiel einen Augenblick auf ihn und zeichnete ein gelbes, rohes Gesicht.

Salus machte eine erregte Bewegung. Er hatte den Mann, den er suchte, erkannt. Mit langen Schritten holte er ihn ein. „'n Abend!" sagte er atemlos.

Der andere sah ihn mißtrauisch an, ohne zu antworten. Er blieb aber stehen.

„Verzeihen Sie!" stotterte Salus. Er wußte plötzlich nicht mehr, was er sagen wollte. Auch kamen von mehreren Stellen Passanten. „Einen Augenblick!"

Sie warteten schweigend, bis die Straße leer war. „Wat wollen Se?" fragte der Mann endlich mürrisch.

„Ich brauche Stoff!" hauchte Salus.

Der Mann vor ihm preßte die Lippen zusammen und prüfte den Jungen mit schielenden Augen. „Hab' keenen Stoffladen. Wat quasseln Se mir nachts von der Flanke an? Lassen Se mir jefälligst in Frieden!" Er ging langsam weiter.

„Ich muß Kokain oder Morphium haben!" bettelte Salus an seiner Seite.

Der andere stellte sich plötzlich dicht vor ihn. „Polizeispitzel, wat? Möchte anständije, arme Menschen int Unjlück bringen? Mach zu, det de türmst! Sonst — —" Seine Faust hob sich drohend.

Den Primaner packte auf einmal verzweifelte Angst, daß all seine Mühe vergebens sein könnte. Dann mußte Ruth Schauenberg noch länger leiden; sie würde ihn fortschicken, wenn er nichts brachte. Tränen der Wut sprangen ihm in die Augen. „Ich weiß, daß Sie Koks haben!" drängte er zitternd. „Sie müssen mir Kokain geben, Herr Streczka!" Er sprach unwillkürlich mit lauterer Stimme.

Der andere packte ihn wütend am Arm. „Brüll doch nich so, oller Dussel!" pfiff er durch die Zähne. „Komm mit, in den Torweg! Hier hockt sowieso überall die Polente!" Im halbdunklen Gang schob er Salus zur Wand hin. „Also 'raus mit die Wahrheit! Spitzel scheinst de mir doch nich zu sind, det de heulst wie 'n Schuljung. Woher kennst de mir, Bürschken?"

„Ein Bekannter von mir, Fritz Treut, hat bei Ihnen gekauft. Ich soll „Moses" sagen: als Ausweis, Herr Streczka."

Der andere ließ seine Hand langsam sinken. „Warum piepst de det denn nich jleich, dummes Luder? Da kennt sich keen Mensch aus. Wieviel willst de denn haben?"

„Das kommt auf den Preis an."

„Wieviel de haben willst, hab ick jefragt!" knurrte Streczka unwillig.

„Ich könnte — ich hätte zwanzig Mark", stotterte Salus benommen.

Der andere feixte. „Det is ja'n Vamöjen! Ick will dir wat flüstern: Jeh lieber int Bette un koof Schokolade! Die kannst de schon for sechzig Pfennije haben!"

Salus zitterte vor Ungewißheit. „Ich hätte auch noch meine silberne Uhr."

„Die bei Sonnenlicht Nickel is! Da wart' ick schon lang drauf. Jib her — laß se sehn! Also, um endlich mal Ruhe zu haben . . ." Er zog ein winziges Päckchen aus der Tasche. „Soviel kannst de kriejen. — Det Geld und de Uhr da!"

Der Junge schob ihm beides aufgeregt zu und verbarg schnell das Päckchen.

Im gleichen Augenblick bewegte sich knirschend das Dunkel. „Guten Abend, Herr Streczka!" sagte es ruhig, ganz in ihrer Nähe. „Da hätten wir Sie also doch mal geschnappt!" Eine dunkle Gestalt schob sich breit von den Ausgang. Vom Nebenhaus kamen zwei Männer gelaufen.

Streczka sah wütend zu Salus hinüber, der sprachlos von Schreck neben ihm an der Wand stand. „Also doch so'n Spitzel!" fauchte er und schlug seine Faust in die Zähne des Jungen, daß der stöhnend umfiel.

Dann bog ihm der Achter des Uniformierten die Hände zusammen. „Marsch" herrschte der Schutzmann ihn an. — —

Salus saß, totenbleich und trotz der stickigen, schwülen Luft heftig fröstelnd, auf der harten Pritsche der Polizeizelle und tastete immer von neuem mit fiebernden Blicken die rissige Wand ab. Sein Gesicht war dick verschwollen. Zwei Vorderzähne standen halb abgebrochen und schief aus den Lippen. Nase, Backen, Mund und Kinn waren blutig verschmiert, und immer noch tropfte das Blut auf die Hose und auf seine knochigen, zitternden Hände.

Vergebens suchte er seine Gedanken zu ordnen. Sein Kopf schmerzte wie eine einzige Wunde. Alles war tot und wirr. Er fühlte sich müde zum Umsinken; aber das dauernde Hämmern im Hirn und das Kommen und Gehen unheimlicher Bilder ließ ihm keine Ruhe. Es war ihm, als hätte er all das schon einmal genau so geträumt.

Mitten im Einnicken schreckte er hoch, leise wimmernd und stöhnend. Schwindelwellen ließen den Sitzenden taumeln und pendeln. Sobald er zu denken versuchte, zog sich alles in seinem Kopf zusammen, wie in einem Starrkrampf. Ein Satz nur grub sich immer wieder von neuem mit bohrender Grausamkeit in seinen Schädel und drängte die anderen Bilder zur Seite: Was soll morgen werden? Was — soll — morgen — werden —?

Morgen? Was war das —: morgen? Ein neuer Tag? Ein Tag wie andere? Warum kam ihm dies Morgen so grauenhaft vor? Was war mit ihm geschehen? Er hatte sich von Hause fortgeschlichen. Mitten in der Nacht. Um Kokain für Ruth Schauenberg zu kaufen. Die Polizei hatte ihn dabei ertappt — Streczka hatte ihm ein paar Zähne eingeschlagen — er hatte Schmerzen — morgen sollte er verhört werden — —

Was sich in diesem einen Wort alles zusammenfassen ließ an Begriffen! Morgen — hieß, daß die alte, gewohnte Welt zerfallen war wie ein zu Zunder verbrannter Strick, den niemand mehr zu einem Seil drehen konnte, auf dem sich der Fuß hielt. Morgen — hieß, daß man ihn in ein Verhör schleppen würde, wegen verbotenen Gifthandels, und daß man ihn ausfragen würde, für wen er Gift kaufte. Morgen — hieß, daß ihn die Eltern vermissen und seine Schandtat erfahren würden und sein Verhältnis zu Ruth. Morgen — hieß, daß die Lehrer zu einer Konferenz zusammentreten und ihn mit Schimpf und Schmach relegieren würden. Morgen — hieß, daß für ihn jede akademische Laufbahn, jedes weitere Studium vorbei sei. Morgen hieß, daß Ruth Schauenberg kein Kokain haben und ihn nie mehr bei sich dulden würde. Morgen war plötzlich alles, was es auf der Welt gab. Ein einziges Wort, das die Sprache ersetzte, das Denken, das Leben.

Morgen — war auch der Schmerz, den er fühlte, die Kälte, das Grauen. Morgen — war auch das Blut an den Händen, der Haken am Fenster; der lederne Gürtel, den er zitternd durch alle Schlaufen des Beinkleides hindurchzog und um seine Faust schlang. Morgen — war Dämmerung — Nebel — und Stille . . .

Morgen war auch die Stimme des Kommissars Schulz der Abteilung für Gifthandel: „So! Jetzt bringen Sie mir mal das Bürschchen — den von heute nacht, Krämer!" sagte sie gutgelaunt zu einem Schutzmann, der schmunzelnd hinausging.

Nach kaum zwei Minuten kam Krämer aufgeregt wieder ins Zimmer. Der Kommissar runzelte fragend die Brauen: „Na — wo bleibt der Bengel?"

Der Polizist preßte die Hand an die Hose. „Der Arrestant Salus — hängt tot in der Zelle . . ."

Der Brief!

Landgerichtsrat Kettler legte die Akten van der Straat geordnet vor sich und schaute fragend Assessor Till an, der eben mit Referendarin Klarenbach die Briefe studierte, die den Fall betrafen. Die Post hatte schon ganze Stöße gebracht. Die Presse belagerte draußen die Gänge. Kettler mußte einen Gerichtsdiener einstellen, um Ordnung zu halten und sich vor Störung zu sichern.

„Können wir anfangen, lieber Kollege?"

Assessor Till nickte. „Von mir aus — jederzeit."

„Baron Helmut v. Hellern!" rief Kettler zum Diener, der den Ruf hinausgab.

Unter den Journalisten entstand schnell Bewegung. Man reckte die Köpfe. Vom Gangfenster löste sich die schlanke, schmiegsame Gestalt des Gerufenen, in gemustertem Sakko und hellen Gamaschen, und verschwand in der Tür, die ihn gleich verschluckte.

Baron von Hellern machte den Herren des Untersuchungsgerichts eine leichte Verbeugung. Sein interessantes, hübsches, gebräuntes Gesicht war heiter und sorglos, als habe man ihn als Gast einer Modeschau oder eines Rennens geladen. Verbindlich lächelnd nahm er sich sofort mit einem flüchtigen „Darf ich, meine Herren?" einen Stuhl und setzte sich, ohne auf Antwort zu warten. Darauf zog er sorgsam das Beinkleid am Knie hoch.

Um Kettlers Mund spielte ein drohendes Zucken. „Wir kennen uns ja, Herr Baron, schon aus früherem Anlaß?" meinte er in ironischem Tonfall.

Der andere neigte sich ein wenig vorwärts. „War mir stets ein Vorzug, Herr Landgerichtsrat."

Kettlers Bleistift machte einen Sprung auf den Akten. „Sie wissen wohl schon, um was es sich handelt?"

Das Gesicht v. Hellerns blieb gleichmäßig freundlich. „Nein — leider nicht. Zum Raten fehlt mir bedauerlicherweise jede Begabung."

„Dann werde ich es Ihnen sagen!" meinte Kettler in erhobenem Tone. Obwohl er die Art des Barons schon gewöhnt war, verdroß sie ihn wieder. „Kennen Sie diesen Brief hier?"

Der andere stand höflich vom Stuhl auf und sah das Papier an, das Landgerichtsrat Kettler ihm hinhielt.

Ohne ein Zeichen der Unruhe las er es langsam. „Aber gewiß, Herr Landgerichtsrat. Der Brief ist von mir."

„Nett, daß Sie das zugeben!"

„Warum sollte ich nicht?" Hellern war offenbar ehrlich erstaunt.

(Fortsetzung folgt)

Grundlegende Reformen im Apothekenwesen

(Eigener Bericht)

Die 20. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Apotheker im GdA. wurde in Köln in Anwesenheit von fast 300 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands unter dem Vorsitz von Apotheker Peiser, Berlin, eröffnet, Vertreter hatten u. a. entsandt der Reichsminister des Innern, das Preußische Volkswohlfahrtsministerium, der Oberpräsident der Rheinprovinz, der Regierungspräsident von Köln, die Stadt Köln, die Universität Köln, ferner fast sämtliche politischen Parteien. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens. In einer Entschließung wird die vor kurzem zu diesem Punkte erfolgte Einigung der angestellten Apotheker mit den Apothekerinhabern begrüßt. **Der Verband deutscher Apotheker bekennt sich grundsätzlich erneut zu dem System der konzessionierten unveräußerlichen und unvererblichen Apotheke, er ist aber bereit, auch einem Gesetze zuzustimmen, das die bestehenden realen Apothekengerechtsame (Privilegien) unberührt läßt.** Bezüglich der anderen, bisher als verkäuflich behandelten Apotheken fordert er die Umwandlung in personalkonzessionierte Betriebe mit dem Zugeständnis einer ausreichenden Uebergangsfrist und einer Abfindung durch den Nachfolger im Rahmen des wirtschaftlich Ertragbaren. Die Personalkonzession soll in Zukunft nach dem öffentlich-rechtlichen Verfahren vergeben werden, das Recht der Witwen der Personalkonzessionare auf Verwaltung ihrer Apotheken soll eingeschränkt werden bei gleichzeitiger Schaffung einer entsprechenden Witwenversorgung. Ebenso soll die Schaffung einer Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung für alle Berufsangehörigen erfolgen, wie auch ein Ausbau der Tarifvertragsgemeinschaft und deren Einrichtungen. Die weitere Aussprache befaßte sich mit der Notlage der angestellten Apotheker, ferner mit dem bestehenden Tarifvertrag und der Einrichtung der Zuschußkasse der Tarifvertragsgemeinschaft. Es wurde festgestellt, daß heute von den annähernd 6000 Assistenten etwa 1000 stellungslos sind. Aus diesem Grunde müssen auch Maßnahmen gegen den zur Zeit ungeheuerlichen Zugang neuer Berufsanwärter zum Apothekerfach ergriffen werden, da alle diese jungen Leute keinerlei Aussicht auf ein Vorwärtskommen und Selbständigwerden im Apothekerberuf haben. Ebenso dürfe keinerlei Dispens von Zulassungsbedingungen gewährt und in keiner Apotheke mehr als ein Praktikant beschäftigt werden.

Der zweite Tag der Hauptversammlung wurde durch einen Vortrag des Geheimen Regierungsrats

Professors Dr. H. Thoma, Berlin,

über das Thema **„Wissenschaft und Praxis in der Apotheke“** eingeleitet. An den mit großem Beifall aufgenommenen, für den Apothekerstand hochbedeutsamen Vortrag schloß sich die Fortsetzung der Hauptversammlung an. Der Verband erhebt hier die Forderung, daß **im Interesse der Sicherheit von Gesundheit und Leben der Bevölkerung für pharmazeutische Arbeiten jeglicher Art in den Apotheken ausschließlich pharmazeutisch vorgebildetes Personal zu beschäftigen ist.**

Oberschlesier beim 18. Schlesischen Schachkongreß

Bad Salzbrunn, 7. Oktober.

In Bad Salzbrunn begann der 18. Schlesische Schachkongreß. Die Zahl der Nennungen zu den einzelnen Turnieren ist sehr groß. Es haben gemeldet:

Für das Meisterturnier: Bergmann, Carolath, Giertz, Glogau, Machate, Breslau, Maicherczyk, Beuthen, Pitschak, Brünn, Rüster, Neusalz, Sikorski, Gleiwitz, Schmidt, Breslau, Foerder, Breslau, Kramer, Breslau.

Für das Meisterschaftsturnier: Boehm, Brieg, Claus, Brieg, Dawczynski, Breslau, Galonska, Gleiwitz, Kühn, Langenöls, Loeffler, Breslau, Müller, Görlitz, Neumann, Oppeln, Rosenblatt-Turn, Teplitz, Wiatr, Gleiwitz, und Jarosczinski, Hahnau.

Für das Hauptturnier haben sich 18 Teilnehmer, für das Nebenturnier 10 Teilnehmer gemeldet. Die Tagung findet ihren Ausklang am Sonntag mit der Hauptversammlung des Schles. Schachverbandes.

11. Geflügelzuchtlehrgang in OS.

Oppeln, 7. Oktober.

Die Landwirtschaftskammer veranstaltet an ihrer Lehr- und Versuchsanstalt für Geflügelzucht in Neustadt am Dienstag, 20. Oktober, einen eintägigen Geflügelzuchtlehrgang, auf dem Fragen der Unterbringung, der Fütterung und der Gesundheitspflege behandelt werden. Die Anstalt stellt eigenes Lehrmaterial zur Verfügung. Die Teilnehmergebühr beträgt 1 Mark. Anmeldungen sind unmittelbar an die Lehr- und Versuchsanstalt für Geflügelzucht zu richten.

Aufblühen des Segelsports in Oberschlesien

Neustadt, 7. Oktober

Ingenieur Hubertus Olbrich baut gemeinsam mit Gewerbelehrer Schapphoff und mit Unterstützung interessierter Neustädter Kräfte ein Segelflugzeug, und zwar eine Schulmaschine. In Kürze wird eine Ortsgruppe des Deutschen Luftfahrtverbandes gegründet. In vier bis fünf Wochen soll das Flugzeug fertiggestellt sein, und noch vor dem Winter sollen die Flüge beginnen. Als Gelände ist der Platz hinter Eichhäusel, am Waldrande nach Neudeck zu, mit dem Gefälle nach Langenbrück in Aussicht genommen. Auch in Ziegenhals ist eine Ortsgruppe des Deutschen Luftfahrtverbandes im Entstehen. Eine Schulmaschine ist im Bau und geeignetes Gelände für die Ausführung von Gleit- und Segelflügen bereits gefunden.

Deutscher Bierkalender 1932. Wandabreißkalender mit 120 Bildern. Verlag Knorr & Hirth, GmbH., München. Preis 2,75 Mark. — Der „Deutsche Bierkalender“ vermittelt ein Stück Kulturgeschichte deutschen Biers und deutschen Gastwesens. Wir sehen im Bild stolzes Gildezeug, große Schleifkannen und dickbauchige Humpen, schlanke Krüge und feingeschliffene Gläser, prächtige Wirtshausschilder und Deckelbilder voll Humor und Poesie, Brauerwappen und Bahrtuch riegelsamer Brauerburschen, hören von dem schweren Kampf der Wirte und Hopfenbauern, von der Wirkung der Biersteuererhöhung, von dem Aufbau der Bierpreise vor und nach dem Kriege und dem Spuk der Trockenlegung, die das deutsche Braugewerbe zerstören. Das neuzeitliche Bierplakat, das schöne Brauerzeichen, Blätter über den Nähr- und Heilwert des Bieres, über alte Trinksitten und Volksbräuche spiegeln die Gemütlichkeit altdeutscher Wirtsstuben, die Behaglichkeit schattiger Sommerkeller, den Trubel der Volksfeste und der Starkbierzeit im bunten Bilderblock wider. Der „Deutsche Bierkalender“ ist längst deutsches Volksgut geworden: Jedem wird er mit Besinnlichkeit und Freude den alten guten Spruch entlocken: Hopfen und Malz — Gott erhalt's.





Die Oberschlesische Knappschaft beabsichtigt ihr in der Stadt Hindenburg, an der Hedwig- Ecke Parisiusstraße belegenes Grundstück Flur 14 Nr. $\frac{371}{9}$ = 25,79 ar und das angrenzende, die Verbindung mit der Szmulastr. herstellende Grundstück Flur 14 Nr. $\frac{332}{9}$ = 8,63 ar zu verkaufen oder vom 1. Januar 1932 ab zu verpachten. Angebote bis zum 1. November 1931 an die **Verwaltung der Oberschlesischen Knappschaft** in Gleiwitz erbeten.

Handelsregister

In das Handelsregister A. Nr. 2045 ist bei der Firma „West-Drogerie Irmgard Köhler“ in Beuthen OS. eingetragen: Die Firmeninhaberin Irmgard Köhler führt infolge Verheiratung jetzt den Familiennamen „Schwindt“. Amtsgericht Beuthen OS., den 6. Oktober 1931.



Aus Oberschlesien und Schlesien

Wild-West in OS.

Ausraubung eines Personenzuges bei Ratibor

Die Banditen inszenieren eine Schlägerei — Das Loch im Hundeabteil 700 Mark aus verschlossenem Gepäckwagen geraubt

(Eigener Bericht)

Ratibor, 7. Oktober. Der Personenzug Leobschütz—Ratibor, der gegen 9 Uhr abends fahrplanmäßig in Ratibor eintrifft, wurde am Mittwoch abend, kurz vor 9 Uhr, beraubt. Der Raubüberfall scheint ziemlich raffiniert eingefädelt worden zu sein. In dem hinteren Wagen inszenierten verschiedene Burschen eine Schlägerei. Einer davon zog die Notbremse, sodaß der Zug auf der Strecke zwischen Groß Peterwitz und Woinowitz stehen blieb. Durch diese Schlägerei kam auch der Bahnschutzbeamte, der sich im Packwagen aufhielt als Begleitmann zur Sicherung des Geldes, das von der Strecke Piltsch täglich mitgenommen wurde, in den hinteren Wagen. So war der Wagen, in dem sich das Geld befand, ohne Aufsicht.

Diese Gelegenheit benutzte ein Mithelfer, der in der Zwischenzeit im Hundeabteil des Zuges ein Brett herausgesägt hatte, und stieg durch diesen Einschnitt in den Packwagen, der sonst fest verschlossen war. Das Geld befand sich in mehreren Lederbeuteln, die in einem verschlossenen Kasten vor unbefugten Händen gesichert waren. Er nahm 700 Mark mit. Die Beamten merkten bereits an der Haltestelle des Zuges, bei dem Dorfe Janowitz, das Fehlen des Brettes und entdeckten auf diese Weise sofort die Beraubung des Gepäckwagens. Kriminalpolizei, Reichsbahnpolizei und Beamte der Landjägerei begaben sich sofort an den Ort und stellten Ermittlungen an. Von zwei Ratiborern, die sich an der Keilerei beteiligt hatten, wurden die Personalien festgestellt.

Keine Lohneinigung im oberschlesischen Bergbau

Schlichterkammer am Donnerstag

Gleiwitz, 7. Oktober.

Die Verhandlungen unter dem Schlichter für Schlesien, Oberpräsident z. D. Philipp, über die Arbeitszeit- und Lohnfrage im oberschlesischen Bergbau dauerten bis gegen 19 Uhr. Eine Einigung der Parteien wurde nicht erzielt. Die Schlichterkammer tritt Donnerstag früh um 9,30 Uhr zusammen.

Selbstmord eines polnischen Polizeibeamten

Kattowitz, 7. Oktober.

In der Kattowitzer Kaserne erschoß sich gestern der 27 Jahre alte Wachtmeister der berittenen Polizei, Alfred Dittrich. Der Grund der Tat ist unbekannt.

Versuchte Brandstiftung am Königshütter Munitionsdepot

Königshütte, 7. Oktober.

Ein Unteroffizier des 75. Regiments in Königshütte hat einen gewissen Ceßlaw Mistka aus Bismarckhütte in dem Augenblick festgenommen, als dieser den Wald in der Nähe des Munitionsdepots in Brand steckte. Mistka wurde verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Die Polizei versucht, die Gründe der Tat ausfindig zu machen.

Kostbare Perlenkette gestohlen

Kattowitz, 7. Oktober.

Dem Besitzer der Brauerei Corona, Bendzin, Jakob Rosenblum, wurde von seinem Personenauto ein kleiner Handkoffer gestohlen, in dem sich mehrere Perlenschnüre im Werte von 10 000 Zloty befanden. Der Bestohlene nahm den Verlust erst bei seiner Ankunft in Königshütte wahr.

Zwei Kinder tödlich verbrüht

Kattowitz, 7. Oktober. In Orzegow hat eine Frau Reuter durch Unachtsamkeit ihr zweijähriges Töchterchen mit heißem Wasser übergossen. Das Mädchen erlitt so schwere Verletzungen, daß es am folgenden Tage verstarb. — Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in der Wohnung einer Frau Kassay. Während die Frau Einkäufe besorgte, versuchte ihr 19 Monate altes Kind vom Fensterbrett einen Topf mit heißer Milch herunterzunehmen, wobei sich die heiße Flüssigkeit über das Kind ergoß, sodaß dieses infolge der erlittenen Verletzungen nach kurzer Zeit verschied.

Wieder ein Raubüberfall in Ostoberschlesien

Kattowitz, 7. Oktober.

Auf der Bahnhofstraße in Rydultau wurde die Kassiererin Marie Jeczmaik, die sich in Begleitung eines anderen Mädchens befand, von einem unbekannten Mann überfallen und ihrer Tasche, in der sich die Tageslosung in Höhe von 500 Zloty befand, beraubt. Der Täter konnte unerkannt entkommen.

4 Verletzte bei einem Beuthener Autounfall

Frau angefahren und mitgeschleift — Auto gegen einen Baum

Beuthen, 7. Oktober.

Am Mittwoch gegen 7,30 Uhr wurde in Beuthen auf der Hindenburgstraße vor der Gastwirtschaft Weigt die 38 Jahre alte berufslose, ledige Martha Kraiczek aus Beuthen, die dort auf die Straßenbahn aufsteigen wollte, von dem Personenkraftwagen des Baumeisters Kühnel, Beuthen, angefahren. Sie wurde von dem linken Kotflügel erfaßt, zu Boden geschleudert und solange mitgeschleift, bis der Wagen auf einen Chausseebaum prallte und dann zum Stehen kam. Die Verunglückte blieb besinnungslos liegen und trug schwere Schädelverletzungen und vermutlich auch einen Oberschenkelbruch davon. Der Besitzer des Wagens erlitt anscheinend einen Schädelbruch. Seine beiden Kinder, die sich im Fahrzeug befanden, erlitten Schnittwunden am Hals. Sämtliche Verletzten fanden Aufnahme im Städtischen Krankenhaus. Der Wagen wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Er wurde beschlagnahmt und bleibt bis zur Klärung der Schuldfrage in Polizeigewahrsam. Die Kriminalpolizei traf bald an der Unfallstelle ein und nahm die Ermittelungen nach der Ursache des Unglücks auf.

Tod durch Sturz aus dem Fenster

(Eigener Bericht.)

Beuthen, 7. Oktober.

Am Mittwoch in der Mittagszeit stürzte die 23jährige Hausangestellte Emmi Schulz aus dem Fenster des 3. Stockes des Hauses Reichspräsidentenplatz 15, Ecke Redenstraße. Sie blieb auf dem Straßenpflaster regungslos liegen und hat nach den Feststellungen einen schweren Schädelbruch erlitten. Es wurde sofort der Sanitätswagen der Berufsfeuerwehr herbeigerufen. Bei seinem Eintreffen zeigte die Verunglückte noch Lebenszeichen, ist aber während der Ueberführung nach dem Städt. Krankenhaus verstorben. Die Verunglückte war vor dem Absturz mit dem Reinigen der Fenster eines Zimmers beschäftigt. Sie befand sich allein im Raum. Der Unglücksfall kann nur dadurch eingetreten sein, daß sie, auf den unteren Leitersprossen stehend, Straßenvorgänge beobachten wollte und sich dabei zu weit hinauslehnte. Die Leiter war nicht gerutscht. Die Dienstherrschaft, Oberingenieur Broll, schilderte die Verunglückte, die aus Beuthen stammt, als eine brave und fleißige Angestellte.

Wetteraussichten für Donnerstag: Im Osten meist bewölkt mit Regenfällen und Abkühlung. Im Süden anfangs regnerisch, später Besserung. Im übrigen Deutschland veränderlich mit vereinzelten Schauern, kühler.

15prozentige Gehaltskürzung im Oppelner Handel?

Oppeln, 7. Oktober.

Der Gehaltstarif für die Angestellten des Handels in Oppeln und Umgebung ist von den Arbeitgebern gekündigt worden. Sie verlangen eine Herabsetzung der Gehälter um 15 Prozent. Die Verhandlungen zwischen den Tarifparteien werden Mitte Oktober stattfinden.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosen in Ostoberschlesien

Kattowitz, 7. Oktober.

Die Zahl der Arbeitslosen in der Woiwodschaft betrug am 3. 10. 69 475, das ist um 143 weniger als in der Vorwoche. Da im Laufe der letzten Jahre **über 10 000 Arbeiter aus anderen Gebieten Polens nach Ostoberschlesien eingewandert sind, von denen jetzt ungefähr 7000 erwerbslos sind** und den oberschlesischen Gemeinden zur Last fallen, wird von den zuständigen Behörden geplant, diese Arbeitslosen nach ihren Heimatgemeinden abzutransportieren, um den Arbeitsmarkt in der Woiwodschaft zu entlasten.

Schwurgericht Gleiwitz

Die Unterwelt von Zaborze

Acht Mann unternehmen einen Einbruch — Eine Pistole geht los

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 7. Oktober.

Die Mittwochverhandlung vor dem Schwurgericht brachte eine Auslese von hoffnungsvollen jungen Leuten aus Zaborze in den Gerichtssaal. Der Grubenarbeiter Georg Schombara aus Zaborze stand wegen versuchten Totschlags vor den Richtern. Verübt wurde die Tat gelegentlich eines Raubzuges von acht schweren Jungen in ein Kleidergeschäft. Da hatte ein Mann in der Nachbarschaft in seiner Wohnung Licht gemacht, und Schombara war just in diesem Moment die Pistole losgegangen. Rein zufällig schlug die Kugel in diese Wohnung ein, ohne weiteren Schaden anzurichten. Im Gerichtssaal wurden nun die sieben Ritter aus Zaborze aus dem Gefängnis, das sie gegenwärtig bewohnen, als Zeugen vorgeführt.

Man würde sich sehr täuschen, wenn man etwa annehmen wollte, daß Georg Schombara überhaupt irgendwie schuldig ist oder irgendetwas Böses getan hat. Nein, mit den edelsten Absichten hat er sich diese Nacht getragen. Schon sein engelreines Vorleben läßt darauf schließen, daß er ein ganz harmoser Mensch ist. Das bißchen Sachbeschädigung, Körperverletzung und ein paar Diebstähle zählen gar nicht mit. Sie zählen wirklich nicht, wenn man sich den Häuptling der Bande, den Herrn Krziensik ansieht, der bisher 80 Diebstähle zugegeben hat und dafür jetzt die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus geduldig erträgt.

In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember vorigen Jahres haben die sieben Mann einen Einbruch vereinbart.

Sie wollten einen Kleiderladen ausräumen.

Nun hat Georg Schombara einen Bruder Johann. Den Bruder Johann hat er des öfteren schon verprügelt, weil Johann immerzu Einbrüche mitmachte, während Georg keine Gelegenheit dazu hatte und das auch selbstverständlich niemals getan hätte. Und in dieser fraglichen Nacht war Johann dabei. Georg Schombara, besorgt um das Seelenheil seines Bruders, tat ganz listig so, als ob er mitmachen wollte. In Wirklichkeit aber war seine Seele so weiß wie seine Weste, und er wollte den Einbrechern nur „Zunder geben". Angst sollten sie kriegen und auskneifen. Und vor allem wollte er seinen Bruder Johann von der Bande abtrennen. Deshalb, nur deshalb hat er geschossen.

Vorher ist ihm ein kleines Mißgeschick passiert. Er ist mit dem Ellenbogen einer Fensterscheibe zu nahe gekommen, und die ist in Trümmer gegangen. Das war bei dem Nachbarn, der davon erwachte. Schombara wollte nach seiner Angabe Krach schlagen, damit man auf die Einbrecher aufmerksam würde. Zunächst zogen sich die acht mutigen Männer zurück. Dann kommandierte Krziensik, der Anführer der Bande, drei Mann nach dem Kleiderladen. Dort wurde zunächst aufgebrochen, dann holte man die Sachen heraus. Inzwischen hatte der Nachbar, ein ehemaliger Fleischermeister, in seiner Wohnung Licht gemacht. Schombara stand gerade unter dessen Fenster, und zwar rein zufällig. Nicht etwa, um Schmiere zu stehen, nein, einzig und allein, um zu überlegen, wie man die Einbrecher von ihrem Vorhaben abbringt. Als nun der Fleischermeister Licht machte, lud Schombara die Pistole. Und da es Dezember und sehr kalt war, funktionierten seine Finger so unglücklich, daß die Pistole losging, dem Fleischermeister in die Wohnung. Später hat Schombara gesagt: **„Der alte Mann wollte Lärm schlagen."** Aber ein anderer Zeuge bestätigt, daß Schombara hinterher geweint hat vor Reue, als ihm die Kollegen seine Unvorsichtigkeit vorwarfen.

Schombara gab dann noch zwei weitere Schüsse ab, „um die Einbrecher zu vertreiben." Die ganze Gesellschaft türmte, versammelte sich dann wieder und holte in Säcken die gestohlenen Kleidungsstücke ab. Schombara bekam dafür, daß er seine Kollegen von dem Einbruch abzubringen versucht hatte, einen Anzug, den er für 20 Mark verkaufte, und außerdem zwei Hosen. Am Abend vorher hatte Schombara tüchtig gezecht, und vor Gericht erklärt er nun, er kann sich auf „die ganzen Erlebnisse" nicht mehr besinnen.

Die ganze Einbrechergesellschaft tritt nun auf den Plan. Einer hat Geburtstag. Ein anderer erzählt, er war früher obdachlos, aber jetzt hat er eine feste Wohnung. Krziensik weigert sich zu erscheinen, denn im Gefängnis wird gerade Mittagessen ausgegeben. Das Gericht legt eine Pause von fünf Minuten ein. Dann erscheint Krziensik kauend. Er macht sich nicht viel aus dem Gericht, denn ihm kann ja gar nichts passieren, er hat ja die Höchststrafe. Die Herren sind alle bereits abgeurteilt, und da erzählen sie ungeniert, wie sich die ganze Sache zugetragen hat.

Nach der Vernehmung weiterer Zeugen beantragte Staatsanwaltschaftsrat Liebich den Freispruch von der Anklage des versuchten Totschlags, da nur ein keineswegs zuverlässiger Zeuge den Angeklagten belastet hatte.

Ein Mensch hat sich totgefallen

Gestern nachmittag ist ein ganz gewöhnlicher Unfall in Beuthen vorgekommen: ein Mädchen ist aus dem Fenster im dritten Stock abgestürzt. Kurze Zeit darauf war sie tot. So etwas liest man oft in der Zeitung. Man nimmt davon Kenntnis wie von einem Autounfall, wie von einer Straßensperrung oder einer Geschäftseröffnung. Und blättert weiter.

Aber da sind einige Menschen in unserer Stadt, die lesen heute diese Notiz mit anderen Gefühlen. Ihnen läuft das Grauen kalt über den Rücken. Sie verkrampfen ihre Hände und ziehen den Kopf zwischen die Schultern, als wenn sie sich vor etwas Furchtbarem schützen wollten. Das sind die wenigen, die bei dem Unfall zugegen waren.

Sie gingen ihren gewohnten Weg ins Büro oder nach Hause, in angenehmer Leere der Gedanken, oder bedrückt von den Geldsorgen, wie sie den begonnenen Monat zu Ende leben könnten, oder vielleicht sogar ein wenig freudig über das schöne Wetter, das uns der Herbst zu bescheren scheint. Die Straße vor ihnen bot das gewohnte Bild, es ändert sich ja so tagaus tagein fast nichts, immer um die gleiche Stunde kommen die gleichen Menschen mit den gleichen Anzügen und den gleichen Gesichtern von der gleichen Beschäftigung auf dem gleichen Wege. Man kann mit geschlossenem Auge gehen. Man kann sich treiben lassen. Die Menschen an jener Ecke ließen sich treiben, gingen ihren gewohnten, durch nichts beirrten Gang.

Da zerriß ein Schrei die Luft. Ein Schrei, ganz klein, sehr gepreßt, kaum hörbar in dem Straßenlärm, und doch so voll furchtbaren Entsetzens, daß jedermann aufhorchte. Und da geschah auch schon das Schreckliche: Ein Körper sauste durch die Luft und schlug dumpf auf der harten Erde auf. In Sekunden war alles vorbei. Aber der Mann, neben dem der Mensch zur Erde gefallen war, stand starr, mit entsetzensweiten Augen, blaß bis unter die Haarwurzeln, unfähig, ein Glied zu rühren. Vor seinen Augen, mit den Händen zu greifen, war jener Körper zu Boden gefallen. Fleisch von seinem Fleisch, Blut von seinem Blut.

Das große Grauen krallte sich im Augenblick in die Straße Die Menschen fühlten einen Augenblick lang ihren Herzschlag stocken. Dann gingen sie eilig davon, machten Platz der Sensationsgier und der notwendigen Hilfe, die, leider, zu spät kam. Hier war jede Rettung vergeblich.

Zwischen dem dritten Stock und der ebenen Erde ist ein Menschenleben ausgelöscht. Die Frau fiel von sehr hoch. Sie hat nicht lange gelitten. Und der eine oder andere dachte Jahre zurück, an Straßen in Städten und Dörfern in fremdem Lande, wo auch Menschen plötzlich hinfielen und nicht wieder aufstanden, getroffen von feindlichen Geschossen, zerfetzt von Granaten, erstickt von furchtbaren Gasen. Auch von ihnen las man dann in der Zeitung: „Gefallen ..."

Kaltes Grauen steht um die große Blutlache an jenem Hause. . . E—s.

Für den Waffenbesitz lautete der Antrag auf ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Joachimczyk, Hindenburg, schloß sich dem freisprechenden Antrage an und plädierte auf eine milde Strafe für den Waffenbesitz. Der Angeklagte erklärte nun, er habe wegen des Waffenbesitzes bereits unter Anklage gestanden und sei freigesprochen worden. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Kierstein, Breslau, hielt die Heranschaffung der Akten, die vom Schöffengericht Hindenburg geholt werden mußten, für notwendig. Nach einer vorübergehenden Unterbrechung der Verhandlung wurden dann die Akten durchgearbeitet, worauf sich das Gericht zur Beratung zurückzog.

Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis, die auf Grund einer Gesetzesbestimmung verhängt wurden, die den Waffenbesitz besonders schwer bestraft, wenn jemand, der schon früher bei einem schweren Einbruchsdiebstahl mit der Waffe getroffen wurde. Dieser Fall lag bei dem Angeklagten vor. Die Anklage auf versuchten Totschlag wurde als nicht begründet angesehen, da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Tötung versucht habe. Zwar sei der Schuß nicht versehentlich, sondern absichtlich abgegeben worden, aber anscheinend nur mit dem Ziel, den Fleischermeister daran zu hindern, Lärm zu schlagen. Mit den Gefängnisstrafen von 8 Monaten und 1 Jahr, die der Angeklagte vom Schöffengericht Hindenburg erhalten hat, wurde die jetzt verhängte Strafe zu drei Jahren sechs Monate Gefängnis zusammengezogen.

Beuthen und Kreis

Erfolgreiche Schulungsarbeit eines Beuthener Turnlehrers

Von dem Bezirksoberturnwart L. Vogel des Greifensteinbezirkes im Turngau Westerzgebirge wird uns geschrieben:

Der Turn- und Sportlehrer Paul Elsner, Beuthen, führte in den Vereinen des Greifensteinbezirkes im Turngau Westerzgebirge eine Zeitlang Schulungsabende durch. In trefflicher Weise und mit gutem Lehrgeschick bot er eine Fülle neuzeitlichen Uebungsstoff für alle Turnabteilungen. Besonders anregend waren Kinderturnen, Volksturnen, Jiu-Jitsu und Volksspiele. Zweifellos haben diese Lehrabende dazu beigetragen, das turnerische Leben in den Vereinen zu heben. Für diese erfolgreiche Arbeit dem Turnbruder Elsner den Dank aller Vereine auszusprechen, ist uns mehr als Pflicht.

*

* **Zum Pfarrer ernannt.** Kuratus Porwoll, von der St.-Barbara-Parochie, wurde zum Pfarrer ernannt.

Beamtenpolitische Tagesfragen

Versammlung des Katholischen Beamtenvereins Beuthen

(Eigener Bericht)

Beuthen, 7. Oktober.

Am Dienstag begann der Katholische Beamtenverein seine Winterarbeit mit einem Vortragsabend im Schützenhause.

Rektor Bendziecha,

der 2. Vorsitzende, gedachte des 84. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg. Er zeichnete das arbeitsreiche Leben Hindenburgs. **Sein oberster Grundsatz, die Pflichterfüllung gegenüber dem Volksganzen bis zum äußersten, soll den Beamten in den Tagen der Not vor Augen führen,** daß sie einig zusammen stehen müssen. Die katholische Beamtenschaft wird Hindenburg die Gefolgschaft nie versagen. Sie hält treu an der Staatsidee und wird Kummer und Sorgen, verursacht durch die Not des Vaterlandes, in Gottvertrauen tragen. Die Liebe und Treue zum Reichspräsidenten und zum Vaterlande wurde durch ein dreifaches Hoch bekräftigt, worauf das Deutschlandlied gesungen wurde. Dr. Zelder hielt einen Vortrag über **„Weltbild der drei politischen Männer**

Lenin, Clemenceau und Brüning".

Er stellte diese als Vertreter von drei Weltanschauungen dar: Lenin als den gottlosen Idealisten, Clemenceau als den gottlosen Realisten und Brüning als den gläubigen Kämpfer gegen die wirtschaftlichen und politischen Mächte, die das deutsche Volk bedrohen. Lenin zeichnete er als den unbedingten Diener der Ideen des Kommunismus, als eine gigantische, unheimliche Erscheinung und Hasser der bestehenden Gesellschaftsordnung. Auch die Erotik stellte Lenin ganz in den Dienst seiner Idee. Kompromißlosigkeit bis zum äußersten, brutale Gewaltanwendungen gegen die Bourgeoisie kennzeichnen sein Handeln und Wandeln. **Gegen jede religiöse Idee lief er unbarmherzig Sturm.**

Wie Lenin ganz in der Idee des Kommunismus, so ging Clemenceau im Hasse gegen Deutschland, in der Predigt der Gewalt und in der dauernden Kritik der nach seiner Meinung lau gewordenen Franzosen auf.

Im Gegensatz zu Lenin und Clemenceau ist Brüning der gläubige Mann. Er ist ein Mann, der vertraut auf den Sieg der Vernunft, ein unerschütterlicher Lenker und Führer des deutschen Volkes, ein Mann der Selbstaufopferung und Liebe für seine großen Aufgaben. Er kennt nur eine allgemeine, einen jeden Menschen angehende Moral. Diese Schilderung der drei Charaktere an Hand von Quellenmaterial wurde mit starkem Beifall belohnt. Anschließend hielt

Polizeihauptmann Stojek

einen beamtenpolitischen Vortrag. Er erläuterte im einzelnen die letzte Preußische Notverordnung und untersuchte die Frage, ob sie rechtsgültig ist, der Verfassung entspricht und eine Dauerregelung darstellt. Nach dem neuesten Preußischen Besoldungsblatt **wird von der zweiten Gehaltshälfte am 10. Oktober nur der halbe Betrag gezahlt werden.** Danach kann man annehmen, daß später die Gehaltszahlung in drei Teilbeträgen am 1., 10. und 21. jeden Monats und künftig nachträglich erfolgen wird. Es sei anzuerkennen, daß die Beamten in außerordentlicher Disziplin die Opfer auf sich genommen haben, weil sie erkannt haben, daß die Opfer notwendig sind. Rektor Bendziecha fügte dem ausführlichen Vortrage hinzu, daß die **Sonderbelastung einzelner Beamtengruppen bekämpft werden müsse.** Die Novemberversammlung wird als St.-Elisabeth-Feier für die katholischen Beamtenfamilien ausgestaltet werden. Am Feste Christus König (25. Oktober) findet eine Generalkommunion des Vereins statt.

Vortragsnachmittag der Evangelischen Frauenhilfe Beuthen

„Blicke in Melanchthons Leben"

(Eigener Bericht)

Beuthen, 7. Oktober.

Aus Anlaß des Besuches der Evangelischen Frauenhilfe aus Kattowitz war der Handarbeitsnachmittag der Beuthener Frauenhilfe besonders stark besucht, sodaß Pastor Lic. Bunzel in Vertretung der erkrankten 1. Vorsitzenden seine Willkommensgrüße an fast 400 Frauen richten konnte. Nach dem von Frl. Marquardt mit starkem Ausdruck vorgetragenen Vorspruch (von Frau Lisa Lehmann verfaßt) galt den evangelischen Gästen von jenseits der Grenze und ihrem Führer, Präsident D. Voß, der besondere Gruß und der Wunsch, durch diesen schlichten Nachmittag das Zusammengehörigkeitsgefühl pflegen zu dürfen. Für die festliche Ausschmückung war in althergebrachter Weise durch Gesangsvorträge eines Frauenhilfsmitgliedes gesorgt, die für die mit gepflegtem Stimmaterial dargebotenen Heidelieder verdienten Beifall erntete.

Der für die Gäste gehaltene kurze Ueberblick von

Pastor Lic. Bunzel

sprach von der sozialen Aufgabe der Frauenhilfe als Kerntruppe der Evangelischen Kirche, der äußeren Not durch äußere Hilfe dienend, oft auch bemüht, seelischer Bedrängnis durch mitfühlenden Rat zu steuern. Außer den regelmäßigen Monatsversammlungen, in denen durch Vorträge und musikalische Darbietungen belehrend-anregende Stunden für die Mitglieder geschaffen wurden, finden die Versammlungen der Bezirksmütter statt, in denen die geschäftlichen Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit der evangelischen Wohlfahrt besprochen werden. **In der wichtigsten Aufgabe der Frauenhilfe, der Betreuung der körperlich und seelisch leidenden Frauen und Kinder, sind ebenso wie in der Pflege der Wöchnerinnen trotz verminderter Geldmittel auch in diesem Jahre wieder Erfolge verzeichnet.** Auch die Nähstube, der Großmütterverein und die vierteljährlich in Schomberg stattfindenden Frauenhilfstagungen sind gern besuchte Veranstaltungen geworden. Da die Frauenhilfe sich nach den Richtlinien der allgemeinen Winterhilfe richten muß, in deren Rahmen sie mitarbeitet, kann in diesem Jahre das Weihnachtsfest nur beschränkter gefeiert werden. Es wurde besonders an die Kleidersammlung und die Meldung für freie Mittagstische gemahnt. — Von dem Hauptvortrag war der Klaviervortrag von Frl. Wilkum eingeschoben, welche die Konzert-Etude Nr. 3 von Liszt mit feinem Verständnis zu Gehör brachte.

Als ein die Frauen besonders interessierendes Thema hatte Pastor Lic. Bunzel **„Blicke in Melanchthons Leben"** gewählt. Der von zahlreichen Daten als Marksteinen in Melanchthons Leben durchzogene Vortrag ließ den genialen Werdegang des Waffenschmiedsohnes, der mit 12 Jahren Universitätsbesucher, mit 17 Jahren bereits Professor in Tübingen und seit 1518 als einer der bedeutendsten Gelehrten an der neu gegründeten Universität Wittenberg tätig war, plastisch vor den Zuhörern aufleben. Wie alle unsere großen Reformatoren, hat auch Melanchthon an seinen Kindern keine ungetrübte Freude gehabt, und auch seine Frau, Käthe, die Bürgermeisterstochter aus Wittenberg, bereitete dem Gelehrten durch vieles Kränkeln und, im Gegensatz zu Käthe Luther, durch zu große Weichheit und Nachgiebigkeit manche Sorge. **Melanchthon, der aussichtsreiche Auslandsberufungen aus Liebe zur deutschen Heimat ablehnte, ist niemals Kanzelredner gewesen und hat nur zweimal eine Grabrede, auch für seinen Freund Martin Luther, gehalten,** obgleich er von Jugend auf wegen seiner fesselnden Vortragskunst berühmt war. Der Lebensabend dieses bescheidenen, viel kränkelnden, dabei rastlos arbeitenden Mannes, dessen Wahlspruch „Meine Zeit in Unruhe, meine Hoffnung in Gott" auch für unsere Zeit gelten kann, wurde nach manchem Familienunglück durch seine Tochter Magdalena Peuker verschönt. Im Jahre 1460 ist der größte Zeitgenosse Luthers gestorben.

Den äußerst fesselnden Ausführungen schloß sich

Präsident D. Voß, Kattowitz,

mit dem Dank der Kattowitzer Gästen an die Beuthener Frauenhilfe an und sprach die Hoffnung aus, auch den Beuthener Schwesternverein als Gast jenseits der Grenze begrüßen zu können. Präsident D. Voß erzählte anschließend aus der Arbeit der Kattowitzer Evangelischen Frauenhilfe, die gleichfalls mit Kindergarten und Suppenküchen bemüht ist, lindernd und hilfend der Not der Zeit zu steuern.

Eigene Fachklassen der Hindenburger Friseure

(Eigener Bericht)

Hindenburg, 7. Oktober.

In der Quartalsversammlung der Friseur-Zwangs-Innung wurden in Anwesenheit des Vorstandes der Gleiwitzer Friseur-Innung und des Vertreters der Aufsichtsbehörde, Stadtinspektors Hoedt, durch Obermeister Kneffel sieben Mitglieder für treue, 25jährige Mitgliedschaft geehrt und durch Diplome ausgezeichnet: Friseurmeister Weinast als Mitbegründer und langjähriges Vorstandsmitglied, Waczlawski, Magiera, Frau Kosmale, Frau Pilarczyk, Frau Tirpitz und Frau Hauk. **Die Innung hat an Magistrat und Berufsschulkuratorium Schreiben gerichtet und darin gebeten, den Fachunterricht in den Stundenplan hineinzunehmen,** da seit 1. Oktober die Fachschule geschlossen ist. Da jedoch innungsseitig der Fachunterricht als ungemein wichtig angesehen wird, ist die Innung entschlossen, den Fachunterricht wiederum selbst zu übernehmen. Als Kassenprüfer für den Innungsbezirk Nord wurde einstimmig Friseurmeister Suck gewählt. Durch den Bezirksverband oberschlesischer Friseur-Innungen wurde mitgeteilt, daß Beauftragte der Innung, Meister und Gehilfen, gewählt werden sollen, die die Betriebe der Schwarzarbeiter und Pfuscher zu kontrollieren haben. **Für Osthilfe besteht keine Hoffnung mehr, während die Rückzahlungsfrist für Mittelstandskredite, die seinerzeit von der Provinz an das oberschlesische Handwerk verliehen wurden, bis 1935 verlängert wurde.** Fachschullehrer Hans Zimmermann führte sodann mit Diagnosepräparaten das Färben, Bleichen und Entfärben des Kopfhaares vor.

---

* **Silberhochzeit.** Am Donnerstag begeht Max Schmidt, Friedrichstraße 7, mit seiner Gattin das Fest der Silbernen Hochzeit.

* **Der 1000. Lehrling.** In der Zeit seit dem Jahre 1900 geführten Lehrlingsstammrolle der Barbier- und Friseur-Innung konnte bei der Oktober-Aufnahme der Lehrlinge der 1000. Lehrling eingetragen werden. Die Innung wird ihm ein Fachbuch zum Geschenk machen.

* **Aufhebung eines schöffengerichtlichen Urteils.** Einen restlosen Erfolg mit seiner Berufung hatte der Eisenbahnassistent Karl Schade von hier, der vom hiesigen Schöffengericht wegen Amtsverbrechens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. In der Fahrkartenausgabe des hiesigen Bahnhofs, in der der Angeklagte beschäftigt war, war ein Fehlbetrag von 51 Mark entstanden, der auf den Mißbrauch mit einer Fahrkarte nach Berlin zurückgeführt wurde und den der Angeklagte in seine Tasche gesteckt haben sollte. Alle Unschuldsbeteuerungen nützten ihm nichts, da nach dem Gutachten eines Sachverständigen eine andere Person als der Angeklagte sich während der Dienststunden des Sch. mit der zur Herstellung der Fahrkarten bestimmten Maschine nicht beschäftigen konnte. Von seiner Unschuld überzeugt, legte der Angeklagte gegen das auf neun Monate Gefängnis lautende Urteil Berufung ein. In der erneuten Verhandlung vor der Großen Strafkammer, in der wie auch in der Schöffengerichtssitzung dem Angeklagten von seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern das beste Zeugnis ausgestellt wurde, kam auch zur Sprache, daß der Angeklagte, als er noch eine Kasse auf dem Güterbahnhof verwaltete, eines Tages 500 Mark mehr vereinnahmt und, als er den Irrtum aufgeklärt, dem betreffenden Einzahler das Geld sofort wieder zurückerstattet hatte. Er lehnte es daher ganz entschieden ab, sich im vorliegenden Falle um 51 Mark bereichert zu haben. Im übrigen gestaltet sich die Beweisaufnahme für den Angeklagten so günstig, daß Oberstaatsanwalt Lachmann, der die Anklage vertrat, selbst die Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils und die Freisprechung des Angeklagten beantragte. Das Gericht erkannte auch nach kurzer Beratung auf kostenlose Freisprechung.

* **Gefahren der Straße.** Am Mittwoch, in der neunten Vormittagsstunde, wurde auf der Piekarer Straße vor dem Geschäft des Fleischermeisters Bromisch ein 7jähriger Knabe, der auf die entgegengesetzte Straßenseite wollte, von einem Personenauto erfaßt und einige Meter weit zu Boden geschleudert. Der Knabe, der sich zum Erstaunen der Augenzeugen wieder allein erhob, scheint weiter keinen größeren Schaden genommen zu haben.

* **Vom Schwimm-Verein Poseidon.** Der Verein begeht am Sonnabend seine 11. Stiftungsfeier in beiden Sälen des Promenaden-Restaurants unter der Devise „Münchener Oktoberfest." Leitend für diese Veranstaltung ist der Gedanke, daß auch in Zeiten der Not der Zukunftsblick nicht getrübt werden darf. Alles muß daran gesetzt werden, um Mittel zu schaffen zur Ertüchtigung unserer Jugend. Die sommerlichen Schwimmerfahrten führten unsere Jungen und Mädels quer durch Deutschland und brachten unserer Heimatstadt den Sieg der Deutschen Meisterin, die auch am letzten Sonntag in Berlin wieder überlegen siegte. Ein Teil des Ueberschusses wird der Winterhilfe überwiesen.

* **Kameradenverein ehem. 23er.** Der Verein veranstaltete eine Hindenburg-Geburtstagsfeier. Der Vorsitzende schilderte den Reichspräsidenten als einen echten Soldaten und guten Staatsbürger. Kamerad Cygan, Schomberg, wurde für seine Verdienste mit dem Kyffhäuser-Ehrenkreuz ausgezeichnet. Anschließend hielt Polizeihauptmann Kalicinski an Hand von Lichtbildern einen Vortrag über die Entwickelung des Polizeiwesens.

*

* **Beuthen 09.** Donnerstag (Konzerthaus), 19,20 Uhr, Jugend-Mannschaftsabend, 20,30 Uhr Liga- und Senioren-Mannschaftsabend, anschließend Monatsversammlung.

* **Kameraden-Verein ehem. Elfer.** Der Verein hält am Sonntag um 19 Uhr im Vereinszimmer (Stadtkeller) seine Monatsversammlung ab. An diesem Abend wird Oberleutnant a. D. Pförtner einen Vortrag über „Propagandafeldzug des Kyffhäuserbundes" halten.

Bobrek-Karf

* **Kaufmannsgehilfenprüfung.** Der Kaufmannsgehilfenprüfungs-Kommission, unter dem Vorsitz des Direktors Rein, der Handelskammer Oppeln, stellten sich 6 Gehilfen zur Abschlußprüfung. Die Prüflinge gingen nicht aus den Lehrgängen der Berufsschule, sondern aus einem einhalbjährigen Kursus, der sich an die Vorträge der Volkshochschule anschloß und von Diplom-Handelslehrer Niebisch geleitet wurde, hervor. Sämtliche Prüflinge bestanden die Prüfung und zwar: Zielonka mit „Sehr gut", Kowoll, Schottko und Butzek mit „Gut" Niesporek und Fräulein Borsutzki mit dem Prädikat „Bestanden".

Evangelisch-luther. Gemeinde, Gleiwitz

Kronprinzenstr. 19, Sonntag, den 11. Oktober, 9,30 Uhr, Predigtgottesdienst; in Beuthen, Evangel. Gemeindehaus, Ludendorffstraße, 15,30 Uhr **mit Feier des hl. Abendmahls, Pastor Schulz.**

Drei Kinder an Kohlenoxydgas erstickt

Vater und Mutter besinnungslos

Cosel, 7. Oktober. In dem im Kreis Cosel gelegenen Kochanietz ereignete sich in der vergangenen Nacht ein bedauernswerter Unglücksfall, der bis jetzt drei Menschenleben forderte. Heute früh wurde der Dampfpflugführer Paul Zemelka auf dem Gutshof Kochanietz vermißt. Als er nach längerer Zeit immer noch nicht erschienen war, wurde an das Fenster seiner Wohnung geklopft. Als sich auch jetzt noch niemand meldete, stieg man durch das Fenster in die Wohnung ein. Die aus fünf Köpfen bestehende Familie wurde in ihren Betten angetroffen. Erst als man vergebens versucht hatte, sie wach zu rütteln, holte man den Arzt, der Kohlenoxydgasvergiftung feststellte. Die drei Kinder im Alter von fünf bis acht Jahren waren bereits tot, ihre Eltern wurden sofort in das Coseler Krankenhaus zur Anstellung von Wiederbelebungsversuchen gebracht, die aber keinen Erfolg hatten.

Morawietzprozeß Ende Oktober

Beuthen, 7. Oktober.

In der Strafsache gegen den früheren Bankdirektor Morawietz sind die Akten der Staatsanwaltschaft zur Festsetzung der Hauptverhandlung zugestellt worden. Die Verhandlung wird voraussichtlich Ende dieses Monats stattfinden. Es sind mehrer Tage in Aussicht genommen. Die Verteidigung des Morawietz wurde dem Berliner Rechtsanwalt Knitter übertragen.

Volk in Not — Schule in Not!

Vertreterversammlung des Vereins Katholischer Lehrer Schlesiens

(Eigener Bericht)

Ratibor, 7. Oktober.

Volk in Not — Schule in Not! Unter dieser Devise stand die 20. Vertreterversammlung des Vereins Katholischer Lehrer Schlesiens Mit einem Levitenamt in der St.-Liebfrauen-Kirche wurde die Schlußtagung begangen. Wuchtig klang unter der Leitung des Chorrektors Strehler Anton Bruckners „Missa" in E-Moll. Nach dem Chor „Groß ist Jehova", geleitet von Lehrer Bugla, begrüßte der Verbandsvorsitzende,

Schulrat Strauß, Breslau

eine große Anzahl von Ehrengästen und Vertretern der Behörde und der Geistlichkeit. Man sah Oberbürgermeister Kaschny, Prälat Ulitzka, Stadtpfarrer Schulz, Landrat Dr. Schmidt, Landeshauptmann Woschek, Dr. Szczeponik als Vertreter der Regierung in Oppeln, Pfarrer Wodarz usw.

Oberbürgermeister Kaschny

betonte, welche Fülle von Arbeit der Lehrer im Katholischen Lehrerverein für das deutsche Volk geleistet hat.

Prälat Ulitzka

brachte vor allem zum Ausdruck, daß es die katholische Lehrerschaft war, die die christliche Schule über alle Stürme hinwegbrachte und daß weiter gekämpft werden muß, um das kostbare Kleinod der Schule in reiner Form zu erhalten.

Schulter an Schulter müssen wir mit denen zusammengehen, denen das Wohl des Kindes am Herzen liegt.

Schulrat Dr. Szczeponik überbrachte die Grüße der Regierung, die leider keinen Vertreter entsenden konnte. Mit heller Begeisterung wurden die Worte des

Stadtpfarrers Schulz

aufgenommen. Er betonte, daß die Kirche wisse, welche hohe Bedeutung die Lehrerschaft für die Volksbildung, für die Erziehung des Kindes hat. Die Not ist groß. Die Menschen sind von einer Nervosität befallen, und die Menschheit lebt in einer Ueberkultur. Haß und Neid bestehen zwischen den Völkern trotz papierener Verträge. **Das Volk liegt im Elend am Boden, und trotzdem fürchtet man es und bekämpft es.** In der letzten Zeit ist so viel Resignation, so viel Verzweiflung im Volk und in der Jugend, die voll stürmischem Drang erfüllt ist, und auch so viel Lärm um nichts, so viel an Schaumschlägerei. Und wie steht es um die Schule? Sie sollte ein Friedens- und Freudensgebiet sein, abgeschlossen gegen den Lärm der Parteien, und doch gibt es so viel Unruhe, so viel Experimentieren! **Not der Schule ist die Not des Kindes, ist die Not der Familie.**

Die Schule hat die Aufgabe, durch das Kind die Familie zur Gesundung zu führen.

Der gutreligiöse Lehrer wird alles gutmachen, was ein schlechter Vater versäumt hat. **Der Schule müssen wir ein besonderes Maß von Liebe entgegenbringen.** Die Not der Familie verlangt die Arbeit in ganz besonderem Maße. Wir müssen eine heilige Alliance bilden zum Schutze der Menschheit, zum Schutze des Kindes, zum Schutze unseres deutschen Volkes. Der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins Westdeutschlands, Weber, überbringt der Ostbastion westdeutsche Grüße.

Akademiedirektor Dr. Abmeier

hielt hierauf einen Vortrag über „Der Lehrer in den Krisen der Gegenwart". Der Redner führte zunächst die Zuhörer in die Not früherer Zeit und zeigte, wie sich gerade in dieser schweren Zeit die Schule gehoben hat und daß man in der heutigen Zeit daran gehe, die Schule abzubauen. **Mit dem Schwinden der Religion wird die Welt dem Menschen zur Sinnlosigkeit.** Wenn nicht bald Abhilfe kommt, steuern wir immer mehr dem Chaos zu, und mitten in dem Elend steht unsere Jugend, von einer Zusammengehörigkeit nichts wissend, voll Verachtung gegen jede Autorität. Es ist überall eine Volksnot. Doch um so schwerer sind nunmehr die Aufgaben für den Erzieher. Wenn wir nicht von einem so großen Optimismus beseelt sein würden, dann müßten wir uns selbst aufgeben. Redner schloß mit den Worten: „Wo die Not am größten, da ist auch Gottes Hilfe und Gottes Gnade am nächsten". Der Schriftleiter der Katholischen Schulzeitung für Norddeutschland, Fritz, Breslau, wählte die Aufgabe: „Volk in Not, Schule in Not". Seine Ausführungen wurden in einer

Entschließung

zusammengefaßt, der wir folgendes entnehmen:

Die Völker leiden unter einer Weltkrise, am meisten Deutschland, das noch die schweren Lasten des Versailler Friedensdiktates zu tragen hat. Mit der Volksnot wächst die erzieherische Not unserer Jugend, da durch rücksichtslose Sparmaßnahmen an der Schule Autorität und Existenz des Staates gefährdet werden. Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens erhebt erneut schärfsten Protest gegen die Spardiktatur auf dem Schulgebiet, insbesondere gegen die Notverordnung vom 12. September d. J.

Im Namen der schwerbedrängten Schule und des Kindes dieser Notzeit, im Interesse der Zukunft unseres Volkes, fordert der Verein baldige Nachprüfung der Notverordnung vom 12. September d. J., aller ihrer Auswirkungen und Beseitigung ihrer Härten. Die Notverordnung ist in wesentlichen Teilen gesetzwidrig. Als Diensteinkommen im Sinne des Gesetzes (VBG. 1, II) gelten die gesamten auf Grund dieses Gesetzes gewährten Dienstbezüge mit Ausnahme der Kinderbeihilfen. Gemäß Art. 129 I 3 der RV. ist eine die wohlerworbenen Rechte mit Stumpf und Stiel ausrottende Verordnung unter allen Umständen verfassungswidrig. (Gutachten des Universitätsprofessors Dr. Giese). Hingewiesen sei auch auf die Uebergehung des Staatsrates (Art. 40 der Preuß. Verfassung). Es muß stark verbittern, wenn der Lehrerschaft von 17 Millionen RM. Zulagen 13 Millionen RM. gestrichen werden. Wenn ganze Gehaltsgruppen (Einzelgehälter, Ministerialräte) ohne Kürzung bleiben, wenn bei Gruppe Ic die am 30. September 1931 vorhandenen Inhaber der Stellen ihre Bezüge ausnahmsweise weiter erhalten, wenn man beim alleinstehenden, ersten Lehrer und Konrektor die Stellenzulage um 100 Prozent und bei den übrigen Schulleitern um 40—75 Prozent kürzt und den anderen Zulageempfängern entweder die volle Zulage beläßt oder sich durchweg mit 33⅓ Prozent begnügt. Die Ungerechtigkeit wird durch die nachträgliche Gewährung eines Ausgleichszuschlages an den Nichtruhegehaltsberechtigten nicht gemildert, sondern nur noch unterstrichen. Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens fordert nach wie vor Erhöhung der Stellenzulage und kann sich unter dem Druck der Not **nur mit einer prozentualen Kürzung aller Stellenzulagen einverstanden erklären.** Die Notverordnung ist unsozial. Sie schafft trotz größter und wichtigster Arbeitsmöglichkeit in der Schule neue Arbeitslosigkeit bei den Junglehrern und erhöht so die unproduktiven Ausgaben. Sie untergräbt die Familie, indem sie Lehrern mittleren Alters, die schon unter der Kürzung der Zulage für das erste Kind und die Staffelung der Abzüge nach Ortsklassen leiden, durch Festhalten der Bezüge an der Ausbildung der Kinder hindert. **Sie trifft besonders jene Lehrer, die Kinder auswärts in Ausbildung haben.** Bei Beseitigung des Ausgleichszuschlages, der gewährt wird, wenn der Gesamtabzug mehr als 20 Prozent beträgt, werden die kinderreichen Familien abermals geschädigt. **Die Weiterbeschäftigung der Doppelverdiener ist ein Hohn auf die soziale Einstellung der Notverordnung.** Die Notverordnung ist ein Verhängnis für die Schule. Man spürt an ihr den Einfluß der Gegner der Schule. Sie ist nur flüchtig ausgearbeitet worden.

sie gefährdet in höchstem Maße die Schule des Grenzlandes,

sie vermindert die Berufsfreude der Lehrer, sie zerreißt bewußt die Lehrerschaft. Sie ist ein bedrohlicher Angriff auf die Lehrerschaft und die Substanz der Schule (Stundenplankürzung und Ueberhöhung der Frequenz). Sie wirft die Schule um Jahrzehnte zurück.

Es ist eine große Gefahr, in schwerster Notlage des Volkes die Gestaltung des Schulwesens nur nach wirtschaftlichen und rechnerischen Grundsätzen unter Ausschluß der Mitarbeit der Vertreter des Erziehungswesens zu vollziehen.

Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens ruft angesichts der zur Katastrophe drängenden Lage sämtliche Vertreter der Schule bis hinauf zum Minister, die gesamte Elternschaft, die Vertreter des Volkes zur geschlossenen Abwehr gegen den Einbruch der Wirtschaft in die Schule auf. Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens wendet sich mit aller Schärfe gegen Absichten, auf schulpolitischem Gebiete unter dem Druck der Not Aenderungen herbeizuführen, die die christliche Schule gefährden. Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens ist sich bewußt, daß steigende Not der Jugend auch gesteigerte Arbeit in der Schule zur Pflicht macht. Wir bitten um Schutz und Schonung des Kindes der Notzeit.

Als Vertreter für die Junglehrerschaft sprach Schulamtsbewerber Mrosek, Gleiwitz. Auch seine Ausführungen wurden in einer Entschließung zusammengefaßt.

Umstellung der Junglehrerfürsorge

Der Verein Katholischer Lehrer Schlesiens sieht die Entwicklung der Junglehrerfrage als eines der ernstesten Kapitel des Themas „Schule in Not" an. Die schon immer traurigen Aussichten der katholischen Schulamtsbewerber sind infolge der letzten Notverordnung nahezu hoffnungslos geworden und erfordern eine grundsätzliche Umstellung der Junglehrerfürsorge. Es ist unbedingt Pflicht des Staates, **für den in seiner Erziehung bedrohten Nachwuchs der Lehrerschaft zu sorgen.** Im Hinblick auf die Junglehrerschaft fordern wir, daß die Gewährung der Fortbildungsausschüsse, die Einberufung in Hilfslehrerstellen und die auftragsweise Beschäftigung fortan **ohne Rücksichtnahme auf das Bekenntnis für alle Schulamtsbewerber gleichmäßig nach Prüfung geregelt wird.** Wir betrachten die Beschäftigung von verheirateten Lehrerinnen als Doppelverdiener als ein Unrecht, da durch sie unvermögende Junglehrerinnen dem Schuldienst ferngehalten oder gar aus ihm entlassen werden. Wir bekämpfen mit Entschiedenheit auch alle Bestrebungen, die

eine Umwandlung von Lehrer- in Lehrerinnenstellen

zum Ziele haben. Die Bevorzugung der auf der Akademie vorgebildeten Bewerber bei der Einberufung in den Schuldienst und bei der Bemessung der Fortbildungszuschüsse lehnen wir entschieden ab. Dagegen verlangen wir, daß auch dem seminarisch vorgebildeten Junglehrer nach zweijähriger Fortbildungsarbeit und systematischem Hospizieren die Möglichkeit zur Ablegung der zweiten Prüfung gegeben wird.

Zum Schutz der am kärglichsten besoldeten Junglehrer ist eine allgemein gültige Freigrenze bei den Gehaltsbezügen einzuführen.

Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre unter Vermeidung sozialer Härten für die Die Wiedereintragung in die von den Regierungen geführten Junglehrerlisten darf bei der Rückkehr aus dem Schuldienst im Ausland oder an privaten Schulen nur in der Liste erfolgen, die dem Prüfungshergang des Antragstellers entspricht. Auf Schulamtsbewerber in fremden Berufen oder im privaten Schuldienst ist wegen der unsicheren Einberufungsverhältnisse **bis auf weiteres kein Zwang zum Eintritt in den öffentlichen Volksschuldienst auszuüben.** Es sei denn, daß ihnen Dauerbeschäftigung zugesichert werden kann. Ein Streichen in der Liste darf in diesem Fall bei Ablehnung nicht stattfinden.

Nunmehr behandelte man eine Reihe von Anträgen, die zumeist Fragen organisatorischer Art, Wahlen und Berichte in der Organisation, betrafen. So wurde die 20. Vertreterversammlung des Vereins Katholischer Lehrer Schlesiens in der Grenzstadt Ratibor beendet, die wohl bei allen

Hindenburgfeier der Beuthener deutschnationalen Frauen

(Eigener Bericht)

Beuthen, 7. Oktober.

Die Frauenversammlung der Deutschnationalen Volkspartei am Mittwoch im Saale des Promenaden-Restaurants bot den zahlreichen Teilnehmern einige vaterländische Erbauungsstunden. Nach Einleitung durch Klaviervorträge von Fräulein Stibbe und Begrüßung durch die 2. Vorsitzende hielt die Ortsoberin,

Fräulein von Wimmer

eine warmherzige Ansprache zum Gedenken Hindenburgs. Die schweren Erschütterungen des Vaterlandes und die Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage lenken unsere Blicke zu Gott. Die Rednerin zeichnete ein Lebensbild des greisen Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten und sprach die Hoffnung aus, daß das Schicksal eine entscheidende Wendung zum Guten nehmen möge. Die Glückwünsche der Jugend für den Reichspräsidenten kamen durch ein Gedicht, vorgetragen von einem munteren Jungen, und durch ein von einem Jungmann vorgetragenes Hindenburglied zum Ausdruck. Dann gedachte Fräulein von Wimmer der toten Kaiserin Auguste Viktoria, die sie als Vorbild wahrer Vaterlandsliebe, Frömmigkeit und Wohltätigkeit vor Augen führte. Dem Gedächtnis der Kaiserin anläßlich des bevorstehenden Geburtstages war ferner ein von Fräulein Baupel vorgetragenes Gedicht und ein künstlerischer Violinvortrag von Alfred Moses, den Fräulein Wilimski am Klavier und Fräulein Erna Moses gesanglich begleiteten, gewidmet. Die Ortsoberin hielt noch einen Aufklärungsvortrag über die **„Nationale Winterhilfe"**, die neben der allgemeinen Winterhilfe von den nationalen Parteien und Verbänden aufgezogen ist. Sie machte ferner auf die Gaskochlehrgänge aufmerksam, die jeden Donnerstag nachmittag in der Pestalozzischule stattfinden. Nach weiteren musikalischen Vorträgen erstattete Frau Bork einen Bericht über den Reichsparteitag in Stettin.

Stadtv. Schollek

hielt einen politischen Vortrag, der zur Mitarbeit der deutschnationalen Frauen am Wiederaufstieg des Vaterlandes anregte. Der Abend war durch den Vortrag vaterländischer Gedichte und heiterer Vorträge, die viel Beifall fanden, recht unterhaltend gestaltet. Großen Anklang fand eine Bühnenszene „Die poetische Köchin". Innerhalb der Ortsgruppe wird ein fester Zusammenschluß der Jungmänner, der kein neuer Verein sein soll, durchgeführt werden. Am 7. und 8. November findet der Landes-Parteitag in Neiße statt.

Auch die Reichswehr im Dienst der Winterhilfe in Oppeln

Oppeln, 7. Oktober.

Im Stadtverordnetensitzungssaal trat der Arbeitsausschuß der Bezirkszentrale unter Leitung von Stadtrat Dr. Born zu einer Sitzung zusammen, um die Vorbereitungen für die Winterhilfe zu treffen. Stadtrat Dr. Born teilte mit, **daß die Speisung von etwa 1200 Kindern in Frage komme.** Diese bedürften aber auch zum größten Teil warmer Winterkleidung und Schuhe. Es ist erfreulich, daß sich bisher 250 Eltern von Volksschülern bereit erklärt haben, Freitische zu übernehmen, ebenso werden aber auch Eltern von Kindern der höheren Schulen Patenschaften übernehmen. **Auch die Reichswehr hat sich in den Dienst der Winterhilfe gestellt.** Sie speist bereits eine Anzahl Kinder. Die Sammeltätigkeit für Kleider und Schuhe sowie Winterwäsche wird in der Zeit vom 19. bis 24. Oktober durchgeführt werden und die Geldsammlung nach Listen vom 11. bis 18. Oktober. **Bei der Sammlung von Kleidern, Wäsche und Schuhen hat sich die Reichswehr bereit erklärt, Mannschaften und Gespanne zur Verfügung zu stellen. Auch der Rabattsparverein will bis Januar 100 Kinder speisen.** Alle bedürftigen Personen werden vom Wohlfahrtsamt mit Ausweisen versehen werden, um dadurch eine Kontrolle und Uebersicht bezüglich der gespendeten Sachen zu erhalten. Neben freier Kohle an Bedürftige wird auch verbilligte Kohle abgegeben werden. Die Winterhilfe wird sich auch auf geistige Hilfe und Ausbildung sowie Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten erstrecken. Es sind hierfür Kurse in Stenographie, Maschinenschreiben, Kunst- und Dekorationskurse sowie Bastelarbeiten vorgesehen. Zur Ausbesserung und Umänderung gespendeter Kleider, Schuhe und Wäsche werden Arbeitsstuben eingerichtet werden. Um eine körperliche Betätigung zu schaffen, ist vorgesehen, Spielfelder im Stadion sowie in der Obervorstadt auszubauen. Auch die Malapane-Insel bei Czarnowanz soll ausgebaut werden, wobei etwa 20 junge Leute in der Jugendherberge Czarnowanz untergebracht werden. Stadtrat Dr. Born richtete an alle Kreise die herzliche Bitte, die Arbeit für die Winterhilfe nach besten Kräften zu unterstützen und große Opferbereitschaft an den Tag zu legen, da es gilt, große Not zu lindern, zumal in Oppeln fast jeder dritte Bürger unterstützt werden muß.

Teilnehmern einen tiefen Eindruck hinterlassen und so manche neue Wege in der Arbeit für das Schulkind und für den Lehrerberuf gewiesen hat. Die Tagung zeigte ein Bild der Einigkeit und Geschlossenheit der katholischen Lehrerschaft, zeigte den festen Willen der Tatarbeit in der gefährdeten Grenzlandschule. Von maßgebenden Persönlichkeiten der Geistlichkeit und der Behörden, die als Ehrengäste an der Tagung teilnahmen, ist **die schwere und verantwortungsvolle Lehrerarbeit anerkannt worden.**

Gleiwitz

* **Abrahamsfest.** Lehrer Franz Goliasch begeht am 9. Oktober sein Abrahamsfest. Er ist schon fast 30 Jahre lang Jugendbildner und hat sich auf diesem Gebiete große Verdienste erworben. Ferner ist er stellvertretender Vorsitzender des Ortskartells Gleiwitz des Deutschen Beamtenbundes, Schiedsmann des 10. Stadtbezirks und bekleidet noch weitere Ehrenämter. Auch das Amt eines Stadtverordneten übte er längere Zeit hindurch aus.

* **Aus dem Kriegerverein.** Gelegentlich eines Festappells wurden 6 Mitglieder des Kriegervereins für Verdienste um das Kriegervereinswesen ausgezeichnet. Adolf Jastram und Josef Hoschützki erhielten das Ehrenkreuz 1. Klasse, Ernst Wypukol, Otto Lengefeld, Ernst Schellenberg und Johann Grzondziel das Ehrenkreuz 2. Klasse. 22 Mitglieder erhielten für 25jährige Mitgliedschaft das Jubiläumsabzeichen und 6 Vereinsmitglieder für 40jährige Zugehörigkeit zum Verein je ein Bild des Reichspräsidenten von Hindenburg mit einem Anerkennungsschreiben.

* **Diebstähle.** Aus einem Stall an der Waldschule wurde ein Chinchilla-Rassekaninchen gestohlen. Es handelt sich um ein besonders wertvolles Zuchttier. Aus einem unverschlossenen Stall wurden aus einem Grundstück an der Toster Straße zwei Hühner, eine Ente und ein Kaninchen und in Schakanau fünf Gänse und drei Hühner gestohlen. In den beiden letzteren Fällen wurden die Tiere an Ort und Stelle abgeschlachtet.

* **Gasschutzabteilung der Technischen Nothilfe.** Anläßlich des zweijährigen Bestehens der Gasschutzabteilung der Technischen Nothilfe Gleiwitz fand im Blüthnersaal ein geselliges Beisammensein statt, zu dem sich zahlreiche Freunde und Nothelfer eingefunden hatten. Der Leiter der Gasschutzabteilung, Fränkel, begrüßte u. a. den Leiter der Technischen Nothilfe Hindenburg, Goiny, ferner Polizeihauptmann Ulbrich und Oberleutnant Hahn. Aus den Kreisen der Kaufmannschaft waren wertvolle Preise für den Schießstand gestiftet worden. Der Abend nahm einen sehr anregenden Verlauf.

*

* **Monatsversammlung im KKV.** Am Sonnabend veranstaltet der Kath. Kaufmännische Verein Merkur eine Monatsversammlung, an die sich ein gemütliches Beisammensein anschließt.

Groß Strehlitz

* **Silbernes Ehejubiläum.** Das Fest der Silbernen Hochzeit begeht am Donnerstag das Ehepaar Viktor Kursatzki und Frau in Kruppamühle, Kreis Groß Strehlitz.

Rosenberg

* **Schützengilde.** Am Sonntag veranstaltete die Schützengilde ein Gewerbeschießen, aus dem Mechanikermeister Hans Maier mit 60 Ringen als erster Sieger hervorging. Zweiter Sieger wurde Kaufmann Mücke mit 57 Ringen.

9 Monate Gefängnis für Hebamme Herud

Ratibor, 7. Oktober.

Zum zweiten Male gelangte der Prozeß Herud und Genossen vor dem Schwurgericht zur Verhandlung. Der Eröffnungsbeschluß legt den Angeklagten Verbrechen und Vergehen gegen Paragraph 218, 49 des Strafgesetzbuchs zur Last. Während der Verhandlung wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Nach einer Unterredung mit ihrem Verteidiger legt die Angeklagte Herud ein Geständnis ab. Am Mittwoch verkündete das Gericht nach über zweistündiger Beratung folgenden Urteilsspruch: Es werden verurteilt: Die Angeklagte Herud, welche erheblich vorbestraft ist, wegen versuchter Abtreibung zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft, die Angeklagte Wollny wegen desselben Vergehens zu drei Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist, der Angeklagte Kellner wegen Beihilfe zur versuchten Abtreiberei zu sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Die Haftbefehle gegen Herud und Kellner werden aufgehoben. Das Gesuch der Herud um Bewilligung einer Bewährungsfrist lehnt das Gericht ab.

Aktuelle Wirtschaftsfragen des Gleiwitzer Hausbesitzes

(Eigener Bericht)

Gleiwitz, 7. Oktober.

Der Schutzverband der Haus- und Grundbesitzer des Stadt- und Landkreises Gleiwitz hielt unter dem Vorsitz von Hüttenbeamten Golombek eine Mitgliederversammlung ab, der eine ganze Reihe wichtiger Beratungspunkte vorlag. Der Vorsitzende gab zunächst einen Bericht über den 52. Verbandstag des Zentralverbandes in Würzburg, der sich mit den Notverordnungen beschäftigt hat. Sodann wurde die im Januar 1932 fällige Rückzahlung der Hypothekenschulden behandelt. Hier wies der Vorsitzende auf die drohenden Schwierigkeiten hin und machte auf das Hypothekeninstitut in München aufmerksam. Bei der Erörterung von Steuerfragen wurde der vom Magistrat erhobene Zuschlag von 5 Prozent, der bei verspäteter Steuerzahlung erhoben wird, als sehr hart bezeichnet. Es wurde auch dagegen Stellung genommen, daß der Magistrat Mietserträgnisse mit Arrest belegt. Dadurch werde das Ansehen des Hausbesitzers empfindlich geschädigt. **Hinsichtlich der Erhöhung des Wassergeldes kam zum Ausdruck, daß die erhöhten Gebühren erst vom Tage der Verkündung der Erhöhung, also vom 8. August ab, erhoben werden dürften. Der Magistrat habe aber bereits für das gesamte abgelaufene Quartal erhöhte Wassergebühren erhoben. Es wurde beschlossen, gegen die Mehrforderung Protest zu erheben. Die Geschäftsstelle wurde beauftragt, in den einzelnen Fällen die zuviel gezahlten Beträge zu errechnen, damit diese wieder eingefordert werden können.** Ferner wurde die Veranlagung zur Vermögenssteuer erläutert und darauf hingewiesen, daß die Frist zur Abgabe der Erklärung bis zum 16. Oktober verlängert worden ist. Bezüglich der für den 1. April 1932 angekündigten Mietssenkung rechnete der Vorsitzende aus, daß der 25prozentige Nachlaß der Hauszinssteuer einer Senkung der Friedensmiete um 11 Prozent gleichkommen würde. Durch die Erhöhung der Hypothekenzinsen werde die Senkung allerdings in vielen Fällen wieder aufgehoben. Bemängelt wurde die schlechte Straßenbeleuchtung im Innern der Stadt. Weiterhin bildeten Versicherungsfragen den Gegenstand der Verhandlungen.

Die Jahresversammlung des Schutzverbandes wurde auf den 15. Januar nächsten Jahres festgesetzt. Beim Magistrat und beim Katasteramt soll der Vorstand dahin vorstellig werden, daß die von den Hausbesitzern eingereichten Anträge schneller bearbeitet und beantwortet werden. Häufig müsse der Hausbesitzer ein halbes Jahr warten, ehe er Bescheid erhalte. Die Mitglieder des Verbandes wurden darauf hingewiesen, daß die Geschäftsstelle ihnen jederzeit über alle Fragen Auskunft erteilt. Rechtsanwalt Löhr behandelte zum Schluß Einzelfragen aus der Rechtsprechung in Angelegenheiten des Hausbesitzes und kündigte für die nächste Monatsversammlung einen Vortrag über die Bestimmungen und Auswirkungen der kommenden Notverordnung an.

Forschungsergebnisse der oberschlesischen Volkskunde

Dorfwache in Himmelwitz — Rosmarin — Rosengasse — Leichenbretter Musikalische Volksliedforschung

Beuthen, 7. Oktober.

Im Raume der Stadtheimatstelle fand eine Zusammenkunft von Mitgliedern der Beuthener Arbeitsgemeinschaft für Oberschlesische Volkskunde statt. Der als Gast anwesende stud. paed. Kalisch berichtete zunächst über die Dorfwoche in Himmelwitz, in der in strenger Schulung einer modernen Dorfforschung soziologischer Gegenwartskunde getrieben wurde. Weniger Wert ist zwar auf die Beachtung der volkskundlichen Ueberlieferungen gelegt worden, **doch haben die bisherigen Studien die bereits eindeutige Struktur einer derartigen Dorfgemeinschaft erkennen lassen.** Wenn man auch diese Dorfsiedlung mit ihrer bäuerlichen Kultur und der Einwirkung eines Zisterzienklosters nicht als einzigen Typ eines oberschlesischen Dorfes auffassen darf, so sind doch vorderhand schon Normen gefunden worden, an denen man messen kann.

Mittelschullehrer Kotzias

sprach dann über die **Methodik der volkstümlichen Pflanzennamenforschung** und legte die dafür in Frage kommende Literatur vor, unter der besonders die Arbeiten von Marzell zu erwähnen sind. Das in verschiedenen oberschlesischen Volksliedern Erwähnung findende Rosmarin, das früher an Stelle der Myrte in Oberschlesien vielfach Verwendung fand, ist nicht, wie allgemein angenommen wird, eine Volkspflanze der Slawen, sondern ihre Volkstümlichkeit in Oberschlesien ist auf süddeutsche Einflüsse zurückzuführen. Ueber den Namen „Rosengasse" der nicht nur in Beuthen auftritt, sondern auch in Oppeln, Ziegenhals, Patschkau usw. vorhanden war, berichtete Lehrer W. Krause. Diese Straßenbezeichnung deutet mit ihrem schönen poetischen Namen keineswegs darauf hin, daß an diesen Orten etwa Rosenzucht getrieben wird. Vielmehr ist diese Namengebung euphemistisch. Schon Gustav Freytag hat in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit auf diese Deutung hingewiesen. Nichts damit zu tun hat der Stadtname Rosenberg; auch unser Roßberg (Rosenberg") gehört in diese Gruppe. Leider ist eine endgültige Deutung dieser beiden Ortsnamen bisher noch nicht möglich gewesen. W. Krause macht den Vorschlag, im Rahmen des Raabe-Jahres in dieser oder jener oberschlesischen Stadt eine „Sperlingsgasse" einzuführen.

Mittelschullehrer Bolik

nahm sodann Stellung zu den Ausführungen von Prof. Schwarz, Prag, über **„Mundartliche Rückzugsgebiete im Ost-mitteldeutschen Raume östlich der Elbe"** und brachte Richtigstellungen und weitere Beispiele aus dem Leobschützer Dialektgebiet. Aus der Tradition ist noch heute bekannt, **daß Leobschützer im regen Handelsverkehr mit der Zips gestanden haben.** Trotz einiger kleinen Vorarbeiten müßte die Kostenthaler Mundart im größeren Umfange einmal wissenschaftlich bearbeitet werden. Lehrer Chrobok sprach im Anschluß an seine Reise nach Reichenhall über **die eigentliche Verwendung von Leichenbrettern zur Aufbewahrung von Toten.** Die Verwendung des Leichenbretts kommt aus den alpinen Gebieten und hat in Oberschlesien nach W. Krauses Forschungen wohl seine östlichste Verbreitung gefunden. In unserem Grenzgebiet war der Brauch nur noch sehr vereinzelt festzustellen gewesen. Auch auf die musikalische Seite der Volksliedforschung, die bisher in Oberschlesien noch nicht recht zur Geltung kam, wurde besonders aufmerksam gemacht, Vorbildlich führt in die heimatlichen Probleme eine vorgelegte Arbeit von P. Schmidt ein, die im Archiv für slawische Philologie enthalten ist. Vor allen Dingen wurde der Kreis Neustadt von diesen Gesichtspunkten aus durchforscht und hier versucht, **das Verhältnis zwischen deutscher und slawischer Melodie zu klären.**

Am Schluß wurde eine Reihe farbenfroher Brustbilder oberschlesischer Bäuerinnen, die von H. Grabowski in Oel gemalt wurden, vorgelegt. Man sprach sich dahin aus, daß für die trachtenkundliche Abteilung eines volkskundlichen Museum das Sammeln photographischer Unterlagen für Forschungszwecke geeignet sein. Auch von der Herausgabe eines Sonderheftes von seiten des „Oberschlesiers", in dem die volkskundlichen Beziehungen, die im Handwerkerberufe liegen, zum Ausdruck kommen sollen, wurde Kenntnis gegeben.

Das Beamtentum, die Stütze des Staates

Ratibor, 7. Oktober.

Eine umfangreiche Tagesordnung war der letzten Sitzung des Ortskartells Ratibor im Deutschen Beamtenbund zugrunde gelegt. Volle Einmütigkeit wurde in dieser so schweren, nervösen Zeit im Ziel aller Bamtengruppen festgestellt: **Der Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtentums zum Nutzen von Volk und Staat.** Die Beamtenschaft ist eine der festesten Stützen des Staates, man müsse ihr gerecht werden. Solange nicht in schärfster Weise **für Senkung des gesamten Preisniveaus und insbesondere für Senkung der Mieten Maßnahmen ergriffen würden, sei für die Masse der Beamtenschaft keine Erleichterung zu erwarten.**

Kunst und Wissenschaft

Ausklang der 8. Ostdeutschen Hochschulwoche im „Heimgarten" Neiße

Professor Dessauer zur Wirtschaftskrise der Gegenwart

(Sonderbericht für die „Ostdeutsche Morgenpost")

Den geistigen Höhepunkt der 8. Ostdeutschen Hochschulwoche in Neiße bildeten die beiden Vorträge, in denen Professor Dr. Dessauer, Frankfurt am Main, zum Problem der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Stellung nahm. Er ging einleitend von der großen franziskanischen Idee des ausgehenden 12. Jahrhunderts aus und zeigte Franziskus von Assisi als den starken Verneiner seines Zeitalters, das vor dem Abgrund stand. Der franziskanischen Idee der Armut stand unter glänzenden Fassaden die feudalistische Idee gegenüber. Während bei Franziskus alles Menschliche im Göttlichen mündete, mündete beim feudalistischen System alles Menschliche im eigenen Ich. Beide Ideen lebten Jahrhunderte nebeneinander. Aber während die franziskanische Idee an der Wirtschaft vorbeiging — man bettelte und schenkte — zog der feudalistische Gedanke alles Wirtschaftliche an sich.

Diesem starken Druck traten im 18. Jahrhundert die erlösenden Ideen von Adam Smith gegenüber, der an die Stelle des absoluten Fürsten den freien Wirtschaftsmenschen treten ließ. Das war die Geburtsstunde des Liberalismus, den man späterhin Kapitalismus genannt hat. Beide Systeme bejahen den Egoismus. Adam Smith wollte den Egoismus des Unternehmers in der Fülle der Egoismen, im freien Wettbewerb. Der freie Egoismus sollte ein Regulativ der Preise sein. Die Idee des großen englischen Nationalökonomen veränderte das gesamte Wirtschaftsbild. Doch es zeigten sich bald die Entartungserscheinungen dieses Spieles in der Neuzeit, wofür drei Gründe maßgebend sind:

Der Arbeitnehmer wird in den Raum des Marktes herabgedrängt. Man „kauft" die Arbeitskraft, der Mitarbeiter wird „Ware".

Die Emanzipation der Finanzseiten der Wirtschaft vom Güterdienst tritt ein.

Der variable Preis des wirtschaftlichen Wettbewerbes wird zerstört. Es kommen Preisbildungen, Richtpreise, die zu neuen Kapitalinvestierungen führen. Der Preiszeiger ist festgebunden.

Diese drei Faktoren haben das kapitalistische System fragwürdig gemacht. Man sucht eine neue Wirtschaftsordnung und ist geneigt, dabei sehr radikal zu denken.

Somit ist der Zugang zum kooperativen System der Wirtschaft geklärt. Es distanziert bewußt vom Historischen. Es geht den Spuren des Schöpfers mit Demut und einer Art Vorurteilslosigkeit nach. Seine Methode ist die der Totalitätsbetrachtung, der phänomenologischen Grundhaltung und Wesenschau. Kooperation bedeutet sinnvolles Zusammenwirken im menschlichen Geschehen, ein Ausströmen ins Göttliche. Der franziskanische Schritt in die Wirtschaft mit der Verschwendung des eigenen Ichs: das ist und will das kooperative Wirtschaftssystem.

In der Aussprache am Nachmittag ging Professor Dessauer auf

die Ursachen der Weltkrise

ein, wobei er anschließend auf die Disparität der Güterverteilung, auf die Kapitalfehlleitungen und eine solide Währungspolitik zu sprechen kam. Im dichtgefüllten großen Stadthaussaale hatte sich abends ein illustres Publikum eingefunden, um dem fesselnden Redner und namhaften Gelehrten zu lauschen, der die Gedankengänge seines ersten Vortrages vertiefte und zu den Ostfragen Stellung nahm. Die Spannungen der Gegenwart können eine Lösung finden durch natürliche Paarung der Kräfte oder durch Zwang. Echte Wirtschaft aber muß immer Dienst an der Gemeinschaft sein.

Unvergeßlich werden allen Hochschulteilnehmern die von höchstem Ethos getragenen und aus tiefster Wesenschau der wirtschaftlichen und metaphysischen Zusammenhänge meisterhaft geformten Ausführungen Prof. Dessauers bleiben.

Nach vorangegangener Choralmesse in „Heiligkreuz" behandelte am dritten Tage Frau Dr. Süßmann in ihrem dritten Vortrage

„Die Haltung der Kirche und der ärztlichen Wissenschaft zur modernen Familie und Ehe".

Im Vordergrund ihrer Erörterungen stand die Frage der Geburtenregelung. Niemals könne hygienisch richtig sein, was ethisch verwerflich ist. Daher wende sich die verantwortungsbewußte Aerzteschaft gegen die Schwangerschaftsverhütung, wie es der gynäkologische Kongreß in Frankfurt am Main auch in seiner Mehrheit betont habe. Noch entschiedener nahm dann die Referentin gegen die Propaganda für die Schwangerschaftsunterbrechung Stellung. Durchaus abzulehnen sei schließlich die Rassenverbesserung durch Unfruchtbarmachung körperlich und sittlich Minderwertiger. Für die Katholiken sind all diese Grundfragen christlicher Ethik in der Ehe-Enzyklika Pius XI. „Casti connubis" normgebend und richtungweisend festgelegt.

Auf Grund langjährigen Spezialstudiums nahm Dr. Meßner in seinem letzten Vortrage eingehend zur Frage der

„Sozialen Gerechtigkeit"

und damit zum wirtschaftlichen Kernproblem der Zeit, der Arbeitslosigkeit, Stellung.

Er unterschied drei Arten der Gerechtigkeit: die gesetzliche, die austeilende und ausgleichende Gerechtigkeit. Aufgabe der legalen Gerechtigkeit ist es, durch gerechte Gesetze das Gemeinwohl zu erhalten. Demgegenüber muß aber die Gehorsamspflicht des einzelnen stehen. Die austeilende Gerechtigkeit regelt die Beziehungen des Staates zum Individuum. Bei der Lastenverteilung muß hierbei die Leistungsfähigkeit des Individuums Richtschnur sein. Die ausgleichende Gerechtigkeit umfaßt die Beziehungen der Individuen untereinander. Weiter äußerte sich Dr. Meßner darüber, inwieweit der Arbeiter Anspruch auf Leistungs- oder Soziallohn hat. Beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, haben begründete Forderungen an die Wirtschaft, die nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Unter scharfer Verurteilung der Kapitalflucht bezeichnete er als besondere Pflicht des sozialen Einkommens in der Gegenwart die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. So gesehen, sei die soziale Gerechtigkeit der nie versagende Motor des Fortschritts, der auch uns Rettung bringen wird.

Am Nachmittag sprach Dr. Röhr über das Thema:

„Von der Natural- zur Kapitalwirtschaft".

Die Naturwirtschaft sei die erste primitive Stufe der Entwickelung. Sie sei ferner ein Ergebnis von Natur und Arbeit. Tritt zur Hände Arbeit das Werkzeug hinzu, wird das Verbrauchsgut ein Produkt von Natur, Werkzeug und Arbeit. Es entsteht die zweite Stufe der Entwicklung, die Werkzeugwirtschaft, die sich bis in das 17. Jahrhundert hinein erstreckt. Mit dem Zeitpunkt, wo das Werkzeug zur modernen Maschine tritt, entsteht die dritte Stufe, die heutige Kapitalwirtschaft. In diesem Zusammenhange beleuchtete der Redner auch die Wirtschaft der Sowjetunion und bezeichnete sie als eine Nachahmung des Abendlandes. Das Tempo habe sich nur geändert. Die Gefahren des Fünfjahresplanes solle man nicht überschätzen, da auch die deutsche Wirtschaft nicht stille steht und weiterhin Fortschritte macht. Eine nüchterne Beurteilung der gegenwärtigen Notzeit sei das Gebot der Stunde.

In unverminderter geistiger Spannkraft war die Aufnahmewilligkeit auch am letzten Tage stark. Seine Vortragsreihe abschließend, die z. T. starke Kritik hervorgerufen hatte, nahm Dr. Röhr im vierten Vortrag zum Thema:

„Wie überwinden wir die Krise?"

Stellung. Zunächst wandte sich der Referent gegen die These, als bedeute die Wiederkehr des Vorkriegsmilitarismus eine Wieder- und Neubelebung der deutschen Wirtschaft. Sodann wies er Wege, die zu einer wirtschaftlichen Erziehung und Bildung führen. Wertvoll sei das Studium der oft mißachteten Statistik, deren Zahlen eine deutliche Sprache redeten. Die Kenntnis des „Funktionellen" sei ferner nötig, um ein klares Bild der Wirtschaftsvorgänge zu erhalten. Größeres Allgemeinverständnis für Fragen der Wirtschaft müsse angestrebt werden. In der gegenwärtigen Notzeit müsse jeder einzelne Mut und Energie zeigen, trotz aller Notverordnungen die Arbeitsfreude nicht sinken, kein Geld ungenützt zu Hause liegen lassen und möglichst sparsam wirtschaften.

Den Schlußstein der Tagung setzte der vierte Vortrag von Frau Dr. Süßmann, die zum Thema sprach:

„Was muß seitens des Staates, der Oeffentlichkeit und des einzelnen zur Rettung der Familie geschehen?"

Vom Staate forderte sie eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik, Wiedergewährung ausreichender Kinderzulagen, Familienlohn an Stelle des schematischen Leistungslohnes, Einschränkung der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frau, gerechtere Steuerstaffelung für kinderreiche Familien, eine Junggesellensteuer, Mutterschaftsfürsorge und Mutterschutz, allgemeinen Hygieneunterricht, gesetzliche Ferienregelung für Lehrlinge usw. Es muß aber auch die Hilfsbereitschaft des einzelnen mobil gemacht werden, damit der Fortbestand der Familie gesichert werde.

Mit herzlichen Dankesworten, an die besondere Mission des Heimgartenwerkes erinnernd, die sich in der Gegenwart vor eine Fülle aktueller Aufgaben gestellt sehe, schloß P. Neumann die 8. Ostdeutsche Hochschulwoche und forderte zu einem Ausbau und zu fruchtbringender Weiterarbeit in einzelnen Arbeitskreisen auf.

Die künstlerischen Veranstaltungen

Das Bild der Hochschulwoche wäre unvollständig, wollte man nicht der überaus wertvollen künstlerischen Veranstaltungen der Tagung gedenken.

Dem am 15. August 1931 verstorbenen Dichter Franz Herwig war am Sonnabend ein eigener Gedenkabend gewidmet. Nach musikalischer Einleitung trug die „Heimgartenspielschar" Kapitel aus der „Sebastians-Legende" vor, die einen tiefen Eindruck hinterließen. Georg Schmitt, Neiße, sprach Worte des Gedenkens, die Werk und Wesen des großen Epikers und sozialen Dichters deuteten. Darauf gelangte unter Georg Röhrichs Regie „Das Wächterspiel" von Rudolf Henz in mustergültiger Weise zur Aufführung.

Die einzelnen Tage wurden ferner durch Liedvorträge des Oberschlesischen Singekreises um Hermann Fuhrich eingeleitet, der damit ein erneutes Zeugnis seines hohen künstlerischen Wollens zur Veredelung des Liedes und der Musikpflege ablegte.

Höhepunkte auserlesener musikalischer Feinkost bildeten schließlich die „musikalischen Feierstunden", die täglich mittags stattfanden. Mitwirkende waren: Kantor Reichert (Cembalo), Prof. H. Woitowski (Violine), Edmund Janik (Viola), Hermann Thamm (Violoncello und Viola da Gamba) und Hermann Fuhrich (Flöte, Blockflöte und Viola d'amore). Unter dem Thema „Musik auf historischen Instrumenten" kamen Werke von Händel, Kindermann, Henry Purcell, Antonio Lotti und Werke unbekannter Meister aus der galanten Zeit zum Vortrag. Der zweite Tag war Werken von Joh. Seb. Bach, der dritte Tag G. Philipp Telemann und der Sonntag der Musik der Gegenwart, Paul Hindemith, Reger, Wagner-Regeny und Hubay gewidmet. Es ist nicht möglich in diesem Ueberblick den hervorragenden Wert, die ausgezeichnete Darbietung des Gebotenen auch nur annähernd zu würdigen. Es waren „Feierstunden" in des Wortes tiefster Bedeutung.

Im Vortragssaale der Bauernhochschule war eine Ausstellung für Bildkunst, Kunstgewerbe und Bücherei. Ein junger schlesischer Künstler, Hannig, Frankenstein, war durch feingestimmte Stilleben, Bildhauer Mücke, Groß Strehlitz, durch wertvolle Plastiken, Frl. Seibt, Neiße, durch Webereien, Leuschner, Breslau, durch Metallarbeiten und Frl. Rindfleisch, Neiße, durch geschmackvolle Applikationen vertreten.

G. Sch.

„Graf Zeppelin" in der Arktis

Vortrag in der „Reichshalle" in Kattowitz

Der Deutsche Kulturbund für Ostoberschlesien veranstaltete am Dienstag einen Vortrag über die Arktisfahrt des „Graf Zeppelin". Als Redner war der Polarforscher und Expeditionsarzt Dr. L. Kohl-Larsen gewonnen worden, der an der Polarreise teilgenommen hat. In seinem ausführlichen Referat schilderte der Forscher die Vorbereitung und Durchführung der von der ganzen Welt mit Spannung verfolgten Polarfahrt des „Zepp". Ueberflogen wurden Nowaja Semlja, das Franz-Josef-Land sowie der Inselarchipel des Nordlandes, also teilweise völlig unerforschte Gebiete.

Der Vortrag wurde durch eine große Zahl ausgezeichneter Lichtbilder reich illustriert. Den Hörern wurden daher recht deutliche Vorstellungen jener bisher unbekannten Weltbezirke vermittelt. U. a. war es interessant zu erfahren, daß der „Zepp" während dieser siebentägigen Polarfahrt, bei der über 13 000 Kilometer geflogen wurden, wobei man sogar den 82. Grad nördlicher Breite passierte, eine Mindesttemperatur von nur + 2° feststellen konnte. Die allgemeinen Forschungsergebnisse waren jedenfalls sehr zahlreich und sind von höchster Bedeutung. Das Grandiose des Unternehmens aber bleibt der glanzvolle, kaum erträumte Sieg des Geistes und der Technik über die Elemente. — Am Mittwoch fand derselbe Vortrag in Königshütte statt.

L. Sch.

„Juwelenraub am Kurfürstendamm" in Hindenburg

Dieses „Spiel" von Wladislaus Fodor will nicht mehr sein als ein elegantes Unterhaltungsstück. Es enthält manch feine Pointe und löste, wenn auch nicht schallende Heiterkeit, so doch oft verständnisinnigen Beifall aus. Leider war das Theater nur mäßig gefüllt. Die Darsteller spielten durchweg dezent und doch flott. Herbert Spalke war ein Gentleman-Räuber, wie er im kleinen Wallace steht, Ilse Hirth und Hede Larsen, zwei Damen von Welt, mit einem feinen Stich ins Fragwürdige, Herbert Schimkat, ein eleganter Großbankier, Hanns Kurth als Graf, ein prächtiger alter Kavalier. Der Beifall war freundlich.

F. B.

Hochschulnachrichten

Berufung an Pädagogische Akademien. Ernannt wurden: zum Dozenten an der Pädagogischen Akademie in Kassel der akademische Maler Dr. Franz Frank aus Klotzsche bei Dresden; zum Dozenten an der Pädagogischen Akademie in Dortmund der wissenschaftliche Assessor am Seminar für freies Volksbildungswesen der Universität Leipzig, Dr. Hans Pflug; zum Professor an der Pädagogischen Akademie in Breslau der Privatdozent Dr. K. Graf von Dürckheim von der Universität Leipzig.

Der Hallesche psychologische Lehrstuhl. Die Ernennung des a. o. Professors Dr. Adhémar Gelb in Frankfurt zum ordentlichen Professor der Psychologie an der Universität Halle als Nachfolger von Prof. Th. Ziehen ist jetzt erfolgt.

Der neue Direktor der Leipziger Medizinischen Poliklinik. An Stelle des nach Königsberg berufenen Professors Aßmann ist mit Wirkung vom 1. Oktober der a. o. Professor für innere Medizin und Oberarzt an der Leipziger Medizinischen Klinik, Dr. med. Rudolf Schoen, zum ordentlichen Professor der speziellen Pathologie und Therapie und zum Direktor der Medizinischen Poliklinik der Universität Leipzig ernannt worden.

Der Baseler Pharmazeut Hermann Emde kommt nach Königsberg. Den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für pharmazeutische Chemie an der Universität Königsberg hat der nicht beamtete a. o. Professor Hermann Emde von der Universität Basel angenommen. Prof. Emde wird damit Nachfolger von Prof. H. Matthes.

Ein Verband deutscher Biologen. Die Entstehung zahlreicher Teilgebiete innerhalb der in starkem Fortschreiten begriffenen biologischen Forschung hat die Schaffung eines Mittelpunkts notwendig gemacht, durch den der einheitliche Zusammenhang der Wissenschaft und die Vertretung auch der praktischen Belange der deutschen Biologen gewährleistet wird. Es ist daher ein Verband deutscher Biologen gegründet und zugleich eine Zeitschrift ins Leben gerufen worden, die unter dem Titel „Der Biologe" monatlich bei J. F. Lehmann in München erscheint. Sie wird von Geheimrat Otto Appel (Dahlem), Professor Erwin Baur (Müncheberg), Studienrat Dr. Philipp Depdolla (Berlin), Prof. Max Hartmann (Dahlem), Prof. Alfred Kühn (Göttingen) und Prof. Ernst Lehmann (Tübingen) herausgegeben.

Das Frankfurter Sängerbundesfest. Der Hauptausschuß des Deutschen Sängerbundes beschloß, das 11. Deutsche Sängerbundesfest im Goethejahr 1932 in Frankfurt am Main auch dann abzuhalten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so gestaltet haben, daß die Beteiligung gegenüber dem letzten Bundesfest in Wien sich voraussichtlich erheblich verringern wird.

Untergang der italienischen Gobelinweberei? Die großen italienischen Gobelinwerkstätten, die einst die Kartons der Renaissancemeister mit höchster Kunst und an der Hand uralter, sorgsam geheim gehaltener Farbrezepte in ihre Technik übertrugen, arbeiten längst nicht mehr. Die große Tradition wird nur noch von einer einzigen Weberei bewahrt, die vor 50 Jahren von dem Kunsthandwerker Erulo Eroli gegründet wurde, der die alten Rezepte besaß und einen Stamm von Künstlern um sich sammelte. Seit dem Kriege, während dessen die Webstühle stillstanden, und dem bald darauf erfolgten Tode des Meisters sind, wie G. Reinboth in der „Weltkunst" berichtet, dort nur noch kleine Gobelins, allerdings immer noch von ausgesuchter Schönheit, hergestellt worden. Man hofft indessen, die italienische Regierung werde durch die Kunsthandwerkskammer diese letzte der italienischen Webereien vor dem Untergang retten.

Oberschlesisches Landestheater. Heute ist in **Beuthen** um 20,15 Uhr die Erstaufführung von Forsters Schülertragödie „Der Graue". In **Kattowitz** ist um 19,30 Uhr eine Aufführung der Oper „Aida". Am Freitag ist in **Beuthen** um 20,15 Uhr eine Wiederholung von Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick". In **Hindenburg** wird am Freitag um 20 Uhr „Der Bettelstudent" gegeben. Das **Beuthener** Stadttheater hat in dieser Woche zwei Premieren. Außer der Schauspielerstaufführung von heute abend findet die Erstaufführung von Königsbergers Operette, „Das Spielzeug Ihrer Majestät", am Sonntag um 20 Uhr statt. Spielleitung: Theo Knapp. Sonnabend, den 10. Oktober, ist in **Beuthen** eine nochmalige Wiederholung von „Hauptmann von Köpenick". Am gleichen Tage ist in **Gleiwitz** um 20 Uhr „Der Bettelstudent".

„Der Türmer". Der Türmer, der mit diesem Heft in die Hände der Leser gelegt wird, ist nicht mehr der alte: er ist verbunden worden mit der bisher von Paul Keller herausgegebenen „Bergstadt". Mit neuem Gesicht erscheint er jetzt im Verlag Heinrich Beenken, Berlin SW. 19, und setzt sich zur Aufgabe, betont deutsches Schaffen zu verkünden. Die Rückschau auf York, Fichte, Kaiser Friedrich III., auf die Befreiungskriege soll neue Kraft geben zum Vorwärtsschreiten in eine neue deutsche Zukunft, für die Künstler wie Hans Kohlschein Wege zu finden versuchen.

Breslauer Theaterbrief

Mit dem Oktober hat die Saison im Breslauer Kunstleben mit voller Kraft begonnen. Die Konzertdirektionen und der Orchesterverein kündigen ihre Veranstaltungen an, Schauspielhaus und Liebichtheater, lange geschlossen und ihrem eigentlichen Zweck entzogen, spielen erneut, und die Vereinigten Theater sind aus der Zeit sommerlicher Unlust zu wirklich durchgearbeiteten Darbietungen erwacht. Während Bruckners „Elisabeth von England" im Lobetheater allabendlich ein bedeutsamer Erfolg bleibt, hat das Thaliatheater an Stelle der schwachen Aufführung von Sternheims „Hose" einen Schlager im rechten Sinne des Wortes herausgebracht: Die Komödie „Nina" von Bruno Frank. Wirklich ein Schlager, denn Groteske, Witz, Humor, Rührseligkeit und banale Lebensphilosophie treten in wirkungsvoller Mischung zueinander, sodaß das Publikum am Schluß eines jeden Aktes in frenetischen Beifall ausbricht. Dazu tritt die Aktualität des Stoffes. Denn es handelt sich um eine Filmschauspielerin, die, ihres Weltruhmes übersatt, um ihre Ehe zu retten, ins Privatleben zurückkehrt, während ihr „double", die kleine Statistin, die dazu engagiert war, bei unwichtigen Szenen den Star zu ersetzen, Geld und Ehren einheimst. Beruht der Ruhm des Filmstars auf seiner Persönlichkeit oder derart auf der Illusion, daß die Aehnlichkeit das „double" befähigt, den Star zu ersetzen? fragt Bruno Frank. Und er antwortet salomonisch: Eine Zeitlang reicht die Illusion. Nebenbei gibt ihm das Thema Gelegenheit zu zahmen Ausfällen gegen die „Soziologie des Films", double und Star gelten dem Publikum gleich, der Unterschied drückt sich nur im Honorar aus. Weit entfernt aber, ein Revolutionär zu sein, fügt der Autor hinzu: Die Dauer des Ruhmes garantiere aber doch nur die Persönlichkeit. Der besondere Witz der Komödie ist es nun, daß Star und „double" von derselben Schauspielerin gespielt werden, und diese Doppelrolle macht die Komödie in wiederum neuem Sinn zu einem Schlager, wenn eine Künstlerin wie Helene Dietrich Gelegenheit hat, Wandlungsfähigkeit und Umfang ihres Talentes zu erweisen. Es sind nicht nur die für die Schaulust gewiß wichtigen Toilettenwechsel zwischen echter Diva und kleiner Statistin, die dann zur falschen Diva wird, es ist die Herausarbeitung zweier Temperamente, die das Stück trägt. Und der Regisseur Martin Magner, der im übrigen für gutes Tempo sorgt, hat gewiß recht, wenn er die Diva Helene Dietrich betont, lethargisch agieren läßt, um einen scharfen Gegensatz zum Ton des wider Erwarten plötzlich arrivierenden Proletariermädels zu erzielen. Neben der stürmisch bejubelten Hauptdarstellerin traten Frl. Eger und Herr Inger zu Unrecht etwas zurück. Immerhin konnte man feststellen, daß die neuengagierte Künstlerin in so angenehm gelockerter Weise spielte, daß das Beste von ihr zu erwarten ist, und daß Herr Inger als Regisseur eine Meisterleistung bot: Charakterisierung, die bis an die Grenze des Grotesken geht, ohne ins groh-Lächerliche zu verfallen. Fünf Minuten lang erfreute eine gemütliche Charge des Herrn Scherzer, und Herr Reitz fand sich mit einer Salonrolle gut ab.

Unterdessen spielt Herr Max Grutz mit einem Ensemble des Deutschen Theaters (München) im Schauspielhaus Charells Revue „Im weißen Rößl". Man hat das gute alte Lustspiel zur Ausstattungsrevue umgewandelt, schmissige Musik komponieren lassen (Benatzky-Stolz-Granichstaedten) und somit gleichzeitig der alten Handlung durch lustiges Drum und Dran neue Impulse gegeben, gleichzeitig die Schau durch einen leidlichen Inhalt amüsanter gemacht. Die Veranstalter haben nicht gespart. man hat eine Drehbühne eingebaut, ausgezeichnete Tänzerinnen engagiert, so eine entzückende Solotänzerin Ursel Bliesener, und auch die Schauspieler sind alles eher denn dritte Besetzung. Ein vorzüglicher Tenor, Louis Kaliger, trägt weite Strecken der Handlung als Leopold, die Rößlwirtin Hilde Schulz ist angenehm zurückhaltend, Max Mendsen ein guter Komiker und der kleine Gustl Stark-Gstettenbauer in seiner drolligen Mischung aus Jungenhaftigkeit und schauspielerischer Routine holt sich eine Reihe von Sondererfolgen. Ausstattung, Chor, Orchester und Ballett sind vorzüglich und die Stimmung des Publikums auch.

Endlich hat das Liebich-Theater unter der bewährten Direktion Philipp Lesings seine Pforten geöffnet und wartet mit einem guten Programm auf, das aber im allgemeinen den Durchschnitt nicht überschreitet. Der Humorist Hans Kolischer bot die übliche Spaßmacher-Ware in netter Wiener Art, eine schwedische Kapelle brillierte in Instrumental- und Vokalmusik, wobei ein Klarinettist besonders auffiel, und im übrigen wurde das Programm von einer Reihe rein artistischer Darbietungen bestritten. Muriel Dawsons Ballettrevue war in der Groteske gut, und Alvarez brothers zeigten charmante und witzige Trapez-Akte. Die Musik leitete Kapellmeister Weißhaupt anständig und solide.

W. M.

Streifzüge durch Kreuzburg

(Eigener Bericht)

Kreuzburg, 7. Oktober.

Den Aufrufen zur Unterstützung der Notleidenden im Winter ist erfreulicherweise sofort die praktische Winterhilfe gefolgt. Beim Landratsamt, als Bezirkszentrale der Winterhilfe für den Kreis Kreuzburg, haben Besprechungen eingesetzt, die die besten Erfolge versprechen. Eigenmächtig gaben die einzelnen Vertreter der Wohlfahrtsstellen ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß den Aermsten geholfen werden muß. Erfreulicherweise wird die praktische Winterhilfe keinen neuen Verwaltungsapparat erfordern, sondern die gesamte Tätigkeit wird von den freien Wohlfahrtsorganisationen und den behördlichen Stellen in gemeinsamer Arbeit getätigt. **Nachdem schon die Verbilligung von Brot für die Erwerbslosen eingetreten ist, haben sich auch jetzt Kreuzburgs Kohlenhändler entschlossen, für die Bedürftigen verbilligte Kohle abzugeben.** Spenden für die Winterhilfe werden auch weiterhin bei der Kreissparkasse und ihren Nebenstellen in Konstadt und Pitschen entgegengenommen.

*

Die verlorenen Söhne besuchen die Heimat!

Kreuzburgs Bürgerschaft hat sich über den Besuch ihrer ehemaligen Landsleute aus Breslau recht gefreut, war er doch ein Beweis echter Heimatliebe. Der Verein ehemaliger Kreuzburger Landsleute in Breslau hatte sich schon lange zusammengeschlossen, aber leider war es bisher zu einem Besuch der alten Heimatstadt nicht gekommen. Dieses Mal war man der Aufforderung zu einem Heimatbesuch sehr zahlreich gefolgt und selbst die ältesten Mitglieder des Vereins wollten nicht zurückbleiben, sondern ihr liebes Kreuzburg, vielleicht zum letzten Male, sehen. **Die Kreuzburger Bevölkerung, voran die Stadtverwaltung, hat den Breslauer Gästen einen frohen Empfang bereitet, und man konnte dafür hohes Lob über die Ausgestaltung der Stadt und ihre Entwicklung hören.** Wie fanden die ehemaligen Kreuzburger, die zum Teil Kreuzburg seit 40 Jahren nicht gesehen hatten, die Stadt verändert! Wie mancher erzählte, war aber auch alles anders geworden und trotzdem war man froh, die alten Straßen und Plätze wiederzusehen. Unsere ehemaligen Landsleute freuten sich besonders über

die Sauberkeit in der Stadt und über die prächtigen Grünanlagen.

So verließ man die alte Heimatstadt wieder in dem Bewußtsein, daß Kreuzburg trotz des großen Aufschwungs, den es genommen hatte, die liebe, alte, kleine Stadt geblieben ist. Wie man es beim Abschied versprochen hat, werden wir bald wieder Besuch aus Breslau erwarten können. Inzwischen hat auch der Verein ehemaliger Kreuzburger Gymnasiasten in Breslau wieder seine Zusammenkünfte aufgenommen, um alte Erinnerungen zu pflegen und wenigstens einen Abend im Monat mit ehemaligen Landsleute zu verbringen.

*

Kreuzburgs Normaluhr soll verschwinden!

Die alte Postuhr, dieser so zuverlässige Zeitmesser, soll dem Umbau zum Opfer fallen. Hat man denn schon berücksichtigt, was diese Uhr für den Kreuzburger war? Eilte jemand zum Zuge — und dann muß man wohl bei der Post vorbei — dann galt der letzte Blick den großen schwarzen Zeigern der Postuhr, und wie froh war man, wenn dann die Zeit bis zur Abfahrt des Zuges noch reichte! Da ja Kreuzburgs öffentliche Uhren sonst nicht den Anspruch auf die Bezeichnung Normaluhr erheben konnten, blieb die Postuhr der zuverlässigste Zeitmesser. Und vor allem das große Zifferblatt mit seinen schwarzen Zeigern ist den Kreuzburgern lieb geworden, und man kann es dauernd beobachten, wie die Passanten nach dem einstmaligen Zifferblatt schauen, um jetzt nur eine vernagelte Bretterwand zu erblicken. Was sollen wir als Ersatz für unsere Normaluhr erhalten?

Man plant einen bronzenen Adler über dem Hauptportal anzubringen, der nur 800 Mark kostet!

Ist dies unbedingt notwendig? Auf den schönen, bronzenen Adler wollen wir gern verzichten, liebes Postamt, gib uns dafür unsere Postuhr wieder!

Neusel oder Schönrath?

Zum Boxkampftag im Berliner Sportpalast

Mit einer internationalen Boxveranstaltung wird am Donnerstag die neue Wintersaison im Berliner Sportpalast eröffnet. Als Hauptnummer steht das Schwergewichtstreffen zwischen dem früheren Deutschen Meister Hans Schönrath, Krefeld, und Walter Neusel, Bochum, auf der Karte, eine Begegnung, die die Frage nach dem zweitbesten deutschen Schwergewichtler nach Hein Müller klären wird. Der Ausgang dieses Kampfes erscheint ziemlich offen. Eine recht ungleiche Paarung scheint das zweite Schwergewichtstreffen zwischen dem Berliner Egon Stief und dem etwa 20 Pfund leichteren Belgier Charles Sas, der als Ersatz für Hinzmann verpflichtet wurde, zu sein. Der frühere deutsche Mittelgewichtsmeister Erich Tobeck, Breslau, der jetzt im Halbschwergewicht kämpft, hat den in Berlin nicht unbekannten Belgier Phil Richards zum Gegner erhalten, in den beiden Einleitungskämpfen geben die guten Examateure Riethdorf und Dalchow ihre Erstvorstellungen als Professionals.

Berlins Mannschaft geändert

Für das Bundespokalspiel gegen Mitteldeutschland

Die für das am kommenden Sonntag auf dem Preußen-Platz in Berlin stattfindende Vorrundenspiel um den Bundespokal des DFB. aufgestellte Berliner Mannschaft mußte fast von Grund auf geändert werden, da Minerva wegen des vereinbarten Spiels gegen Guts Muts in Dresden nicht die angeforderten sieben Spieler abgeben konnte. In der neu aufgestellten Mannschaft befinden sich nur noch zwei Spieler von Minerva, dafür hat man Normann (Norden-Nordwest), Ballendat (BSV. 92), Framke (Blau-Weiß) sowie die Viktoria-Spieler Dienholz I und Dauda in die Elf eingereiht. Den Mitteldeutschen tritt nunmehr folgende Elf entgegen: **Tor:** Streblow (Norden-Nordwest); **Verteidiger:** Saenger (Preußen), Schlichter (Blau-Weiß); **Läufer:** Speer, Normann (beide Norden-Nordwest), Weick (Minerva); **Angriff:** Ballendat (BSV. 92), Winzer (Minerva), Framke (Blau-Weiß), Sienholz I, Dauda (beide Viktoria). Ersatz: Röhrs, Wehlack (beide Adlerhofer BC.), Wehner (Bewag), Weering (Blau-Weiß).

Sportnachrichten

Die Gefahren der Zeit

Kehrseiten des Sportinteresses — Fanatismus und Zuschauerterror

In letzter Zeit hat es im Sport auffällig viele Krawalle unter den Zuschauern wie auch auf den Spielfeldern gegeben, die besonders bei großen Lokalbegegnungen führender Fußballmannschaften zu unliebsamen Szenen und Vorfällen führten, die geeignet sind, das Ansehen des Sports stark herabzusetzen. Immer wieder sind die Berichte voll von Schilderungen geradezu empörender Vorkommnisse, wie sie in gleicher Häufigkeit und Ausartung bisher in Deutschland selten waren. Da hört man von

skandalösem Verhalten fanatisierter Zuschauermengen,

die die Spieler gegeneinander aufhetzen, ihnen die Besinnung rauben und zu unsportlichen Handlungen aufpeitschen, die nicht scharf genug zu verurteilen sind. Da dringt die tolle Menge beim Spielschluß auf die Spielfelder und vergreift sich an unliebsamen Spielern, ohne daß die verantwortlichen Sportbehörden willens und in der Lage sind, diesem Unwesen entgegenzutreten und für Ordnung und Ruhe in ihren Hause zu sorgen.

Man denke an die Vorfälle in Beuthen, Zaborze, Miechowitz, Ratibor und bei den Spielen der unteren Klassen. Spieler und Schiedsrichter hatten in gleicher Weise unter diesen Vorkommnissen zu leiden. Aber auch im Reiche ist es nicht anders.

So gab es beispielsweise in Frankfurt beim Kampf der Lokalrivalen Eintracht und Fußball-Sportverein, der 1:1 endete, nach dem Spiel Szenen, die unglaublich erscheinen. Fanatiker vergriffen sich an Spielern der Eintracht, und der Internationale Schütz mußte sich mit blutendem Gesicht seinen Weg in die Kabine bahnen. Körperverletzungen anderer waren an der Tagesordnung, und erst das Eingreifen der Polizei sorgte für Ordnung.

In Hamburg peitschten fanatische Zuschanermengen die Spieler des Hamburger SV. und von Altona 93 zu übersteigerter Kampfwut auf. Ein schwacher Schiedsrichter versäumte rechtzeitig einzugreifen, begnügte sich mit bloßen Verwarnungen, sodaß das Spiel mehr und mehr ausartete. Erst gegen Ende schritt der Spielleiter zum Platzverweisen von drei Spielern ein, doch war es viel zu spät, um den peinlichen Eindruck der Holzerei wieder gut zu machen.

Das sind Beispiele für die traurigen Verhältnisse, die heute im deutschen Fußballsport gang und gäbe sind! Die Zeiten haben sich auch hier sehr geändert und gegen früher verschlechtert, was zweifellos zum großen Teil auf die **Unsicherheit und Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zurückzuführen ist.** Heute beginnen sich bedauerlicherweise auch diese Gegensätze auf den Sportplätzen unliebsam auszuwirken. Fanatiker gab es auch früher im Sport zur Genüge, doch waren sie letzten Endes harmlos und wirkten sogar meist humoristisch. Heute erlebt man dagegen auf seiten der Spieler und des Publikums eine erschreckende Verbissenheit und Parteilichkeit, die für die Zukunft das Schlimmste befürchten läßt, wenn nicht endlich die Sportbehörden sich dazu entschließen, **rücksichtslos und nachhaltig durchzugreifen.** Sie haben die Pflicht,

für einwandfreie und energische Spielleiter zu sorgen

und die Platzorganisation so zu gestalten, daß Spieler und Zuschauer vor Belästigungen und Krawallen sicher sind. Die Sportführer sollen in Verbänden wie Vereinen erzieherisch auf Besserung des Sportgeistes hinwirken und durch Schaffung vernünftiger Regeln und Bestimmungen beruhigend und ausgleichend auf Aktive wie Zuschauer einzuwirken. Der Sport soll nicht dazu dienen, Gegensätze zu schaffen und Parteien gegeneinander aufzuhetzen. Er hat ganz andere, höhere Ziele, deren Verwirklichung die ideelle Zielsetzung seiner Führer in weit höherem Maße sein müßte, als es im Augenblick der Fall ist.

Turnier und Hengstparade in Cosel

Der Nennungsschluß für die letzte reitsportliche Veranstaltung dieses Jahres in Oberschlesien ist ein sehr erfreulicher. Etwa 150 Nennungen sind bei der Leitung eingelaufen. Wie nach der Art der Ausschreibungen zu erwarten, ist eine Anzahl bekannter oberschlesischer Züchter vertreten, darunter die rühmlichst bekannten Zuchten der Freifrau von Reibnitz-Krzanowitz und des Freiherrn von Reibnitz-Mistitz. Zum ersten Male wird sich die Zucht des Grafen Strachwitz-Wiersbel zeigen. Auch die bäuerliche Zucht aus den Kreisen Cosel und Groß Strehlitz wird ihre besten Vertreter entsenden.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß man mehrere Vertreter der Reichswehr, und zwar der 8. und 11. Reiter im Sattel sehen wird. Die Schutzpolizei ist durch die bekannte Gleiwitzer Mannschaft vertreten. Auch Reiter vom Zivil werden nicht fehlen. Hat auch leider der sonst so rührige Reiterverein Beuthen keine Nennungen abgegeben, so wird doch der Gleiwitzer Verein mit seinen besten Kräften im Sattel sein. Besonders oft wird man die fleißige Gleiwitzer Amazone Frau Wegge im Sattel sehen können.

Die noch nachträglich ausgeschriebene Prüfung für Reiterinnen hat großen Anklang gefunden. Ein Dutzend Amazonen, junge und ganz junge, werden sich dem Richter stellen. Besonders erfreulich ist von auswärts die Beteiligung des jungen Turnierstalles des Freiherrn von Rothkirch-Rothkirch. Sein Schimmelgespann von Vollblut-Traberstuten wird sicher Aufsehen erregen.

Umrahmt werden die Wettkämpfe durch Vorführungen des Landgestüts, von denen vor allem die immer wieder begeisternde Vorstellung eines Sechsgespanns durch Fahrlehrer Wahl und eine von Obersattelmeister Rzepka einstudierte Quadrille zu erwähnen sind.

Besucher aus dem Industriegebiet finden im Anschluß an den Mittags-D-Zug in Kandrzin Postautoverbindung bis vor den Turnierplatz.

v. S.

3. Schlesischer Städtewettkampf des DHV.

Turnergilde Hindenburg erringt den Gauwanderpreis

Die Turnergilden des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes im Gau Schlesien führten im Waldenburger Stadion ihren 3. Schlesischen Städtewettkampf durch. Trotz der Ungunst der Verhältnisse hatten fast sämtliche Turnergilden ihre Kampfmannschaften entsandt. Selbst die oberschlesischen Turnergilden waren vertreten. Der Städtewettkampf war ein Mannschafts-Fünfkampf. Mit der fünfmal 100-Meter-Staffel wurde er eröffnet. Hindenburg siegte knapp vor Breslau. In der zweiten Prüfung, dem Kugelstoßen, war wiederum Hindenburg vor Breslau in Front. Beim Weitsprung, der dritten Prüfung, siegte wieder Hindenburg, diesmal vor Waldenburg. Das Keulenwerfen brachte Hindenburg soviel Vorsprung, daß Breslau trotz sehr guter Leistung im 3000-Meter-Lauf nicht mehr gewinnen konnte. Die 5 besten Mannschaften waren in Klasse A: 1. Hindenburg (11 Punkte); 2. Breslau I (17 Punkte); 3. Glogau (18 Punkte); 4. Breslau II (20 Punkte); 5. Görlitz (24 Punkte). Klasse B: 1. Breslau (10 Punkte); 2. Görlitz (11 Punkte); 3. Hindenburg I (21 Punkte); 4. Hindenburg II (24 Punkte); 5. Hirschberg (27 Punkte). Nach Beendigung des Wettkampfes überreichte Kreisvorsteher Martin Gebel, Waldenburg, den siegreichen Mannschaften die errungenen Preise. Viel beachtet wurde der gegen 14 Uhr durch Waldenburg führende Werbelauf der Kampfmannschaften.

Erst Geld . . .

Wenn man Nurmi empfangen will

Der „Königsberger Hartungschen Zeitung" entnehmen wir folgende köstliche und bezeichnende Schilderung von Nurmis Empfang in Königsberg. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

„Nurmi-Empfang. Ort der Handlung: Hauptbahnhof. Zeit: Sonntag mittag. Seriöse Herren, Herren der Gesellschaft, die sich um das Zustandekommen unseres Nurmifestes dankenswerte Verdienste erworben haben, stehen zur Begrüßung bereit. Der Finne steigt aus dem Coupé. In grünlich-grauem Regenmantel, seine Hosen haben von der Existenz eines Bügeleisens noch nichts erfahren. Man eilt zu ihm. „Herr Nurmi, Sie gestatten, daß ich mich Ihnen vorstelle . . ." „Sie gestatten . . ."

Diese Zeremonie ist beendet. Man fragt besorgt: „Was wünschen Sie nun zu unternehmen, Herr Nurmi? Wünschen Sie auf den Sportplatz zu fahren? Wünschen Sie zuerst zu essen? Wollen Sie ins Hotel fahren, um noch ein wenig auszuruhen . . ?"

Nurmi zuckt mit den Achseln: „Ich nicht verstehen dentsch."

Ein anderer Herr, der den Wunderknaben schon vom Danziger Start her kennt, springt helfend ein, macht den Dolmetscher. Er spricht nicht finnisch, aber er hat sich schon eine erfolgreiche Verständigungsmethode angeeignet. Durch einen sanften Rippentriller verschafft er sich bei Nurmi Beachtung: „Du, Nurmi, hör' her! Sportplatz? Oder essen? Oder Hotel schlafen?"

Nurmi ist im Bilde, doch das alles interessiert ihn nur in zweiter Linie: „Wo Mister Döhring?" Verdutzte Gesichter in der Umgebung, doch Nurmi läßt sich nicht aus dem Gleichgewicht bringen. Er weiß, was er will: „Wo Mister Döhring?" wiederholt er recht eindringlich.

Antwort: „Mister Döhring auf dem Sportplatz."

Nurmi: „Schade." Frage: „Was nun?"

Nurmi: „Erst Geld, dann essen. Dann schlafen. Dann Sportplatz."

Stillschweigen in der Umgebung. Nurmi fürchtet, sich nicht klar ausgedrückt zu haben und präzisiert seinen Gedanken: „Ohne bezahlen nicht laufen."

Mit einem Schlage versteht man sich mit Nurmi. Man weiß, woher der Wind weht. Nurmi kann deutsch, das Empfangskomitee finnisch.

Der Worte sind genug gewechselt. Schweigend, nachdenklich schlägt man den Weg zu den wartenden Autos ein. Das höfliche Empfangskomitee schickt sich an, den Gast in die Mitte zu nehmen. Ihm behagt das nicht. Er packt seine Begleiter zur Rechten und zur Linken beim Aermel und schiebt sie nach vorn. Die entsetzten Gesichter klärt er mit einer nicht mißzuverstehenden Handbewegung auf: „Geht eueres Weges, ich gehe allein."

Verehrter Leser, denkst Du etwa, was wir Dir erzählen, ist „Dichtung und Wahrheit"? Dann laß Dir sagen: es ist mehr Wahrheit als Dichtung."

Die neue große Notverordnung

Die neue Notverordnung, die in weitem Umfange Voraussetzung der Aufstellung eines solchen Wirtschaftsprogramms ist, gliedert sich im einzelnen in 8 Teile.

Im ersten Teil finden sich Aenderungen der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 und 5. Juni 1931. Die bedeutsamsten Vorschriften dieses 1. Teiles sind die Hilfsmaßnahmen, die Reichspräsident und Reichsregierung im Hinblick auf die gesteigerten Lasten der Wohlfahrtsfürsorge für erforderlich gehalten haben. Die Entwicklung der finanziellen Lage der Länder und Gemeinden ist weder in ihrer Ausgabenwirtschaft noch in den Einnahmen mit ausreichender Sicherheit zu übersehen. Deswegen bedarf es einer Regelung des Finanzausgleichs, die es gestattet, den Ländern und Gemeinden ohne übermäßige Umwälzungen nach Möglichkeit ausreichende Beträge zuzuführen. Unter Beibehaltung des gegenwärtigen Systems sind deswegen 5 Maßnahmen vorgesehen:

1. Ueber den Betrag von 60 Millionen Reichsmark hinaus, der den Gemeinden in der Verordnung vom 5. Juni 1931 zur Erleichterung ihrer Wohlfahrtslasten zugeführt worden war, werden noch weitere 170 Millionen Reichsmark gegeben werden, sodaß jetzt für den kommenden Winter ein Betrag von 230 Millionen Reichsmark, monatlich also etwa 35 Millionen Reichsmark zur Verfügung stehen. Von den 230 Millionen Reichsmark sollen 150 Millionen Reichsmark schlüsselmäßig verteilt und 80 Millionen Reichsmark an besonders notleidende Gemeinden im Einzelfalle gegeben werden.

2. Die Bürgersteuer soll weiter erhoben werden.

3. Die Getränkesteuer wird weiter erhoben werden.

4. Bisher auf den Wohnungsbauanteil entfallende Beträge der Hauszinssteuer sollen für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden können, soweit hierüber nicht bereits anderweitig verfügt ist.

5. Der Sonderbetrag von 375 Millionen Reichsmark, der unter dem Gesichtspunkt des Lastenausgleiches aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Ueberweisungssteuern nach dem Umsatzsteuerschlüssel zu verteilen ist, soll 1932 wie bisher verteilt werden.

Auf dem Gebiet der

Arbeitslosenversicherung

beseitigt die Notverordnung in ihrem zweiten Teil gewisse Härten, die sich bei der Durchführung der Verordnung vom 5. Juni d. J. ergeben haben. Dabei handelt es sich im wesentlichen um folgendes:

Bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung soll wie früher von dem Arbeitsentgelt ausgegangen werden, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 26 Wochen vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat. Kurzarbeit wird bei der Bemessung der Unterstützungshöhe nicht berücksichtigt. Saisonarbeiter sollen, wenn sie während der Saison arbeitslos werden, keine niedrigere Unterstützung erhalten als andere Arbeitslose. Die Herabsetzung ihrer Unterstützung auf die Krisensätze wird wieder auf die Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit beschränkt. Kriegsbeschädigten Arbeitslosen wird eine Erleichterung dadurch geschaffen, daß Renten und Beihilfen, die auf einer Kriegsdienstbeschädigung beruhen, in Zukunft mit einem auf 25 Reichsmark erhöhten Betrag von der Anrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung frei bleiben. Bezüglich der Unterstützung Jugendlicher wird die dem Arbeitslosen günstige Handhabung des Gesetzes, die eine Unterstützung nur dann ausschließt, wenn der Unterhaltsanspruch tatsächlich gewährleistet ist, sichergestellt. Zugunsten der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter endlich soll die bisherige Regelung der Versicherungspflicht, die nach der Notverordnung vom 5. Juni bereits am 31. Oktober 1931 außer Kraft treten sollte, noch über den Winter bis Ende März 1932 bestehen bleiben.

Den Wünschen, die Arbeitslosenunterstützung in geeigneten Fällen teilweise in

Sachleistungen

zu gewähren, kommt die Notverordnung dadurch entgegen, daß sie den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, die Gewährung der Unterstützung bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art zuzulassen. Die Verordnung gestattet den Präsidenten der Landesarbeitsämter, bei einem regelmäßigen Wechsel der Belegschaft den zeitweise aussetzenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen ohne Rücksicht darauf, ob noch eine rechtliche Bindung zum Betriebe besteht oder nicht. Für die Durchführung der Krisenunterstützung stellt die Notverordnung engere Zusammenarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände mit den Arbeitsämtern sicher. Sie will vor allem eine solche Zusammenarbeit bei der Entscheidung über die Bedürftigkeit gewährleisten. Auf eine Rückerstattung der Krisenunterstützung, wie sie durch die Verordnung vom 5. Juni vorgesehen war, wird in Zukunft verzichtet.

Der dritte Teil regelt Fragen des Haushalts und Schuldenwesens.

Das Kapitel „Aufnahme von Anleihen und Darlehen durch Gemeinden" gibt im wesentlichen die Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden wieder. Eine einengende Bestimmung enthält § 2, der für Kassenkredite die Genehmigungspflicht dann bringt, wenn diese Kredite insgesamt mehr als ¼ des haushaltsmäßigen ordentlichen Einnahmesolls des Rechnungsjahres betragen.

Die Länder und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren zur Deckung ihres Anleihebedarfs in erheblichem Umfange kurzfristige Schulden aufgenommen, die einen gerechten Ausgleich der Interessen beider Teile erforderlich machen. Es wird ein Verfahren vor einer Umschuldungsstelle eingeführt. Die Umschuldungsstelle kann zur Sicherung des Gläubigers die Umschuldung von verschiedenen vom Schuldner zu übernehmenden Verpflichtungen abhängig machen. Zur Tilgung der Schuld sollen nach Lage des Falles Ratenzahlungen vereinbart oder Obligationen ausgegeben werden. Der Schuldner soll angemessene Tilgungsraten und Zinsen aus eigenen Mitteln sicherstellen. Weiter sollen Teile des Hauszinssteueraufkommens für die Umschuldung freigemacht werden. In den nächsten 4 Jahren werden aus dem Hauszinssteueraufkommen jährlich je 12 Prozent für Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen erbringen sollen. Die Regelung tritt am 1. April 1932 in Kraft.

Soweit die Länder und Gemeinden an das Ausland kurzfristig verschuldet sind, soll dem Auslandsgläubiger vorbehaltlich der Regelung der Devisenfrage die Möglichkeit gegeben sein, sich an dem Umschuldungsverfahren vor der Umschuldungsstelle zu beteiligen. Daneben soll versucht werden, durch Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern eine Stillhaltung zu erreichen. Es ist zu erwarten, daß durch die vorgesehene Umschuldung eine Beruhigung des Geldmarktes und eine Entspannung bei den öffentlichen Krediten eintritt.

Zur

Einschränkung der Ausgaben

der öffentlichen Hand sollen in den nächsten drei Jahren Neubauten für Verwaltungsgebäude der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts möglichst unterbleiben. Sie sollen in besonderen Fällen an die Zustimmung der Reichsregierung oder der Länderregierung gebunden sein. Die durch die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 erteilte Ermächtigung, die zum Haushaltsausgleich erforderlichen Maßnahmen im Verordnungswege vorzunehmen, soll auch auf die Haushalte der Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt werden. Aenderungen auf besoldungsrechtlichem Gebiete sehen die Herabsetzung der den außerplanmäßigen Beamten zustehenden Diätensätze und die Verkürzung des Diätendienstalters der Assessoren vor. Bei Erreichen der Altersgrenze werden die Pensionen von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt.

Kapitel V bringt ferner die

Senkung der Höchstpensionen

nach dem Muster des Entwurfes des Pensionskürzungsgesetzes; hierüber wird neben der Dauer der Tätigkeit in der letzten Stelle die Gesamtdienstzeit berücksichtigt. Auch die Pensionen der Doppelverdiener werden gekürzt.

Nach § 22 der Reichshaushaltsordnung ist die Reichsregierung verpflichtet, dem Reichsrat den

Entwurf des Reichshaushaltsplans

für 1932 bis zum 1. November 1931 vorzulegen. Infolge der Verhältnisse, die durch die Julikrise eingetreten sind, läßt sich zur Zeit die künftige Gestaltung der Einnahmeseite, aber auch der Ausgabeseite des Haushaltsplans von 1932 noch nicht so übersehen, daß schon jetzt eine auch nur annähernde Schätzung für den Verlauf der Einnahmen und Ausgaben des Reichs für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1933 möglich wäre. Die Reichsregierung soll daher im Interesse der möglichst genauen Aufstellung des Haushaltsentwurfs zunächst nur gehalten sein, einen Plan für die Haushaltswirtschaft des Reiches für die Zeit vom 1. April 1932 bis 30. Juni 1932 aufzustellen.

Die Hauszinssteuer

wird mit Wirkung vom 1. April ab um 20 Prozent gesenkt. Die Entscheidung über die Hauszinssteuer überhaupt ist einstweilen zurückgestellt worden.

Eine besondere Bedeutung gewinnt unter den heutigen Verhältnissen die

landwirtschaftliche Siedlung,

die die Seßhaftmachung der Bevölkerung auf dem Lande fördern, dadurch den Zustrom nach den Städten verhindern und gleichzeitig den Arbeitsmarkt, insbesondere die Bauwirtschaft, günstig beeinflussen soll. Eine wichtige Aufgabe fällt hierbei auch der planmäßigen Ansiedlung arbeitsloser Landarbeiter zu. Daneben wird es durch die Siedlung möglich werden, umfangreiche Landflächen überschuldeter Großbetriebe einer Neuverwertung zuzuführen. Um mit den vorhandenen Mitteln einen möglichst großen Erfolg zu erzielen und wirtschaftlich gesunde Siedlerstellen zu schaffen, müssen alle Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden, die Siedlungskosten so weit als irgend vertretbar zu senken. Die Notverordnung schafft hierbei die rechtlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen.

Neben die landwirtschaftliche Siedlung tritt als neue wichtige Aufgabe die Ansiedlung geeigneter Erwerbsloser in den Randgebieten größerer Städte. Sie soll den Erwerbslosen ermöglichen, sich im Laufe der Zeit den Lebensunterhalt zu einem wesentlichen Teile aus ihrer Scholle zu beschaffen. Dadurch sollen auch die Ausgaben für Unterstützung der Erwerbslosen allmählich vermindert werden. Bei der Bedeutung der vorstädtischen Kleinsiedlung ist vorgesehen, daß die praktische Durchführung in den Händen eines Reichskommissars liegt, der dem Reichskanzler unterstellt ist.

Die Bestimmungen über

Spar- und Girokassen,

kommunale Giroverbände und Girozentralen verfolgen den Zweck, die Liquidität der Sparkassen zu erhöhen und auf diese Weise das Vertrauen der Bevölkerung zu den Sparkassen zu stärken. Die Sparkassen, die zur Zeit in den meisten Ländern unselbständige Einrichtungen der Gemeinden und Kreise sind, müssen in selbständige Rechtspersönlichkeiten umgestaltet werden, wobei die Haftung der bestehenden Gewährträger für die bisherigen und künftigen Verbindlichkeiten der Sparkasse aufrechterhalten wird. Die Sparkassen werden auch künftig den Charakter von kommunalen Anstalten behalten. Ihren Organen sollen aber auch Personen angehören, die nicht Mitglieder der Vertretungskörperschaften des Gewährverbandes sind. Für das ganze Reich sollen einheitlich in der Zukunft wenigstens 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent an die örtlich zuständige Girozentrale oder an eine von der obersten Landesbehörde bestimmte Stelle als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Girozentralen haben die Liquiditätsreserve zum Teil an die Deutsche Girozentrale oder nach Bestimmung der obersten Landesbehörde an eine andere Stelle weiterzuleiten und den Rest flüssig anzulegen. Dadurch, daß die Deutsche Girozentrale ihrerseits die Hälfte der Liquiditätsreserve bei der Reichsbank oder durch sie anzulegen hat, ist die bisher fehlende enge Verbindung des Sparkassenwesens mit dem Zentralnoteninstitut und damit eine starke Flüssigkeit auch für Notfälle sichergestellt. Die Anlage in Hypotheken wird bei den Sparkassen auf 40 Prozent der Spareinlagen beschränkt. Einem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zur Höhe von 20 000 RM. gewährt werden. Sparkassen mit einem Einlagebestand von mehr als 2 Millionen Reichsmark können indes auch größere Kredite gewähren, die jedoch nicht mehr als ein Prozent des Einlagebestandes im Einzelfalle übersteigen dürfen. Die Deutsche Girozentrale, das Spitzeninstitut der deutschen Sparkassen- und Giroorganisation, wird in eine selbständige juristische Person umgewandelt und tritt unter die Aufsicht des Reiches. Die Bezeichnung „Sparkasse" und eine Bezeichnung, in der das Wort „Sparkasse" enthalten ist, wird für die Sparkassen und ähnliche Kreditinstitute geschützt. Soweit die Anlage des Vermögens der Spar- und Girokasse den neuen Vorschriften zur Zeit nicht voll entspricht, wird die Anpassung an die Grundsätze der Verordnung durch Uebergangsvorschriften unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftslage allmählich durchgeführt werden.

Die Vorschriften über die

Kapitalherabsetzung

in erleichterter Form dienen dem Ziel, der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Grund- oder Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage zu erleichtern. Die Gesellschaften erhalten dadurch zugleich Gelegenheit, gewisse Fehler nachträglich zu korrigieren, die ihnen etwa durch eine zu hohe Bemessung des Grundkapitals bei Gelegenheit der Goldbilanzumstellung unterlaufen sind. Die Kapitaldecke des Unternehmens soll allgemein der wirklichen Rentabilitätsmöglichkeit angepaßt werden dürfen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen, die nur bis zum 30. Juni 1932 zulässig sind, ist auf eine Wahrung der berechtigten Interessen von Aktionären und Gläubigern besonders Bedacht genommen. Dabei bleibt die Prüfung der Frage vorbehalten, inwieweit es geboten ist, durch Ueberleitungs-Vorschriften besondere Grundsätze für die Bewertung einzelner Aktivposten der Bilanz aufzustellen, um eine verfrühte oder übermäßige Zusammenlegung von Kapital und Reserven zu verhindern. Die gesetzliche Grundlage für diese Ueberleitungsregelung ist bereits im Art. XIII, Abs. 2, der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht sowie über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 vorhanden.

Zu einer Zeit, wo die Verschlechterung der Wirtschaftslage noch nicht vorauszusehen war, haben manche Unternehmungen oder sonstige Dienstberechtigte ihren leitenden Angestellten in langfristigen Verträgen Dienstvergütungen oder Versorgungsbezüge zugesichert, die unter den gegenwärtigen Umständen als eine unbillige Belastung empfunden werden.

Die Verordnung sieht ein Verfahren vor, wonach diese Bezüge auf einen „angemessenen Betrag" herabgesetzt werden können.

Voraussetzung ist, daß die Bezüge mit Rücksicht auf die Geschäfts- oder Vermögenslage des Dienstberechtigten oder die veränderte allgemeine Wirtschaftslage als „übermäßig hoch" anzusehen sind, und daß deren Weiterzahlung dem Dienstberechtigten nach Treu und Glauben nicht zugemutet werden kann. Wenn der Dienstverpflichtete mit der Herabsetzung nicht einverstanden ist, kann er den Vertrag kündigen. Das ganze Verfahren findet keine Anwendung, wenn der Jahresbetrag der Bezüge 15 000 RM. nicht übersteigt oder wenn der Dienstvertrag ohnehin mit einer Frist von drei Monaten oder einer kürzeren Frist kündbar ist. Streitigkeiten zwischen den Beteiligten unterliegen der Entscheidung durch die ordentlichen Gerichte.

Die Bereitstellung von Garantien zur Förderung der deutschen Wirtschaft

bis zum Betrage von 30 Millionen RM. auf dem Gebiete der Kreditversicherung bedeutet eine Ausdehnung der bisher schon bei der Exportkreditversicherung bestehenden Rückversicherungsbeteiligung des Reichs auch auf die inländische Warenkreditversicherung. Für diese Maßnahme sind wirtschaftlich im wesentlichen dieselben Ueberlegungen entscheidend, die seinerzeit zu einer Mitwirkung des Reiches beim Aufbau der Exportkreditversicherung geführt haben. Die Garantie soll dazu dienen, den Versicherungsschutz des inländischen Warenkredits zu erhalten, der infolge der Krise von der Privatversicherung allein nicht mehr in genügendem Umfange gewährt wird. Die Befreiung des Handels und der Industrie vom Kreditrisiko soll dazu beitragen, den Absatz zu erleichtern und eine aus der Kreditunsicherheit drohende Absatzeinschränkung zu verhindern. Eine Kapitalbeteiligung oder eine Uebernahme bestehender Verbindlichkeiten ist nicht geplant, vielmehr tritt das Reich lediglich in den Kreis der Rückversicherer mit deren üblichen Rechten und Pflichten, um die in der Kreditversicherung besonders notwendige Verteilung des Risikos auch weiterhin zu sichern. Das Reich ist damit in gleicher Weise wie jeder andere Rückversicherer in einer seiner Beteiligung entsprechenden Höhe nicht nur am Verlust, sondern auch am Gewinn beteiligt.

Der Reichsminister der Finanzen soll weiter ermächtigt sein, zur Stützung des Kupferschieferbergbaus der Mansfeld AG. in Eisleben bis zu 3 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen und bis zu 300 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits zu beschaffen. Letztere Ermächtigung ist notwendig geworden, nachdem im Rahmen der durch das Reichshaushaltsgesetz für 1931 gegebenen Anleiheermächtigung 300 Millionen Reichsmark Reichsschatzanweisungen für die Beteiligung des Reichs an der Dresdner Bank verwendet worden sind.

An die Stelle des jetzt geltenden Kraftfahrliniengesetzes treten neue Bestimmungen über den

Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen.

Durch sie sollen die Wettbewerbsverhältnisse zwischen Eisenbahn und Kraftwagen zum Nutzen beider Verkehrsmittel und der deutschen Wirtschaft in geordnete Bahnen gelenkt werden. Im Personenkraftfahrlinienverkehr wird der Reichsverkehrsminister letztinstanzlich darüber entscheiden, ob eine Linie eingerichtet werden darf, oder ob sie den öffentlichen Interessen zuwiderläuft. Für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer wird der staatliche Genehmigungszwang eingeführt mit der Maßgabe, daß jeder Unternehmer die vom Reichsverkehrsminister einheitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise nicht unterbieten darf. Im Zusammenhang mit dieser gesetzlichen Regelung wird die Deutsche Reichsbahn beim Inkrafttreten der Verordnung die Beförderungspreise der dem Wettbewerb des Kraftwagens besonders ausgesetzten hochwertigen Güterklassen erheblich senken.

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die zur Beschaffung von Krediten zur

Mobilisierung der Ernte

auf den verschiedenen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung entgegenstehen, nötigen dazu, alle für eine Erleichterung der Kreditbeschaffung geeigneten Wege zu erschließen. Es ist daher eine Ermächtigung für die Reichsregierung vorgesehen, das Recht der indossablen Lagerscheine nach Bedarf weiter auszugestalten, ähnlich wie dies bei den Getreidelagerscheinen bereits geschehen ist, um so zu einer Erleichterung der Finanzierung zu gelangen.

Die Verwertung der Kartoffeln, die eine Lebensfrage namentlich für den deutschen Osten ist,

wird durch Beschaffung von Aufnahmemöglichkeiten für die kartoffelverarbeitenden Industrien gestützt, und zwar durch auskömmliche Bemessung des Brennrechts und der Uebernahmepreise bei Brennereien, durch Einführung des Verwendungszwanges für Kartoffelstärkemehl bei der Herstellung von Backwaren und durch die Schaffung von erleichtertem Absatz und Finanzierungsmöglichkeiten für die Kartoffelflocken.

Ferner sieht die Notverordnung in Anlehnung und Erweiterung der Vorschriften und Verordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931 vor, daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit diese nicht in die Rechtsform einer Aktiengesellschaft gekleidet sind, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Bilanzprüfer unterzogen werden.

An einigen Stellen sind in jüngster Zeit Urkunden in den Verkehr gebracht worden, die als

Notgeld

anzusprechen sind. Ob die aus den Jahren 1922/23 herrührenden Gesetzesbestimmungen in allen Fällen zur Verhinderung ausreichen, ist zweifelhaft. Bei der währungspolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Frage bedarf es daher einer gesetzlichen Neuregelung.

Auf dem Gebiete der

Rechtspflege

ist eine Reihe Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen getroffen. Abgesehen von der Erhöhung gewisser Mindestgebühren, die zur Zeit nicht einmal die Auslagen decken, wird für die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze von 800 auf 1000 Reichsmark und die Berufungssumme von 50 auf 100 Reichsmark erhöht. Die Gebühren in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, die den Armenanwälten aus der Staatskasse zustehen, werden um 10 Prozent und bei Streitgegenständen über 800 Reichsmark um 15 Prozent gesenkt. Einer sachlich nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme des Armenrechts wird entgegengewirkt. Auf dem Gebiete der Strafrechtspflege wird für sogenannte Monstresachen, d. h. Strafsachen, die voraussichtlich mehr als sechs Sitzungstage dauern, die Zuständigkeit der Großen Strafkammer begründet; Voraussetzung ist, daß Voruntersuchung geführt ist, und daß die Staatsanwaltschaft bei Einreichung der Anklageschrift die Eröffnung des Hauptverfahrens vor der Großen Strafkammer beantragt. Die Urteile der Großen Strafkammer unterliegen ebenso wie schon heute die Urteile der Schwurgerichte der Revision an das Reichsgericht. Zum Zwecke der Entlastung der Strafrechtspflege von Bagatellsachen ist bestimmt, daß Uebertretungen nur noch verfolgt werden sollen, wenn es das öffentliche Interesse erfordert, und daß die bisher nur im Offizialverfahren bestehende Möglichkeit der Einstellung des Verfahrens bei geringer Schuld des Täters und unbedeutenden Tatfolgen auf das Privatklageverfahren ausgedehnt wird. Das Privatklageverfahren erfährt, soweit es sich nicht um Urheberrechtsverletzungen handelt, eine weitere Einschränkung dahin, daß jedem der beiden Beteiligten nur noch ein Rechtsmittel — Berufung oder Revision nach seiner Wahl — gestattet wird. Endlich wird die bisher nur für das Reichsgericht vorgesehene Befugnis, offensichtlich unbegründete Revisionen durch einstimmigen Beschluß ohne Hauptverhandlung zu verwerfen, auf die Oberlandesgerichte erstreckt.

Die Reichsregierung wird ermächtigt,

Sondergerichte

errichtet werden, wo dafür ein unmittelbares Bedürfnis hervortritt. Das Bedürfnis, schwere Fälle verbrecherischer geschäftlicher Mißwirtschaft beschleunigt abzuurteilen, wird durch die im 1. Kapitel des 5. Teiles der Verordnung enthaltene Einrichtung der sogenannten Monstre-Kammern entsprochen, sodaß für diese Straftaten die Einrichtung von Sondergerichten nicht geboten sein wird.

Die neuen Vorschriften über die

Bekämpfung politischer Ausschreitungen

richten sich gegen eine Reihe von Auswüchsen des politischen Lebens, die die Reichsregierung im Interesse der Allgemeinheit nicht länger dulden zu können glaubte, und deren Abstellung auch von zahlreichen Landesregierungen dringend gefordert worden ist. Die politische Propaganda mit sogen. illegalen Schriften hochverräterischen oder sonst zersetzenden Inhalts ist in ständigem Anwachsen begriffen. Zur Verheimlichung des Ursprungs erscheinen diese Schriften vielfach ohne die vorgeschriebenen preßgesetzlichen Angaben und bilden gerade durch ihre Anonymität eine besonders gefährliche Art zersetzender Tätigkeit. In Zukunft werden alle an der Herstellung und Verbreitung solcher Schriften beteiligten Personen auch dann mit Gefängnis bestraft werden, wenn ihnen nur die Kenntnis des illegalen Charakters, nicht auch die des Inhalts der Schrift nachgewiesen werden kann. Jedermann, der von dem Vorhandensein eines Vorrats staatsgefährlicher Druckschriften Kenntnis hat, ist bei Vermeidung schwerer Strafen gehalten, der Polizeibehörde davon Anzeige zu erstatten und die in seinen Besitz gelangten Druckstücke abzuliefern. Die Druckmaschinen und sonstigen Vervielfältigungsmittel, mit denen solche Schriften hergestellt sind, können zugunsten des Staates beschlagnahmt und eingezogen werden.

Mit Aufmerksamkeit hat die Reichsregierung auch die Vorgänge verfolgt, die durch die oft kasernenmäßige Zusammenfassung von Mitgliedern radikaler Verbände in Heimen und Verkehrslokalen entstanden sind. Durch die neue Verordnung wird der Polizei die Möglichkeit gegeben, solche Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung zu schließen, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung und insbesondere die Gefahr der Wiederholung solcher Gewaltsakte dies erfordern. Um der Austragung politischer Kämpfe mit Waffen noch weitergehend zu steuern, soll die Polizei das Recht erhalten, Personen, die sie bei Waffenvergehen auf frischer Tat festnimmt, so lange in polizeilicher Haft zu halten, bis ihre Aburteilung erfolgt.

Schließlich ist neben kleineren Ergänzungen der schon bestehenden Notverordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auch eine Milderung dieser Bestimmungen vorgesehen. Eine Bestrafung wegen Veranstaltung von und Teilnahme an verbotenen Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel soll nur noch dann erfolgen, wenn irgend ein politischer Zweck mit der Tat verbunden war und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit tatsächlich eingetreten ist. Durch diese Vorschrift soll den Schwierigkeiten vorgebeugt werden, die wiederholt dadurch entstanden sind, daß sich gänzlich unpolitische Vereine wie z. B. Turn-, Sport- und Wandervereine deshalb mit den Notverordnungen in Konflikt gebracht haben, weil sie in Unkenntnis der bestehenden Bestimmungen, aber ohne jede politische Absicht Marschübungen und dergl. veranstaltet haben, die den Charakter eines Aufzuges annahmen. Durch diese Ergänzung wird also das Anwendungsgebiet der bestehenden Verordnungen gegen politische Ausschreitungen wieder auf das Maß beschränkt, das den mit ihrem Erlaß verfolgten Zielen entspricht.

So verschieden der Inhalt der Bestimmungen ist, die durch die neue Notverordnung in Kraft gesetzt werden, so einheitlich ist doch die Aufgabe, der sie alle dienen sollen. Sie sollen dazu beitragen, der Regierung und der Bevölkerung die Einstellung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen. Entscheidende Schritte in dieser Richtung werden baldigst zu tun sein. Es wird notwendig sein, daß sich die Bevölkerung darauf jetzt bereits einstellt. Es muß gelingen, das gesamte Preisniveau rasch auf die verringerte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen, die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzukehren, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren im großen Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt. Darüber hinaus wird den Bedingungen, unter denen die Kreditversorgung erfolgt, insbesondere der Gestaltung der Zinssätze und der Zinsspanne besondere Beachtung zugewandt werden müssen. Die Bewegung ist die Voraussetzung für die zweckmäßige Eingliederung der deutschen Produktivkraft und Aufnahmefähigkeit in den Gang der Weltwirtschaft. Sie ist auch die Voraussetzung dafür, daß Deutschland seine Stellung wahren kann in internationalen Verhandlungen, ohne die eine endgültige Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen und Irrungen nicht möglich ist.

⚒ Handel • Gewerbe • Industrie ⚒

Die amerikanischen Großbanken stützen sich gegenseitig

Die National City-Bank of New York hat den Aktionären der Bank of America ein Umtauschangebot gemacht, und zwar derart, daß auf 1⅞ Aktien der Bank of America 1 Aktie der National City-Bank gewährt werden soll. Außerdem erhalten die Aktionäre der erstgenannten Bank eine Barzahlung von 40 Cents pro Aktie aus den Aktiven der Bank. Diese betragen 338 Millionen Dollar. Wie weiter betont wird, handelt es sich um eine Stützungsmaßnahme für die Bank of America. Dieses Institut war erst im November 1930 durch die Fusion der Bank of Italy, der National Trust and Savings Association und der Bank of America and California, die sich sämtlich im Besitz der Giannini-Gruppe befanden, entstanden. Durch den Zusammenschluß wurde das Institut zur viertgrößten Bank in den Vereinigten Staaten. Nachdem Giannini vor wenigen Tagen aus seinem Konzern etwas unfreiwillig herausmanövriert worden war, bestand kein Zweifel mehr darüber, daß seine Bankinteressen nur mit Hilfe der andern Mammutinstitute gerettet werden konnten. Die Bankfirma Lee, Higginson & Co. übernahm die Entwirrung der Engagements, was jetzt durch die Fusion National City-Bank — Bank of America zu einem beachtlichen Teil gelungen zu sein scheint. Damit dürfte einer der gefährlichsten Unruheherde am amerikanischen Bankenhimmel zum Erlöschen kommen. Freilich sind die Vereinigten Staaten damit nicht über den Berg, denn schon hört man von neuen Stützungsnotwendigkeiten. Durch die Verschmelzung werden die Gesamtaktiven der National City-Bank den Betrag von 2311 Millionen Dollar erreichen gegenüber 2429 Millionen Dollar Aktiven der Chase National-Bank, der größten Bank der Welt. **(Wd.)**

Berliner Produktenmarkt

Bei schleppendem Geschäft stetig

Berlin, 7. Oktober. Die Unternehmungslust an der Produktenbörse war äußerst gering. Das fehlende ersthändige Angebot trug gleichfalls zu dem schleppenden Geschäft bei. Für Weizen wurden, soweit Umsätze zustande kamen, im Promptgeschäft etwa 1 Mark höhere Preise als gestern bewilligt. der Lieferungsmarkt setzte nach stetigem Vormittagsverkehr 1 bis 2 Mark fester ein; Roggen bleibt knapp offeriert, und die Mühlen haben Schwierigkeiten bei der Beförderung des Rohmaterials. Die Preise waren behauptet. Am Lieferungsmarkt kam es unter vereinzelten Abgaben der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft in der Dezembersicht zu einem leichten Rückgang. Das Mehlgeschäft hat sich nicht belebt; die Preise für Weizen- und Roggenmehl waren wenig verändert. Hafer war bei ziemlich ausreichendem Angebot gut behauptet. Für Gerste besteht weiter etwas Interesse, höhere Preise sind aber schwer durchzuholen. Weizen- und Roggenexportscheine waren auf gestrigem Niveau angeboten.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 7. Oktober 1931

Weizen
Märkischer neuer 215–218
" Oktob. 230–228½
" Dezbr. 223½–231¾

Tendenz stetig

Roggen
Märkischer neuer 185–187
" Oktob. 198–197
" Dezbr. 197–196

Tendenz: matter

Gerste
Braugerste 159–173
Futtergerste und Industriegerste 151–158
Wintergerste. neu —
Tendenz: stetig

Hafer
Märkischer 140–148
" Oktob. 150½
" Dezbr. 155–154¼

Tendenz: stetig
für 1000 kg in M. ab Stationen

Mais
Plata —
Rumänischer —
für 1000 kg in M.

Weizenmehl 27–32
Tendenz: ruhig
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin
Feinste Marken üb. Notiz bez.

Roggenmehl
Lieferung 26,20–28¾
Tendenz: matt

Weizenkleie 10,2–10,4
Weizenkleiemelasse —
Tendenz matter

Roggenkleie 9,15–9,40
Tendenz: matter
für 100 kg brutto einschl. Sack in M. frei Berlin

Raps —
Tendenz:
für 1000 kg in M. ab Stationen

Leinsaat —
Tendenz:
für 1000 kg in M.

Viktoriaerbsen 20,00–27,00
Kl. Speiseerbsen —
Futtererbsen —
Peluschken —
Ackerbohnen —
Wicken —
Blaue Lupinen —
Gelbe Lupinen —
Serradelle alte —
" neue —
Rapskuchen —
Leinkuchen 13,20–13,40
Trockenschnitzel prompt 6,00–6,10
Erdnuskuchen 11,40
Erdnusmehl 11,30
Sojaschrot 11,70
Kartoffelflocken —
für 100 kg in M. ab Abladestat. märkische Stationen für den ab Berliner Markt per 50 kg

Kartoffeln weiße —
do. rote —
Odenwälder blaue —
do. gelbfl. —
do. Nieren —
Fabrikkartoffeln pro Stärkeprozent —

Breslauer Viehmarkt

Breslau, den 7. Oktober 1931

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Der Auftrieb betrug: 943 Rinder, 897 Kälber, 473 Schafe 3314 Schweine.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht in Goldmark:

A. Ochsen 31 Stück

a) vollfl. ausgem. höchst. Schlachtwert. 1. jüngere	35–36
2. ältere	27–30
b) sonstige vollfleischige 1. jüngere	—
2. ältere	—
c) fleischige	14–16
d) gering genährte	—

B. Bullen 397 Stück

a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwert.	32–33
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	27
c) fleischige	—
d) gering genährte	—

C. Kühe 306 Stück

a) jüngere vollfleischigen Schlachtwertes	32–33
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22–24
c) fleischige	16–17
d) gering genährte	11–12

D. Färsen 126 Stück

a) vollfleischige ausgem. höchst. Schlachtwertes	36–37
b) vollfleischige	27–28
c) fleischige	20–22

E. Fresser 23 Stück

Mäßig genährtes Jungvieh	—

Kälber

a) Doppelender bester Mast	—
b) beste Mast- und Saugkälber	48–50
c) mittlere Mast- und Saugkälber	40–42
d) geringe Kälber	30–33

Schafe

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	—
1. Weidemast	—
2. Stallmast	42–43
b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte Schafe	34–35
c) fleischige Schafe	24–25
d) gering genährte Schafe	—

Schweine

a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgewicht	—
b) vollfl. Schweine v. ca. 240–300 Pfd. Lbdgew.	55–56
c) vollfl. Schweine " " 200–240 " "	53–55
d) vollfl. Schweine " " 160–200 " "	50–51
e) fleischige Schweine v. ca. 120–160 Pfd. Lbdgew.	46
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lbdgew.	—
g) Sauen und Eber	46–48

Geschäftsgang: Schafe schlecht, sonst langsam, Schafe geringer Ueberstand, sonst langsam geräumt.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsschwund ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Die Folgen aus dem Festhalten an der Goldwährung

Regierung und Reichsbank haben die Entschlossenheit bekundet, unter allen Umständen an der bisherigen Goldwährungspolitik festzuhalten. Wenn sie diesen Entschluß durchhalten wollen, ist es notwendig, rechtzeitig alle, auch die äußersten Folgen zu ziehen.

Der Sinn der englischen Preisgabe des Goldstandards ist der, einen möglichst großen Teil der Welt zur Entwicklung eines neuen Währungssystems zu veranlassen. Diese Absicht richtet sich vor allem gegen Frankreich, das im eigenen Lande, abzüglich der Goldvorräte für fremde Rechnung, ungefähr für 8,5 Milliarden Goldmark an Goldbeständen liegen hat, und das einschließlich des für seine Rechnung in den Vereinigten Staaten liegenden Betrages von rund 4 Milliarden Mark über insgesamt 12,5 Milliarden Gold verfügt, also **prozentual einen weit höheren Goldbestand besitzt als die Vereinigten Staaten von Amerika**, die im eigenen Lande zwar für rund 20,5 Milliarden Gold liegen haben, von denen aber ungefähr 6 Milliarden auf fremde Rechnung lauten. Durch Verlassen des Goldstandards will England sich politisch und wirtschaftlich von den goldbesitzenden Ländern unabhängig machen, weil in diesem Fall den Goldbesitzern (namentlich Frankreich) die politische und wirtschaftliche Grundlage für die Durchführung ihrer bisherigen Politik entzogen würde. Dem englischen Beispiel ist inzwischen eine ganze Anzahl Länder gefolgt. Allein in Europa haben den Goldstandard aufgegeben Dänemark, Schweden, Norwegen, Portugal, Irland usw.; die Nordoststaaten Finnland, Estland, Lettland usw. können vermutlich den Goldstandard nur noch kurze Zeit beibehalten, ebenso wie die Balkanstaaten. In Südamerika haben außer Argentinien alle Länder den Goldstandard entweder offiziell aufgehoben oder die Zahlung ihrer Verpflichtungen in Gold eingestellt. Etwas Aehnliches gilt von Australien und Neuseeland, die praktisch ebenfalls schon seit längerer Zeit den Goldstandard verlassen haben. Von sonstigen großen Wirtschaftsgebieten haben die Goldwährung verlassen Aegypten, Indien, China usw. Ein großer Teil der Welt hat also offiziell oder praktisch sich von der Goldwährung abgekehrt. Nun ist aber mit dem Schicksal der einzelnen Währungen untrennbar verbunden das Schicksal der einzelnen Wirtschaften. Das bedeutet, daß für alle diejenigen Länder, die sich dem Vorgehen Englands und der anderen Länder nicht angeschlossen haben,

die Konkurrenz mit diesen Ländern um den Betrag der Valutaverschlechterung benachteiligt

ist; in den noch konkurrenzfreien Bezirken wird sich ein Kampf um die Märkte erheben, der nur mit Hilfe äußerster Preisunterbietung durchgeführt werden kann.

Wenn Deutschland sich nicht dem Kampf einer in ihren Anfängen sich abzeichnenden neuen angelsächsischen Währung gegen die unter maßgeblichem französischen Einfluß stehende Goldwährung anschließen will, muß es entweder sich der französisch-amerikanischen Goldpolitik anschließen, oder es muß, falls es selbständig bleiben will, den Kampf um die Märkte um jeden Preis aufnehmen. Auch davon abgesehen, **muß Deutschland zum billigsten Land der Welt schon deshalb werden**, um wenigstens seinen dringendsten Verpflichtungen (ohne Reparationsleistungen 12–13 Milliarden Mark im Jahr einschl. lebensnotwendiger Einfuhr) nachkommen zu können. Die Billigkeit des Preises kann aber nur erzielt werden durch **radikalste Senkung aller öffentlichen Kosten einschließlich der Bahntarife**, durch rücksichtslosen Druck auf die Zinshöhe (z. B. in Gestalt völliger Befreiung des Kapitalmarktes von öffentlichen Beanspruchungen), **durch völligen Abbau jeglichen Tarifzwanges vor allem für die Exportindustrien usw.**

Breslauer Produktenmarkt

Leicht befestigt

Breslau, 7. Oktober. Die Tendenz für Weizen konnte sich heute im Laufe der Börse um etwa 1 Mark befestigen. Roggen dagegen war stärker angeboten und ist infolge Fehlens jeglicher Nachfrage aus der Tschechoslowakei schwächer. Hafer und Gersten sind bei unveränderten Preisen gefragt. In Futtermitteln kommen Umsätze überhaupt nicht zustande, die Forderungen lauten unverändert.

Breslauer Produktenbörse

Getreide Tendenz: abwartend

	7. 10.	6. 10.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht v. 74,5 kg	220	219
" " 78 "	224	224
" " 72 "	210	209
Sommerweizen, hart. glasig 80 kg	—	—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht v. 70,5 kg	202	202
" " 72,5 "	—	—
" " 68,5 "	198	198
Hafer, mittlerer Art u. Güte neu	140	140
Braugerste gute	175	175
Sommergerste, mittl. Art u. Güte	160	160
Wintergerste 63–64 kg	160	160
Industriegerste	160	160

Mehl Tendenz: abwartend

	7. 10.	6. 10.
Weizenmehl (Type 70%) neu	33	33
Roggenmehl*) (Type 70%) neu	29¾	29¾
Auzugmehl	39	39

*) 65%iges 1 RM teurer, 60%iges 2 RM teurer.

Posener Produktenbörse

Posen, 7. Oktober. Roggen, 30 To. Parität Posen, Transaktionspreis 22,30, 305 To. Parität Posen, Transaktionspreis 22,50, Weizen 19,50–20,50, Roggenmehl 33,00–34,00, Weizenmehl 31,50–33,50, Roggenkleie 12,75–13,50, Weizenkleie 11,75–12,75, grobe Weizenkleie 12,75–13,75, Speisekartoffeln 2,60–2,80. Rest der Notierungen unverändert. Stimmung ruhig.

Metalle

Berlin, 7. Oktober. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Für 100 kg in Mark: 69,25.

London, 7. Oktober. Kupfer (£ per To.) Tendenz fest, Standard per Kasse 33 13/16–33⅞, per 3 Monate 34 13/16–34⅞, Settl. Preis 33⅞, Elektrolyt 41–41¾, best selected 36¾–38, Elektrowirebars 41¾. Zinn (£ per To.) Tendenz gut behauptet, Standard per Kasse 124⅛–124¼, per 3 Monate 128¼–128⅜, Settl. Preis 124¼, Banka 136¼, Straits 128. Blei (£ per To.) Tendenz unregelmäßig, ausländ. prompt 12¾, entft. Sichten 13, Settl. Preis 12¾. Zink (£ per To.) Tendenz stetig, gewöhnl, prompt 12 3/16, entft. Sichten 12 13/16, Settl. Preis 12⅛. Platin (£ per 20 Ounces) 9,19. Silber (Pence per Ounce) 16⅞, auf Lieferung 17.

Oder wieder vollschiffig

Kaum war die Hochwasserbehinderung für die Schiffahrt vorüber, da wurde der Schiffsverkehr im Oppelner Bezirk durch Totalhavarie eines Kohlenkahnes der Reederei Gabor vor der Oppelner Jahrhundertbrücke abermals zu Tal und zu Berg in der Zeit vom 3. bis 6. Oktober gesperrt. Auf der Mitteloder ist die Hochwassersperre für die Talschiffahrt in Breslau und Steinau am 5. und in Glogau am 6. Oktober aufgehoben worden. Die Weiterfahrt der Bergschiffahrt konnte im Steinauer, Maltscher und Breslauer Revier bereits einen Tag früher freigegeben werden. Fürstenberg hatte am 5. Oktober den Höchststand von 3.37 Meter erreicht. Zur Schiffahrtssperre kam es dort nicht. Der Kahnraumbestand beträgt in Breslau zur Zeit 335 Leerkähne und in Cosel-Hafen 350 Fahrzeuge. Ratibor am 7. 10. = 2.47 Meter, fällt langsam, heiter. Die Tauchtiefe ist vollschiffig.

Devisenmarkt

Für drahtlose Auszahlung auf	7. 10. Geld	7. 10. Brief	6. 10 Geld	6. 10 Brief
Buenos Aires 1 P. Pes.	0,908	0,912	0,918	0,922
Canada 1 Can. Doll.	3,696	3,704	3,696	3,704
Japan 1 Yen	2,078	2,082	2,078	2,082
Kairo 1 ägypt. Pfd.	16,83	16,87	16,48	16,52
Istambul 1 türk. Pfd.	—	—	—	—
London 1 Pfd. St.	16,43	16,47	16,08	16,12
New York 1 Doll.	4,209	4,217	4,209	4,217
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,209	0,211	0,189	0,191
Uruguay 1 Goldpeso	1,349	1,351	1,349	1,351
Amstd.-Rottd. 100 Gl.	169,83	170,17	169,48	169,82
Athen 100 Drachm.	5,095	5,105	5,095	5,105
Brüssel-Antw. 100 Bl.	59,14	59,26	59,14	59,26
Bukarest 100 Lei	2,552	2,558	2,552	2,558
Budapest 100 Pengö	73,28	73,42	73,28	73,42
Danzig 100 Gulden	82,07	82,23	82,02	82,18
Helsingf. 100 finnl. M.	10,34	10,36	10,34	10,36
Italien 100 Lire	21,58	21,62	21,48	21,52
Jugoslawien 100 Din.	7,473	7,487	7,473	7,487
Kowno	42,26	42,34	42,16	42,24
Kopenhagen 100 Kr.	94,16	94,34	93,41	93,59
Lissabon 100 Escudo	15,08	15,12	14,64	14,66
Oslo 100 Kr.	93,41	93,59	92,91	93,09
Paris 100 Frc.	16,70	16,74	16,70	16,74
Prag 100 Kr.	12,482	12,502	12,48	12,50
Reykjavik 100 isl. Kr.	74,92	75,08	74,92	75,08
Riga 100 Latts	81,32	81,48	81,32	81,48
Schweiz 100 Frc.	82,52	82,68	82,42	82,58
Sofia 100 Leva	3,067	3,073	3,067	3,073
Spanien 100 Peseten	37,86	37,94	37,86	37,94
Stockholm 100 Kr.	97,65	97,85	96,40	96,60
Talinn 100 estn. Kr.	111,99	112,21	111,99	112,21
Wien 100 Schill.	50,70	50,80	53,45	53,55
Warschau 100 Złoty	47,15–47,35		47,15–47,35	

Was wird aus den Aufwertungshypotheken?

Der Termin der Fälligkeit der Aufwertungshypotheken (1. 1. 1932) rückt immer näher. Der Kampf der Interessengruppen wird infolgedessen zusehends heftiger. Die Eingaben von Schuldner- und Gläubigerseite an das Justizministerium mehren sich. Eine Stellungnahme darüber, wie der Rückzahlungstermin überwunden werden soll, liegt noch nicht vor, da das Justizministerium zur Zeit mit anderen Arbeiten überlastet ist. Im Laufe des Oktober dürfte aber eine endgültige Entscheidung fallen. Wie man hört, besteht nicht die Absicht, ein generelles Moratorium für die Rückzahlung der Aufwertungshypotheken zu erlassen, da in einer ganzen Anzahl von Fällen die notwendigen Gelder bereits zugesagt sind und die Umschuldung nicht aufgehalten werden soll. Die Aufwertungsstellen werden wahrscheinlich die Anweisung erhalten, **dem Schuldner im Zahlungsunvermögen Aufschub unter starker Erhöhung der Zinsen zu gewähren.** In weiten Kreisen herrscht dabei nicht einmal eine Vorstellung über die Höhe der Aufwertungsforderungen. Es sei daher hier eine für diese Frage äußerst bedeutungsvolle Schätzung des Konjunkturinstituts gegeben, die nicht nur den Gesamtbetrag der Aufwertungshypotheken (7,5 bis 8,5 Milliarden Reichsmark) angibt, sondern auch wertvolle Einblicke in die Struktur der Aufwertungshypotheken und eine Gliederung der Gläubiger gibt.

Schätzung der Höhe und Verteilung der Aufwertungshypotheken:

I. Gesamtbetrag der Aufwertungshypotheken	7,5 —8,5	Mrd. RM.
dav. organisierter Kredit	4,16	" "
davon freie Hypotheken	3,34 —4,34	" "
II. Vom Gesamtbetrag entfallen auf		
a) landwirtschaftlichen Grundbesitz	1,9 —2,1	" "
dav. Hypotheken d. Bodenkreditinstit.	0,53	" "
der Sparkassen	0,575	" "
b) städt. Grundbesitz	5,6 —6,4	" "
dav. Hypotheken d. Bodenkreditinst.	1,680	" "
der Sparkassen	0,775	" "
Lebensversicherungen	0,600	" "

(Wd.)

Ermäßigung des schwedischen Diskontsatzes

Stockholm, 7. Oktober. Die Schwedische Reicksbank ermäßigt ab morgen ihren Diskontsatz um 1 Prozent auf 7 Prozent.

Diskontherabsetzung auch in Norwegen

Oslo, 7. Oktober. Der Diskontsatz der Bank von Norwegen ist mit Wirkung von morgen von 8 Prozent auf 7 Prozent herabgesetzt worden.

Zahlungseinstellung des Bankhauses Gutkind & Co. in Braunschweig

Braunschweig, 7. Oktober. Das Bankhaus M. Gutkind & Co. hat heute seine Schalter geschlossen. Man beabsichtigt, eine ruhige Liquidation durchzuführen, die es ermöglicht, die Verluste der Gläubiger einzuschränken.

Warschauer Börse

Bank Polski	**110,00**
Wegiel	**17,00**
Starachowice	**6,00**

Dollar 8,91, Dollar privat 8,915, New York 8,925, New York Kabel 8,929, London 35,00, Paris 35,17, Prag 26,42, Schweiz 175,20, Holland 360,00, Pos. Investitionsanleihe 4% 74,75, Pos. Konversionsanleihe 5% 41,75, Dollaranleihe 6% 55,25–58,00, Bauanleihe 3% 32,50, Bodenkredite 4½% 45,00–44,50–45,00, Eisenbahnanleihe 5% 32,50–33,50. Tendenz in Aktien und Devisen uneinheitlich.

Banknoten

Sorten- und Notenkurse vom 7. Oktober 1931

	G	B
Sovereigns	20,38	20,46
20 Francs-St.	16,16	16,22
Gold-Dollars	4,185	4,205
Amer. 1000-5 Doll.	4,20	4,22
do. 2 u. 1 Doll.	4,20	4,22
Argentinische	0,88	0,90
Brasilianische	0,18	0,20
Canadische	3,67	3,69
Englische, große	16,39	16,45
do. 1 Pfd. u. dar.	16,39	16,45
Türkische	1,91	1,93
Belgische	59,03	59,27
Bulgarische	—	—
Dänische	93,96	94,34
Danziger	81,84	82,16
Estnische	111,53	111,97
Finnische	10,28	10,32
Französische	16,67	16,73
Holländische	169,46	170,14
Italien. große		
do. 100 Lire	21,61	21,69
und darunter	21,61	21,69
Jugoslawische	7,45	7,47
Lettländische	80,94	81,26
Litauische	42,12	42,28
Norwegische	93,21	93,59
Oesterr. große	50,50	50,70
do. 100 Schill. u. darunter	50,45	50,65
Rumänische 1000 u. neue 500 Lei	2,50	2,52
Rumänische unter 500 Lei	2,46	2,48
Schwedische	97,40	97,80
Schweizer gr.	82,34	82,66
do. 100 Francs u. darunter	82,34	82,66
Spanische	37,62	37,78
Tschechoslow. 5000 Kronen u. 1000 Kron.	12,44	12,50
Tschechoslow. 500 Kr. u. dar.	12,44	12,50
Ungarische	—	—

Halbamtl. Ostnotenkurse

	G	B
Gr. poln. Noten	47,075	47,475
Kl. do. do.		—

Bremer Baumwollkurse. Nordamerikanische Baumwolle. Termin-Schlußnotierungen: Dezember 6,36 B., 6,30 G. Januar 6,48 B., 6,46 G. März 6,66 B., 6,64 G. Mai 6,86 B., 6,84 G. Juli 7,00 B., 6,97 G.

Druck: Kirsch & Müller, Sp. ogr. odp., Beuthen O.-S. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Norbert Neugebauer, Bielsko.